

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**Die
Neue Weltordnung
der USA
von 1951-1965**

NWO-Sonderheft Nr. 25



Die Neue Weltordnung der USA von 1951-1965

NWO-Sonderheft Nr. 25

NWO-Moloch USA vom 01.01.1951-31.12.1965

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	<u>Seite</u>
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Neue Weltordnung der USA von 1951-1965	2-96
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	97-99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Neue Weltordnung der USA von 1951-1965

Wenn der weiße Mann kommt, läßt er eine Spur von Blut hinter sich. <i>Red Cloud (1822-1909, Sioux-Häuptling)</i>

Ilse Koch (1906-1967, Ehefrau des Lagerkommandanten des KZ Buchenwald) wurde am 15. Januar 1951 von einem deutschen Gericht zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

"Bild-Extra" berichtete am 15. Januar 1951 über den Prozeß gegen Ilse Koch (x305/16): >>**Ilse Koch: Die "Hexe von Buchenwald" verurteilt ...**

Offiziell war sie nur die Ehefrau von Karl Koch, dem Lagerkommandanten des KZ Buchenwald. Doch Ilse Koch, von den Häftlingen "Kommandeuse" oder "Hexe von Buchenwald" genannt, verbreitete selbst Angst und Schrecken.

Die drei Hauptanklagepunkte (von 105) beim Prozeß: Bestrafung von willkürlich ausgewählten Häftlingen durch brutale Prügel, Baumhängen, Bunkerhaft, Züchtigung von Häftlingen mit der Reitpeitsche; Anfertigung von Lampenschirmen aus tätowierter Menschenhaut.

Das Schwurgericht kann Ilse Koch nur einen Teil ihrer Taten nachweisen. Urteil: Lebenslänglich.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über Ilse Koch (x051/318): >>Koch, Ilse, geborene Köhler, geboren in Dresden 22.9.1906, gestorben im Gefängnis Aichach 2.9.1967 (Selbstmord), deutsche KZ-Bewacherin; Sekretärin, 1932 NSDAP-Beitritt.

Koch heiratete 1936 den Lagerführer des KZ Sachsenhausen Karl Otto Koch (geboren in Darmstadt 2.8.1897, gestorben in Buchenwald im April 1945), der 1937 den Auftrag zum Aufbau des KZ Buchenwald erhielt.

Koch war im Lager wegen ihrer Brutalitäten gefürchtet ("Hexe von Buchenwald"), ihr Mann wegen seiner über Leichen gehenden Habgier: Er errichtete mit Häftlingsgut ein regelrechtes "Warenhaus".

1942 wurde er mit seiner Familie ins KZ Maidanek strafversetzt, wo er seine zwielichtigen Geschäfte und sie ihre Affären mit SS-Männern fortsetzte. Während Zigtausende in den Gaskammern starben, wurden Koch und ihr Mann 1943 auf Veranlassung des SS-Richters Waldeck-Pyrmont verhaftet, sie wegen angeblicher Unterschlagung von rund 710.000 RM, er wegen Mordes an drei Häftlingen, die zuviel gewußt hatten. Ilse Koch wurde mangels Beweisen freigesprochen, ihr Mann im April 45 erschossen.

Die Amerikaner verurteilten Ilse Koch 1947 zu lebenslänglicher Haft, begnadigten sie aber 1949.

Unmittelbar danach wurde sie von einem deutschen Gericht der Anstiftung zum Mord in 135 Fällen angeklagt und am 15.1.51 wegen Anstiftung zum versuchten Mord in fünf Fällen zu lebenslänglicher Haft verurteilt, die Befragung von 2.000 Zeugen hatte keine Beweise für Tötungshandlungen ergeben.

Vergeblich blieb der Revisionsversuch der Verteidigung, die das Verfahren unter dem Druck der öffentlichen Vorverurteilung in den Medien für rechtswidrig hielt.<<

Der spätere US-Präsident Dwight D. Eisenhower erklärte am 22. Januar 1951 während einer Rede in Bonn (x268/45): >>Ich war 1945 der Auffassung, daß die Wehrmacht, insbesondere das deutsche Offizierskorps, identisch mit Hitler und den Exponenten seiner Gewaltherrschaft sei und deshalb auch voll verantwortlich für die Auswüchse des Regimes. ...

Inzwischen habe ich eingesehen, daß meine damalige Beurteilung der Haltung des deutschen Offizierskorps und der Wehrmacht nicht den Tatsachen entspricht, und ich stehe daher nicht an, mich wegen meiner damaligen Auffassung zu entschuldigen. Der deutsche Soldat hat für seine Heimat tapfer und anständig gekämpft. ...<<

Erst nachdem die Bundesrepublik Deutschland sämtliche deutschen Auslandsschulden (ohne Verrechnung der nach Kriegsende beschlagnahmten Vermögenswerte im Ausland und der beschlagnahmten deutschen Patente) anerkannte, erhielt sie im März 1951 eine begrenzte außenpolitische Souveränität (x128/266).

US-Präsident Truman setzte am 11. April 1951 den Oberbefehlshaber der UN-Streitkräfte in Korea, Douglas MacArthur (1880-1964) ab, weil Truman eine Ausdehnung des Krieges auf China vermeiden wollte.

Neuer Oberbefehlshaber der UN-Streitkräfte in Korea wurde US-General Matthew B. Ridgway (1895-1993).

In Paris unterzeichneten Frankreich, Belgien, Italien, Luxemburg, die Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland am 18. April 1951 den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) bzw. Montanunion (x156/73): >>Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland. Seine Königliche Hoheit der Kronprinz von Belgien, der Präsident der Französischen Republik, der Präsident der Italienischen Republik, Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Luxemburg, Ihre Majestät die Königin der Niederlande, in der Erwägung, daß der Weltfriede nur durch schöpferische, den drohenden Gefahren angemessene Anstrengungen gesichert werden kann, in der Überzeugung, daß der Beitrag, den ein organisiertes und lebendiges Europa für die Zivilisation leisten kann, zur Aufrechterhaltung friedlicher Beziehung unerlässlich ist,

in dem Bewußtsein, daß Europa nur durch konkrete Leistungen, die zunächst eine tatsächliche Verbundenheit schaffen, und durch die Errichtung gemeinsamer Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung aufgebaut werden kann,

in dem Bemühen, durch die Ausweitung ihrer Grundproduktion zur Hebung des Lebensstandards und zum Fortschritt der Werke des Friedens beizutragen,

entschlossen, an die Stelle der jahrhundertealten Rivalitäten einen Zusammenschluß ihrer wesentlichen Interessen zu setzen, durch die Errichtung einer wirtschaftlichen Gemeinschaft den ersten Grundstein für eine weitere und vertiefte Gemeinschaft unter Völkern zu legen, die lange Zeit durch blutige Auseinandersetzungen entzweit waren, und die institutionellen Grundlagen zu schaffen, die einem nunmehr allen gemeinsamen Schicksal die Richtung weisen können,

haben beschlossen, eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu gründen. ...

Artikel 1

Durch diesen Vertrag begründen die Hohen Vertragsschließenden Teile unter sich eine Euro-

päische Gemeinschaft für Kohle und Stahl; sie beruht auf einem gemeinsamen Markt, verfolgt gemeinsame Ziele und hat gemeinsame Organe.

Artikel 2

Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist dazu berufen, im Einklang mit der Gesamtwirtschaft der Mitgliedstaaten und auf der Grundlage eines gemeinsamen Marktes ... zur Ausweitung der Wirtschaft, zur Steigerung der Beschäftigung und zur Hebung der Lebenshaltung in den Mitgliedstaaten beizutragen. ...

Artikel 97

Dieser Vertrag gilt für die Dauer von 50 Jahren vom Zeitpunkt seines Inkrafttretens an.

Artikel 98

Jeder europäische Staat kann einen Antrag auf Beitritt zu diesem Vertrag stellen. Der Antrag ist an den Rat zu richten, der nach Stellungnahme der Hohen Behörde einstimmig Beschluß faßt und ebenfalls einstimmig die Bedingungen für den Beitritt festsetzt. ...<<

Die Hohe Behörde der Montanunion wurde 1967 durch Fusionsvertrag in die EG integriert. Nach Ablauf des auf 50 Jahre begrenzten Vertrages (23.07.2002) stellte die Montanunion schließlich ihre Tätigkeit ein, ihre Befugnisse und ihr Vermögen gingen danach auf die EG über.

Der Bundestag verabschiedete am 11. Mai 1951 ein "Amnestiegesetz" für NS-Verurteilte (nach Artikel 131 des Grundgesetzes).

Bund, Länder und Gemeinden wurden verpflichtet, die aus dem öffentlichen Dienst Ausgeschiedenen wieder einzustellen (x129/149).

In der Bundesrepublik Deutschland wurden am 8. Juni 1951 die letzten NS-Kriegsverbrecher hingerichtet. Gehängt wurden die SS-Führer Paul Blobel, Werner Braune, Erich Naumann, Otto Ohlendorf, Oswald Pohl, Georg Schallermaier und Hans Schmidt (ehemaliger Adjutant im KZ Buchenwald).

Die Zeitschrift "Stern" berichtete später über die letzten Hinrichtungen in Landsberg (x043/216): >>Die Todesurteile an den 7 Landsberger Häftlingen wurden in der Nacht zum ... 7. Juni ... durch Erhängen vollstreckt. ...

In der Mitteilung des Hohen Kommissars McCloy wurde darauf hingewiesen, daß damit die letzten Hinrichtungen für die während des Krieges von Deutschen begangenen Verbrechen erfolgt seien. ...

Als erster wurde der ehemalige SS-Standartenführer Paul Blobel zum Galgen im Keller des Landsberger Gefängnisses geführt. Ihm folgten in Abständen von je 20 Minuten der frühere SS-Standartenführer Werner Braune, der frühere Oberführer Erich Naumann, der ehemalige SS-Brigadeführer Otto Ohlendorf, der ehemalige SS-Obergruppenführer Oswald Pohl, der Rapportführer Georg Schallermaier und der frühere Adjutant im KZ Buchenwald, Hans Schmidt. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über "Landsberg am Lech" (x051/-342): >>Landsberg am Lech, oberbayerische Stadt mit rund 8.200 Einwohnern (1933).

Im ehemaligen Schloß (Festung) von Landsberg am Lech, das zur Strafanstalt umgebaut worden war, verbüßten Hitler und andere im Hitler-Prozeß am 1.4.24 verurteilte Nationalsozialisten ihre Strafen. Hitlers Zelle im sogenannten "Feldherrnflügel", die er bis zur vorzeitigen Entlassung am 20.12.24 bewohnte, wurde im Dritten Reich Erinnerungsstätte und u.a. Ziel des Adolf-Hitler-Marsches der deutschen Jugend. Nach dem Zweiten Weltkrieg hielten hier die Amerikaner wegen Kriegsverbrechen angeklagte oder verurteilte Deutsche in Haft; auch Todesurteile wurden hier vollstreckt.<<

Im Verlauf der Prozesse und der Entnazifizierung wurden in den Westzonen mindestens 800 Kriegsverbrecher durch die Siegermächte zum Tod verurteilt, von denen man etwa 500 hingerichtete. Während dieser Kriegsverbrecherprozesse ahndete man lediglich die zahllosen

Verbrechen der Verlierer. Die Kriegs- und Nachkriegsverbrecher der Siegermächte zog niemand zur Rechenschaft.

In den folgenden 3 Jahrzehnten ermittelte die westdeutsche Justiz gegen mehr als 84.000 Deutsche und verurteilte über 6.400 Angeklagte wegen nachgewiesener NS-Verbrechen (x025/195).

Die Bundesregierung verkündete am 29. Juni 1951 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1950 (x182/218): >>Von den Ausgaben in Höhe von 12,4 Milliarden DM entfallen 37,7 % auf Sozialleistungen und 37,5 % auf Besatzungskosten. ...<<

Die britische Regierung beendete am 9. Juli 1951 den Kriegszustand mit Deutschland.

Bundeskanzler Adenauer erläuterte am 12. Juli 1951 vor dem Deutschen Bundestag den Gesetzentwurf für den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (x156/74-75): >>Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Das Gesetz, das Ihnen zur Beratung und zur Beschlußfassung vorgelegt wird, ist sehr kurz; aber seine Bedeutung ist im Hinblick auf die ihm beigelegte Anlage außerordentlich groß.

Ich glaube, ich kann ohne zu übertreiben sagen, daß sich der Bundestag bisher noch mit keinem Gesetzentwurf hat beschäftigen können, der an Bedeutung diesen Gesetzentwurf übertrifft. ...

Ich bin der festen Überzeugung, daß, wenn dieser Anfang einmal gemacht worden ist, wenn hier 6 europäische Länder, wie ich nochmals betone: freiwillig und ohne Zwang einen Teil ihrer Souveränität

(Zuruf von der KPD: Wer lacht denn da?)

auf ein übergeordnetes Organ übertragen, man dann auch auf anderen Gebieten diesem Vorgang folgen wird und daß damit wirklich der Nationalismus, der Krebschaden Europas, einen tödlichen Stoß bekommen wird. ...

Sosehr ich auch die wirtschaftliche Bedeutung bejahe, sosehr ich es als gut empfinde, daß für Kohle, Eisen und Stahl in einem Gebiete, das von 167 Millionen Menschen bewohnt wird, ein freier Markt geschaffen wird, sosehr ich es begrüße, daß auf dem Gebiete, das die Montanunion in sich schließt, die Zollschranken fallen, sosehr ich der Auffassung bin, daß dadurch ein wirtschaftlicher Impuls allerersten Ranges und von größter Kraft ausgehen wird – über alles dies scheint mir die politische Bedeutung noch unendlich viel größer zu sein.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Als im Mai des Jahres 1950 Herr Schuman diesen Vorschlag machte,

(Zuruf von der KPD: Washington machte ihn!)

ging es ihm in erster Linie darum, die althergebrachten Gegensätze zwischen Frankreich und Deutschland dadurch aus der Welt zu schaffen, daß auf dem Gebiete der Grundstoffindustrie gemeinsam gearbeitet und daß dadurch jeder Gedanke, einer wolle gegen den andern rüsten, unmöglich würde.

Es handelt sich auch darum, psychologisch zu wirken. Wir müssen uns darüber klar sein, daß französische Bevölkerungskreise vielfach noch immer in dem Gedanken leben, daß Deutschland ein eventueller zukünftiger Gegner sein würde.

Die psychologische Bedeutung, die Frage der Beruhigung solcher Befürchtungen im eigenen Lande und die Erweckung des Gefühls der Zusammengehörigkeit zwischen Deutschland und Frankreich waren die politischen Gründe, die Herrn Schuman damals geleitet haben.

Aber wie bei wirklich konstruktiven Gedanken hat sich im Laufe der Entwicklung gezeigt, daß in diesem Vorschlag eine solch lebendige Kraft lag, daß man über den ursprünglichen Zweck jetzt schon weit hinausgekommen ist.

Man hat seit dem Mai 1950 erkannt, daß die Integration Europas für alle europäischen Länder eine absolute Notwendigkeit ist, wenn sie überhaupt am Leben bleiben wollen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Man hat weiter erkannt, daß man die Integration Europas nicht mit Reden, mit Erklärungen herbeiführen kann, sondern daß man sie nur herbeiführen kann

(Zuruf von der KPD: Durch Panzerdivisionen!)

durch gemeinsame Interessen und durch gemeinsames Handeln.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Darin liegt die ganz große Bedeutung dieses Vertrages. Dieser Vertrag nötigt die europäischen Länder, die ihm angehören, zusammen zu handeln.

Etwas Weiteres hat sich im Laufe der Verhandlungen ergeben. Ich glaube, daß wohl zum erstenmal in der Geschichte, sicher der Geschichte der letzten Jahrhunderte, Länder freiwillig und ohne Zwang auf einen Teil ihrer Souveränität verzichten wollen,

(Zuruf von der KPD: An die Rüstungsherren!)

um die Souveränität einem supranationalen Gebilde zu übertragen.

(Zuruf von der KPD: Den Amerikanern unterstellt werden! – Zuruf in der Mitte: Ruhig! - Gegenruf von der KPD: Das gefällt Ihnen nicht!)

Das ist – ich betone das ausdrücklich -, wie mir scheint, ein Vorgang von welthistorischer Bedeutung, ein Vorgang, der das Ende des Nationalismus in all diesen Ländern bedeutet.

(Beifall bei den Regierungsparteien) ...<<

Die französische Regierung Frankreich beendete am 13. Juli 1951 den Kriegszustand mit Deutschland.

Die Sowjetunion schlug Waffenstillstandsverhandlungen für Korea vor, die zwar im Juli 1951 begannen, aber erst 1953 erfolgreich waren.

Die USA, England und weitere 46 Staaten (ohne UdSSR) schlossen am 8. September 1951 in San Francisco einen Friedensvertrag mit Japan.

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) kritisierte am 18. September 1951 in einer Rundfunkansprache die Politik des deutschen Bundeskanzlers und der Westalliierten (x156/108-110): >>Das Washingtoner Abkommen der 3 westlichen Außenminister bedeutet eine Einigung der 3 Westmächte unter sich in ihrer Deutschland-Politik auf der französischen Linie.

Es ist keine Einigung zwischen den westlichen Außenministern und dem deutschen Volk. Diese Ergebnis von Washington war nur auf der Grundlage möglich, daß der Bundeskanzler den Inhalt des Abkommens vorher zwar nicht mit deutschen Stellen oder Personen, wohl aber mit den 3 Hohen Kommissaren vereinbart hatte. ...

Ein starkes Europa ist nicht möglich durch deutsche Selbstverleugnung, die nur die Selbstüberhebung anderer hervorruft. Schuman-Plan und Plevan-Plan haben beide zum Ziele, Wirtschaftskraft und militärisches Menschenpotential der Deutschen unter alliierte, das heißt konkret französische Verfügungsgewalt zu stellen und Europäer zweiter Klasse aus uns zu machen.

Es geht hier nicht um die Frage eines taktischen Schritt für Schritt, durch kleine Erfolge vorwärtszukommen. Es geht um große Probleme, die für lange Zeit durch einmalige Handlungen geregelt werden. Der Zug der deutschen Politik wird jetzt auf ein Geleise gesetzt. Fährt er erst einmal, sind die Weichen gestellt und hat man sich nicht genügend Mühe um den Unterbau gegeben, dann sind einmal begangene Fehler nicht mehr zu korrigieren. Viel besser hat das Goethe gesagt:

"Wer das erste Knopfloch verfehlt, kommt mit dem zuknöpfen nicht mehr zurecht."

Sowjetrußland hat ganz kühl auf den Zeitpunkt gewartet, zu dem falsch zugeknöpft wird. Seit Beginn dieses Jahres ist eine Umgruppierung der ganzen kommunistischen Strategie und Taktik sichtbar.

Die neueste und radikalste Variante in dieser Taktik ist der sogenannte Volkskammerappell

oder Grotewohl-Brief vom 15. September 1951. In diesem Brief wird alles angeboten, was vorher verbrannt, verhöhnt und verflucht wurde. Keine Rede ist mehr von dem sofortigen Abzug der Besatzungsmächte. ... Das Kernstück ist jetzt der Vorschlag freier Wahlen zu einer Nationalversammlung unter gleichen Bedingungen für alle demokratischen Parteien und Organisationen.

Die Aufgaben dieser Nationalversammlung sollen sein die Schaffung einer Verfassung und der Abschluß eines Friedensvertrages. Das Ziel eines solchen Friedensvertrages ist die Schaffung Sowjetdeutschlands, die dominierende Rolle der Sowjets bei der internationalen Kontrolle der Ruhr und die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als sogenannte Friedensgrenze.

Mit diesen Angeboten schafft die sowjetische Taktik eine neue Situation, die neue Antworten verlangt. Immer lauter dringt der Ruf der gequälten und geknechteten Deutschen aus der sowjetischen Besatzungszone zu uns: was tut ihr für die deutsche Einheit und damit für uns? ...

Eine Nationalversammlung, deren einzige Aufgabe neben dem Friedensvertrag nur die Schaffung einer Verfassung ist, bedeutet Verewigung aller Gefahrenmomente, für die einzelnen Menschen, für die politischen Parteien und für das Schicksal der deutschen Einheit.

Eine Nationalversammlung dieser Art löst kein Problem. Das Parlament darf nicht nur die Verfassung schaffen. Es muß gesetzgebend sein und in alle Bereiche der Gesetzgebung gestaltend eingreifen können. Vor allem aber muß es eine starke Regierung mit machtvoller Exekutive schaffen. Es muß aber auch regierungsbildend, die Politik der Regierung bestimmend und die Regierung kontrollierend sein.

Die Fülle der Voraussetzungen ist groß. Man denke an die politischen Gefangenen, an die Insassen der Konzentrationslager und der Strafanstalten, an die Opfer der Terrorjustiz und der Terrorpolizei. Ohne ihre Freiheit wird es nie eine Freiheit in Deutschland geben. Man schleiche sich drüber auch nicht vorbei an den Ergebnissen der von der sowjetischen Militäradministration erzwungenen sogenannten Vereinigung von KPD und SPD in der sogenannten SED.

...

Das sagen wir deutschen Sozialdemokraten, die stärksten Gegner des kommunistischen Systems und die leidenschaftlichsten Freunde der deutschen Einheit.<<

Bundeskanzler Konrad Adenauer (1876-1967) erklärte am 6. Oktober 1951 während einer Kundgebung am Berliner Funkturm (x020/87): >>... Lassen Sie mich mit letzter Klarheit sagen: das Land jenseits der Oder-Neiße gehört für uns zu Deutschland. ...<<

Die nordamerikanische Regierung beendete am 19. Oktober 1951 den Kriegszustand mit Deutschland.

US-Präsident Truman erläuterte am 24. Oktober 1951 die damalige Deutschlandpolitik (x028/164): >>Es war und ist noch immer Politik der Vereinigten Staaten, den Abschluß eines Friedensvertrages mit der Regierung eines vereinten und freien Deutschlands zu erreichen, doch die Bemühungen sind bisher vereitelt und im Augenblick unmöglich gemacht worden durch die Politik der sowjetischen Regierung ...

Es ist trotzdem für wünschenswert gehalten worden, den bestehenden Zustand des Krieges mit Deutschland zu beenden und Deutschland aus seinem gegenwärtigen Feind-Status zu befreien, womit gewisse Beeinträchtigungen für deutsche Staatsangehörige aus dem Wege geräumt werden.<<

In Hannover gründeten 4 Landsmannschaften und der "Zentralverband der vertriebenen Deutschen" am 18. November 1951 den "Bund vertriebener Deutscher".

Konrad Adenauer schrieb am 6. Dezember 1951 an Nahum Goldmann (x095/131-132): >>Sehr geehrter Herr Dr. Goldmann!

Unter Bezugnahme auf die Erklärung, die die Bundesregierung am 27.9.1951 im Bundestag abgab und in der sie sich bereiterklärte, mit Vertretern des jüdischen Volkes und Israels Verhandlungen wegen der Wiedergutmachung der unter dem narzißtischem Regime entstandenen

Schäden aufzunehmen, möchte ich Ihnen mitteilen, die Bundesregierung den Zeitpunkt für gekommen erachtet, in dem solche Verhandlungen beginnen sollten.

Ich bitte Sie, in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzender der Conference of Jewish Claims against Germany, sowohl dieser Konferenz als auch der Regierung Israels von dieser Bereitschaft Kenntnis zu geben.

Ich möchte dazu bemerken, daß die Bundesregierung in dem Problem der Wiedergutmachung vor allem auch eine moralische Verpflichtung sieht und es für eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes hält, das Möglichste zu tun, um das an dem jüdischen Volk begangene Unrecht wiedergutzumachen.

Die Bundesregierung wird in diesem Zusammenhang die Möglichkeit begrüßen, durch Warenlieferungen zu dem Aufbau des Staates Israel einen Beitrag zu leisten. Die Bundesregierung ist bereit, bei diesen Verhandlung die Ansprüche, die die Regierung des Staates Israel in ihrer Note vom 12.3.51 gestellt hat, zur Grundlage der Besprechungen zu machen. ...<<

Die Bundesregierung verkündete am 7. Dezember 1951 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1951 (x182/218): >>Von den Ausgaben in Höhe von 17,6 Milliarden DM entfallen 38,6 % auf Sozialleistungen und 36,9 % auf Besatzungskosten. ...<<

In der Bundesrepublik Deutschland waren im Jahre 1951 noch 66 % aller Deutschen der Meinung, daß die deutschen Ostgebiete noch nicht verloren sind (x020/89).

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (7/1952) berichtete am 13. Februar 1952: >>Wie die Hühnerhunde

In Eisenhowers SHAPE-Hauptquartier wurde jetzt eine besondere Kommission zur Abwehr der "wahrscheinlichen ersten Angriffsphase" der Ostblock-Armeen gegen Westeuropa gebildet. Chef dieses Gremiums ist der US-Colonel F. Kindley. Der ist merkwürdigerweise nicht Offizier, sondern Spezialist für psychologische Kriegsführung.

(Die) SHAPE-Abwehr hat nämlich festgestellt, daß - sollte der dritte Weltkrieg stattfinden - dem Schießkrieg ein Nervenkrieg vorangehen wird. Die Generalstäbler ... sehen die Lage, wie sie 5 Minuten vor X-Zeit sein wird so:

Der Aufmarsch auf dem rechten sowjetischen Angriffsflügel wird sich mit gemischten russisch-polnischen Verbänden in der Ostzone Deutschlands vollziehen. Aber nicht verschleiert, wie bisher solche Bereitstellungen erfolgten, sondern in demonstrativ offener und breiter Drohbewegung.

Die Begleitfanfaren zu diesen Truppenbewegungen schmettern die Rundfunksender der Sowjetunion, Polens und der Ostzone in allen westeuropäischen Sprachen. Kommunistische Agenten werden Flüsterparolen über angebliche Greuelthaten und Vergewaltigungen durch Ostblocksoldaten in Umlauf setzen und Störmeldungen über den Einsatz mongolischer Verbände ausstreuen.

Zweck dieser den eigentlichen Schießkrieg vorbereitenden psychologischen Offensive: Auslösung eines Massenschrecks. Die Sowjets rechnen damit, daß sich sofort ein europäischer Flüchtlingsstrom über die Straßen und Eisenbahnen ergießen wird, der Verkehrsverstopfungen und Produktionshemmungen verursacht und deutsche Hilfsverbände der westlichen Alliierten zu Massendemonstrationen veranlaßt. Sabotageaktionen werden die Verwirrung steigern. Das dann hereinbrechende westeuropäische Chaos wird alle Abwehrmaßnahmen der NATO unmöglich machen oder zumindest auf das Äußerste erschweren.

Die SHAPE-Offiziere unterstreichen ihre Hypothese, indem sie auf die Persönlichkeit des Oberbefehlshabers der polnischen Armee, den Sowjetmarschall Rokossowski, hinweisen. Der hat ... Erfahrungen auf dem Gebiete des Nervenkrieges. Als er im Weltkrieg II - schon damals als Befehlshaber des rechten sowjetischen Flügels - in Ostpreußen einbrach und durch Westpreußen und Pommern hindurch bis nach Swinemünde stieß, überstürzte sich die ostdeutsche

Bevölkerung in chaotischer Angst vor seinen Panzern.

Die propagandistische Peitsche Ilja Ehrenburgs holte damals aus den Flüchtlingen die letzte Kraft der Verzweiflung und aus den kriegsmüden Iwans den letzten Angriffspfeffer heraus. Die zwischen dem Flüchtlingsstrom und der roten Panzerflut eingekeilten deutschen Heeresverbände waren nicht mehr operationsfähig. So soll es auch jetzt werden.

Oberst Kindley meint, daß die wirkungsvollste Abwehr gegen solchen Nervenkrieg ein kraftvoller NATO-Aufmarsch an der Elbe wäre. Doch er befürchtet: In das Durcheinander werden beim eigentlichen Kriegsausbruch die polnisch-sowjetischen Verbände "wie die Hühnerhunde" hineinstoßen, um das gehandikapte westalliierte Wild aufzuscheuchen.

Die Panzerarmee der sowjetischen Heeresgruppe West unter Timoschenko aber werden solange zurückgehalten, bis sich an den Rheinübergängen zeigt, ob ein starker Offensivstoß die Chance verspricht, das Gros der Atlantik-Truppen in Belgien und Ostfrankreich zu kesseln. Polens Soldaten sichern dann Nord- und Nordwestdeutschland sowie Dänemark als rückwärtige Heeresgebiete.

Auf solchen Krieg hat sich auch die polnische Rüstungsindustrie eingestellt. Ihr Schlager ist heute ein 5-cm-Minenwerfer aus Leichtmetall, der von den staatlichen Rüstungswerken PZON 4 und 7 in Rzeszow und Lublin hergestellt wird. Der Werfer ist die leichteste Type dieser Waffe überhaupt. Er kann bequem von einem Mann getragen werden. Ein zweiter trägt die Munition, Minen aus Leichtmetallhülsen mit 2,5 kg Hexal-Sprengstoff. Bei einfacher Handhabung der Waffe, einwandfreier Zielsicherheit und einer Reichweite von 9.000 m ist der Werfer eine Idealwaffe für den Guerilla- und Partisanenkrieg und für Kommandounternehmen.<<

Stalin schlug den 3 Westmächten am 10. März 1952 Grundzüge eines Friedensvertrages mit Deutschland vor (x149/156): >>Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt. Damit wird der Spaltung Deutschlands ein Ende gemacht, und das geeinte Deutschland gewinnt die Möglichkeit, sich als unabhängiger, demokratischer, friedliebender Staat zu entwickeln. ...

Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat. ...

Es wird Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte ... zu besitzen, die für die Verteidigung des Lands notwendig sind. ...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über die Stalin-Note von 1952 (x283/239-241): >>... Stalins Angebot weckte in Deutschland große Hoffnungen. Es fand verbreitete Zustimmung, zumal bei der SPD. In diesem Sinne empfahl auch Ernst Reuter, auf das Angebot behutsam einzugehen.

Anders dachte der frankophile (franzosenfreundliche) Adenauer, der 1923 die Lostrennung des Rheinlandes von Preußen betrieben hatte.

Berlin wäre nach Stalins Plan 1952 wieder Hauptstadt geworden. Bei den avisierten gesamtdeutschen Wahlen war mit einem Sieg der Sozialdemokraten zu rechnen, und überhaupt schien dem Kanzler wohl ein Zuwachs an Preußen und Protestanten unsympathisch.

Gleichwohl verleugnete Adenauer das Ziel einer Wiedervereinigung nicht geradewegs, verstand sich dazu aber erst nach erfolgter Westbindung der Bundesrepublik und einer Umwälzung in Osteuropa. Damit war er seiner Zeit allzu weit voraus. Zunächst wollte Adenauer verhindern, daß seine Politik in Gefahr geriet, was Stalin in aller Offenheit bezweckte. Denn der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft stand unmittelbar vor dem Abschluß.

Es wurde dann jedoch nicht durch Moskau, sondern – eine Ironie der Geschichte – durch Paris torpediert. Erst drei Jahre später erfolgte der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO.

Adressat der Stalin-Note war nicht Adenauer. Seine Meinung fiel nicht wesentlich ins Gewicht. Gefragt waren die Westmächte. ...

Eine Verhandlung über die Stalin-Note wurde von Washington keineswegs offen abgelehnt, aber auf Druck von Paris, London und Bonn bewußt an Bedingungen gebunden, die für Stalin unannehmbar waren, nämlich an die vorab eingeräumten Möglichkeiten einer Revision der Oder-Neiße-Grenze und eines Beitritts Gesamtdeutschlands zur NATO. Damit war die Chance verspielt, festzustellen, ob Stalins Angebot gutwillig war.

Wäre die von ihm entworfene Lösung zustande gekommen, so hätte sich der wirtschaftliche Aufschwung Westdeutschlands verzögert, aber es hätte sich auch das unendliche Leid erübrigt, das in den Folgejahren das SED-Regime verschuldet und die fortdauernde Teilung Deutschlands mit sich gebracht hat. Das, was schließlich 1990 mühsam errungen wurde, wäre bereits 1952 erreicht gewesen.

Um diese schmerzhaftige Konsequenz einer versäumten Gelegenheit zu vermeiden, empfahl sich der Ausweg, zu bestreiten, daß eine solche Gelegenheit tatsächlich bestand, und die Stalin-Note für bloßes Störfeuer, für Bluff zu erklären. Da der Westen sich aber weigerte, dies durch Verhandlung aller Welt vor Augen zu führen, so kann das nur aus der Besorgnis erklärt werden, daß Stalin es am Ende doch ernst meinte. Aber man wollte das von Moskau vorgesehene Resultat nicht. Daher erübrigte sich der Test, ob Stalin wirklich bereit gewesen wäre, die DDR aufzugeben.

Die neuere Aktenlage zeigt, daß Stalins Vorstoß nur ein propagandistisches Manöver war. ...<<

Die fast vollkommen verwüstete Insel Helgoland (jahrelang Übungsgebiet der britischen Luftwaffe) wurde am 11. März 1952 an die Bundesrepublik Deutschland zurückgegeben.

Ein zum Tod verurteilter Gefangener schrieb am 20. März 1952 aus Den Haag einen Abschiedsbrief an das Evangelische Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene: >>... Ich schreibe Ihnen heute, um mich zu verabschieden.

Morgen, am 21.3.52, werde ich in der Frühe den Soldatentod sterben. Sind sie versichert, daß ich völlig ruhig bin und mein Schicksal entgegennehmen werde, wie es von einem Höheren beschlossen worden ist.

Der Gedanke an Frau und Kind ... ist allerdings mehr als bitter. Doch muß ich auch darin beharren, da ich wehr- und machtlos bin.

Nach dem Warum allerdings frage ich vergeblich. Ich werde in den Tod gehen mit dem festen Bewußtsein, eine persönliche Schuld, und nun gar eine solche, die derartige Strafe erfordert, nicht auf mich geladen zu haben.

Leben Sie alle wohl und arbeiten Sie weiter an dem Ziel, der Welt den Frieden zu verschaffen. Meine Bitte ist einmal, sich meiner geliebten Frau und meines Herzenskindes annehmen zu wollen, und ferner, daß mein Tod der des letzten Deutschen in den ehemals besetzten Westländern sein möge! ...<<

Der deutsche Landgerichtsrat Karlhans Sonnenburg, Bad Godesberg, kritisierte damals die Rechtsprechung der Siegermächte: >>Sieben Jahre sind deutsche Männer und Frauen als Angehörige der Wehrmacht, der Polizei, des Wehrmachtsgefolges und des Diplomatischen Korps durch die Mühlen der alliierten Sondergerichtsbarkeit für Kriegsverbrecher gegangen und haben sich in den Maschen einer Justiz gefangen, die Ausfluß einer fremden, eigens vom Sieger auf sie zugeschnittenen Sonder-Gesetzgebung und Rechtsprechung ist.

Sieben Jahre sind Urteile gegen Deutsche auf Grund von Gesetzen gesprochen worden, die im Widerspruch zu der am 10.12.1948 feierlich proklamierten Internationalen Erklärung der Menschenrechte und zur Genfer Konvention stehen und allein schon wegen ihrer rückwirkenden Kraft die Grundprinzipien des Völker- und Strafrechts verletzen.

Sieben Jahre lang fungieren Mitglieder der völkerrechtlich illegalen nationalen Widerstands-

gruppen als Richter über Angehörige der legalen deutschen Truppe, winden voreingenommene Zeugen sich selbst Märtyrerkronen, indem sie Deutsche der scheußlichsten Verbrechen bezichtigen.

Sieben Jahre hindurch sind Hunderte von Deutschen aufgrund von Sondergerichtsurteilen erschossen worden, haben andere Hunderte darauf gehofft, daß sie eine Begnadigung vor der Hinrichtung bewahrt. ...

7 Jahre lang haben Tausende von Deutschen als Untersuchungsgefangene in körperlicher, geistiger und seelischer Not dem Zeitpunkt entgegengebangt, an dem über Leben und Freiheit für sie entschieden wurde. ...

7 Jahre nach Beendigung der Feindseligkeiten wird der Krieg auf dem Gebiet des Rechts fortgesetzt, werden neue Verurteilungen ausgesprochen, werden Hinrichtungen - wie jüngst in Holland - vollzogen und Kerkerstrafen verbüßt. ...

Zur gleichen Zeit werden in Korea, Indochina, Tunis und anderen Ländern von Angehörigen der Siegermächte, zum Teil sogar von deutschen Fremdenlegionären unter ihrem Befehl, dieselben Taten begangen, die den deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges als Kriegsverbrechen zur Last gelegt werden. Die Auswirkungen eines doppelten Rechtes für Sieger und Besiegte können sich nicht deutlicher offenbaren.

Dabei kann die Frage der Schuld heute nicht mehr so eindeutig geklärt werden, daß eine Entscheidung über Leben und Freiheit eines Menschen gerechtfertigt ist. Oft 10 und mehr Jahre nach den Geschehnissen ist eine einwandfreie Feststellung der Wahrheit und Klärung des Sachverhaltes erfahrungsgemäß unmöglich, zumal die Ereignisse im Zusammenhang mit Kampfhandlungen standen. ...

Zwar wissen wir, daß es auch Schuldige gibt, aber für einen Schuldigen dürfen nicht Unschuldige leiden. Die Schuldigen, die zu decken wir ablehnen, sollen der verdienten Strafe nicht entzogen werden, die deutsche Justiz ist befähigt und befugt, sie gerecht zu bestrafen. ...

Erst wenn die Westmächte die Gefangenen freigeben und sich durch diese Tat zu den demokratischen Idealen der Gerechtigkeit, Freiheit und Menschlichkeit bekennen, dürfen unsere Brüder und Schwestern in den Zwangsarbeitslagern des Ostens hoffen, daß auch sie eines Tages die Heimat und ihre Familie wiedersehen werden.<<

Die Bundesrepublik Deutschland, Israel und die Jewish Claims Conference führten am 30. März 1952 Verhandlungen über Wiedergutmachungsleistungen.

Bundeskanzler Konrad Adenauer schrieb am 29. April 1952 an Bundespräsident Theodor Heuss wegen der Einführung der dritten Strophe des Deutschlandliedes als Nationalhymne (x095/136-137): >>Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Die Frage einer "National-Hymne" ist in den vergangenen Jahren wiederholt zwischen uns besprochen worden. ...

Als das Kabinett Sie vor Monaten durch mich bitten ließ, sich für die dritte Strophe des "Deutschland-Liedes" zu entscheiden, gab ich zu, daß ihre damalige Gegenargumentation eine innere Berechtigung besaß. Inzwischen ist nun die Frage dringend geworden, und ich muß den Wunsch der Bundesregierung darum pflichtgemäß wiederholen.

Sie wissen selber um die Lage, in der bei amtlichen Veranstaltungen unsere ausländischen Vertretungen sich befinden. Ich will in diesem Augenblick die innerdeutschen Gefühlsmomente, deren Gewicht von uns beiden gleich hoch gewertet wird, gar nicht in Anschlag bringen. Es ist wesentlich der außenpolitische Realismus, der uns, ihnen wir mir, nahelegen muß, die Entscheidung nicht weiter hinauszuzögern. ... Daher die erneute Bitte der Bundesregierung, das Hoffmann-Haydn'sche Lied als Nationalhymne anzuerkennen.

Bei staatlichen Veranstaltungen soll die dritte Strophe gesungen werden.<<

Der Friedensvertrag mit den westlichen Alliierten trat am 30. April 1952 in Kraft, obwohl die sowjetische Regierung diesen Vertrag nicht ratifizierte.

Das "Lied der Deutschen" bzw. das "Deutschlandlied" wurde am 2. Mai 1952 (wieder) Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland.

Zur deutschen Nationalhymne gehörten offiziell alle 3 Strophen. Bundeskanzler Adenauer und Bundespräsident Heuss regelten jedoch damals, daß bei staatlichen Veranstaltungen nur die dritte Strophe gespielt bzw. gesungen werden soll.

Im Bundestag wurde am 16. Mai 1952 das Gesetz über den Lastenausgleich verabschiedet.

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über das Lastenausgleichsgesetz (x024/242-244): >>... Im Mittelpunkt des Lastenausgleichsgesetzes stand die Hauptentschädigung.

Für nachgewiesene Vermögensschäden sollten die Vertriebenen eine prozentuale Entschädigung erhalten.

Für geringe Schäden war der prozentuale Anteil verhältnismäßig hoch, z.B. für Schäden unter 5.000 Reichsmark 95 %. Für hohe Vermögensverluste wurde eine verhältnismäßig geringe Entschädigung gewährt. So sollten etwa Schäden über eine Million Reichsmark nur noch mit 6,5 % abgegolten werden.

Die Auszahlung der Hauptentschädigung erfolgte aber erst ab 1959, weil zuvor noch Finanzierungsprobleme zu lösen waren.

Da aber für die Feststellung der Vermögensschäden bei Immobilien der Einheitswert zugrunde gelegt wurde und nicht der Verkehrswert, fiel die Entschädigung noch niedriger aus, weil der Einheitswert viel zu niedrig angesetzt wurde.

Jedenfalls war die Entschädigungssumme niemals ausreichend, um einen Ersatz für das verlorene Gut zu erwerben. So konnte sich etwa ein vertriebener Bauer für die 20.000 DM, die er für seinen 30 Hektar großen Hof bekam, in der Bundesrepublik gerade einen Schlepper kaufen. Daher gestaltete sich auch die Eingliederung der Bauern in der Bundesrepublik besonders schwierig. Nur etwa 5 Prozent konnten wieder ihre frühere Tätigkeit aufnehmen.

Als das Lastenausgleichsgesetz geschaffen wurde, war man allgemein der Auffassung, daß das deutsche Volk nicht imstande sein würde, das Vertriebenenproblem aus eigener Kraft zu meistern. ...

Die Forderung der Vertriebenen, den Einheitswert durch den Verkehrswert zu ersetzen, um die Entschädigungen wenigstens einigermaßen an die Wirtschaftsentwicklung anzupassen, verhallte ungehört.

Die Vertriebenen bildeten in der Bundesrepublik Deutschland eine Minderheit, von der jedes Jahr ein bedeutender Teil aus Altersgründen noch wegstarb. Warum sollte sich die Mehrheit da plötzlich besinnen und einer Minderheit freiwillig mehr gewähren. ...<<

Die Bundesregierung verkündete am 25. Juni 1952 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1952 (x182/218): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 21,1 Milliarden DM entfallen 36,2 % auf Sozialleistungen und 37,4 % auf Besatzungskosten. ...<<

Um die großen wirtschaftlichen Probleme der Vertriebenen zu lösen, wurde am 17. August 1952 das sog. Lastenausgleichsgesetz erlassen.

Das Lastenausgleichsgesetz wurde durch eine feierliche Erklärung eingeleitet, in der folgende Vorbehalte festlegte (x088/22): >>... In Anerkennung des Anspruchs der durch den Krieg und seine Folgen besonders betroffenen Bevölkerungsteile auf einen die Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit und die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten berücksichtigenden Ausgleich von Lasten und auf die zur Eingliederung der Geschädigten notwendige Hilfe sowie unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Gewährung und Annahme von Leistungen keinen Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen auf Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens bedeutet und unter dem weiteren ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Gewährung und Annahme von Leistungen für Schäden im Sinne des Beweissiche-

rungs- und Feststellungsgesetzes weder die Vermögensrechte des Geschädigten berühren noch einen Verzicht auf die Wiederherstellung der unbeschränkten Vermögensrechte oder auf Ersatzleistung enthalten, hat der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates das nachstehende Gesetz beschlossen ...<<

Wegen ungelöster Finanzierungsprobleme erfolgt die Auszahlung der Hauptentschädigungen jedoch erst ab 1959.

Lastenausgleich

Das Lastenausgleichsgesetz vom 14. August 1952, daß das Soforthilfegesetz vom 8. August 1949 ablöste, belastete das Sachvermögen der Westdeutschen mit langfristigen Ausgleichsabgaben (50 % des Besitzwertes nach der Währungsreform von 1948), die aus den laufenden Einkünften in einen Fonds zur Entschädigung der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen eingezahlt wurden. 25 % der erhöhten Vermögensteuer dienten ebenfalls zur Finanzierung des Ausgleichsfonds.

Für den Erfolg des Wiederaufbaues der Bundesrepublik Deutschland war es dringend erforderlich, das Problem der entwurzelten Bevölkerungsteile zu lösen. Man mußte diesen Menschen unbedingt eine neue Lebensgrundlage verschaffen, um eine Radikalisierung der Heimatvertriebenen zu verhindern. Wenn man das sog. "Palästinenserproblem" vermeiden wollte, war vor allem die Ghettobildung, Lagermentalität und das Armutsleben ohne Zukunft zu beenden. Alle Vertriebenen sollten auf Dauer wirtschaftlich, sozial und gesellschaftlich eingegliedert werden.

Die Aufnahme und Eingliederung der vertriebenen Reichs- und Volksdeutschen war ein langwieriger Prozeß, der länger als 20 Jahre dauerte. Die Hauptaufnahmelande waren zunächst Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern. Später wurden nach und nach viele Vertriebene in die übrigen westdeutschen Bundesländer umgesiedelt, um die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und weil man die wirtschaftliche Eingliederung fördern mußte.

Die wirtschaftlichen und sozialen Eingliederungsmaßnahmen waren ohne gezielte Leistungen und Förderungen des Bundes, der Länder und des Lastenausgleichsfonds naturgemäß nicht möglich. Zum Abbau der Spannungen zwischen Einheimischen und Vertriebenen wurden von denen, die ihr Eigentum ganz oder größtenteils behalten hatten, Sonderopfer in Form langfristiger Ausgleichsabgaben verlangt. Dazu gehörte auch die Erhöhung der Vermögensteuer, die zu 25 % dem Ausgleichsfonds zugewiesen wurde.

Hilfen aus dem Lastenausgleich erhielten nur diejenigen, die in der Lage waren, ihren verlorenen Besitz nachzuweisen. Die Empfangsberechtigten mußten gewöhnlich jahrelang auf eine Entschädigung warten. Die finanziellen Hilfen konnten die verlorenen Vermögenswerte zwar nur zu einem geringen Teil ersetzen, aber sie gaben vielen Ost- und Volksdeutschen wenigstens die Möglichkeit, eine neue Existenz aufzubauen.

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über den "Lastenausgleich" (x051/344): >>Lastenausgleich, Vermögensausgleich zwischen den durch den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen schwer und den nicht oder wenig getroffenen Bevölkerungsgruppen der Bundesrepublik.

Gesetzliche Grundlage: zunächst das Soforthilfegesetz vom 8.8.49, dann das Lastenausgleichsgesetz (LAG) vom 14.8.52. Nach dem LAG wurden von den Abgabepflichtigen (natürliche Personen, Körperschaften und Personenvereinigungen) "Ausgleichsabgaben" (bis 1979 Vermögens- und Hypothekengewinn-, bis 1974 Kreditgewinnabgaben) erhoben, die zusammen mit Zuschüssen des Bundes und der Länder einen "Ausgleichsfonds" speisten, aus dem je nach der Höhe des Schadens und gestaffelt nach Bedürftigkeit "Ausgleichsleistungen" an Personen gewährt wurden, die durch Kriegshandlungen, Vertreibung oder Flucht (aus Ostdeutschland, Osteuropa und - ab 1969 - der Sowjetzone bzw. der DDR) oder durch die Währungsreform von 1948 Vermögensschäden erlitten hatten, teils in Form direkter Zahlungen, teils als Renten, Darlehen oder Ausbildungsbeihilfen. ...<<

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtete später über die staatliche Förderung und Unterstützung der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in Westdeutschland (x021/474-476): >>... Der junge Staat Bundesrepublik bediente sich besonders erfolgreich dreier Instrumente, um die Vertriebenen und Flüchtlinge aus ihrer schlimmen Lage, das heißt aus dem Lager, herauszuführen: Kredite, Lastenausgleichfonds und Wohnungsbau.

Der Lastenausgleichfonds zahlte innerhalb von 30 Jahren 128 Milliarden Mark aus; 86 Milliarden an Vertriebene und Flüchtlinge, 26 Milliarden an Bombengeschädigte, 12 Milliarden an geschädigte Sparer, knapp 4 Milliarden an Flüchtlinge aus der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik.

In jenen ersten Jahren der Bundesrepublik wurde auch erkennbar, daß jede Investition zugunsten der Vertriebenen zugleich den allgemeinen Wiederaufbau, den allgemeinen Aufschwung der Wirtschaft vorantrieb, also allen Deutschen zugute kam. Die Interessen der Einheimischen und der Vertriebenen wurden deckungsgleich.

Im Jahre 1950 fehlten in der Bundesrepublik noch mehr als 2 Millionen Wohnungen, vor allem für Vertriebene und Flüchtlinge. Die erste Bundesregierung unter Konrad Adenauer setzte ein gigantisches Wohnungsbauprogramm in Gang. Es wurde einer der Treibsätze für das deutsche Wirtschaftswunder: die Dynamik, die damals entfesselt wurde, riß erst das Baugewerbe und seine Zulieferindustrie und dann andere Branchen steil mit sich nach oben.

Dies alles hätte nicht ohne die Einsatzbereitschaft und die Fähigkeit der vertriebenen Arbeiter, Handwerker und Angestellten geschehen können. Sie waren tiefer niedergedrückt worden als andere Deutsche – doch um so stärker war ihr Wille, wieder aufzusteigen. Aus den Zahlen der Statistik läßt sich nicht herauslesen, daß die Vertriebenen und Flüchtlinge härter am Wiederaufbau gearbeitet haben, als die Menschen, die in Westdeutschland ihre Heimat hatten. Aber viele von ihnen waren außerordentlich zäh bei der Verfolgung des Ziels, wieder ein sinnvolles Leben zu führen – die vertriebenen Bauern etwa, die Ödland unter den Pflug nahmen, oder wüste Äcker, die von westdeutschen Bauern aufgegeben worden waren, wieder fruchtbar werden ließen.

Der Kieler Universitätsprofessor Friedrich Edding urteilte in einer wissenschaftlichen Untersuchung über die Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland:

"Der in der menschlichen Qualität, in Arbeitswillen, Können und Durchsetzungsvermögen der Vertriebenen liegende Wert erwies sich von Jahr zu Jahr als ein für die Wirtschaft positiver Faktor. Die Initiative der Vertriebenen brachte neues Leben in stagnierende örtliche Verhältnisse und Wirtschaftszweige: Zahlreiche neue Betriebe und Produktionen entstanden, andere erfuhren durch die Vertriebenen entscheidende Verbesserungen. ...

Der stark erweiterte Binnenmarkt, dessen Kaufkraft von Jahr zu Jahr wuchs, verminderte das Risiko der Investition und verbesserte die Gewinnchancen jedes Unternehmens ganz außergewöhnlich, die Stückkosten der Produktion zu senken oder relativ niedrig zu halten und damit zugleich eine gute Voraussetzung zu schaffen für die Erweiterung des Exports. ...

Als Resultat aus belastenden und stimulierenden Momenten der Eingliederung hat sich ein Beitrag zum wirtschaftlichen Wachstum ergeben, der sich zwar nicht exakt messen läßt, der aber zweifellos sehr bedeutend ist."

Der materielle Erfolg der Flüchtlinge und Vertriebenen war jedoch kein Ausgleich für die Opfer, die sie bringen mußten. Friedrich Edding: "Vergessen wir nicht den hohen Preis des Unglücks und des viele Jahre dauernden Elends, den die Vertriebenen zu zahlen hatten." ...<<

Die Bundesrepublik Deutschland, Israel und die Jewish Claims Conference unterzeichneten am 10. September 1952 in Luxemburg ein Wiedergutmachungsabkommen.

In der Präambel des Wiedergutmachungsabkommens vom 10. September 1952 hieß es (x243/60): >>In der Erwägung

DASS während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft unsagbare Verbrechen gegen das jüdische Volk verübt worden sind

UND DASS die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Erklärung von 27. September 1951 ihren Willen bekundet hat, in den Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit die materiellen Schadenfolgen dieser Taten wiedergutzumachen ...

SIND der Staat Israel und die Bundesrepublik Deutschland zu folgender Vereinbarung gelangt ...<<

Nahum Goldmann (1895-1982, von 1951-1977 Präsident des Jüdischen Weltkongresses) berichtete später in seinem Buch "Mein Leben als deutscher Jude" über die erfolgreichen Wiedergutmachungsverhandlungen mit Bundeskanzler Adenauer (x268/209): >>... Als ich mich am Morgen nach meiner Ankunft zum israelischen Ministerpräsidenten David Ben Gurion begab, kam er mir in feierlicher Stimmung entgegen und erklärte:

"Du und ich haben das Glück gehabt, zwei Wunder zu erleben – die Schaffung des Staates Israel und die Unterzeichnung des Abkommens mit Deutschland. Ich war für das erste, du warst für das zweite verantwortlich. Der Unterschied ist nur der, daß ich an das Eintreten des ersten Wunders immer geglaubt habe, bis zum letzten Augenblick aber nicht an das zweite."

...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 10. September 1952 über die Wiedergutmachungsverhandlungen: >>Wiedergutmachung

Die Bundesrepublik Deutschland schließt mit Israel einen Wiedergutmachungsvertrag. In dem u.a. von Bundeskanzler Adenauer und Israels Außenminister Scharett unterzeichneten Abkommen sichert die Bundesrepublik dem Staat Israel im Laufe von 12 Jahren 3 Mrd. Mark in Form von Zahlungen und Warenlieferungen zu.<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die "Wiedergutmachung" der Bundesrepublik Deutschland (x051/639): >>Wiedergutmachung, finanzielle Leistungen der Bundesrepublik an Opfer des nationalsozialistischen Gewaltregimes oder an deren Hinterbliebene.

Diese erhielten/erhalten individuell Wiedergutmachungsleistungen in Form der Rückerstattung enteigneter Vermögensgegenstände und/oder der Entschädigung für sonstige Vermögens- oder Personenschäden. Die Rückerstattung wurde zunächst in den westlichen Besatzungszonen durch Gesetze der alliierten Militärregierung, in Berlin durch Anordnung der Alliierten Kommandantur, dann durch das Bundesrückerstattungsgesetz (BRÜG) vom 19.7.57 geregelt. Das Entschädigungsrecht war zunächst in verschiedenen Landes- und Bundesgesetzen und ist jetzt im Bundesentschädigungsgesetz (BEG) vom 29.6.56 enthalten.

Ihm zufolge hat Anspruch auf Entschädigung, wer aus politischen, rassistischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen verfolgt wurde und dadurch Schaden an Leben, Gesundheit, Freiheit, Eigentum oder in seinem beruflichen oder wirtschaftlichen Fortkommen erlitt, sofern er bis zum 1.4.58 seinen Anspruch angemeldet hatte. Keine Wiedergutmachung erhalten u.a. ehemalige Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen (ausgenommen bloß nominelle Mitglieder) und Personen, die dem nationalsozialistischen Unrechtsregime Vorschub geleistet haben. –

Bis 1981 wurden insgesamt aufgrund der BRÜG rd. 3,9 Milliarden DM und aufgrund der BEG rd. 50,1 Milliarden DM Wiedergutmachungsleistungen bezahlt.

Von der individuellen Wiedergutmachung ist die globale Wiedergutmachung zu unterscheiden, die die Bundesrepublik aufgrund bilateraler Verträge an zahlreiche vom nationalsozialistischen Terror betroffene Staaten und an internationale Organisationen leistete: So v.a. an Israel 3 Milliarden DM, an die jüdische Weltorganisation 0,45 Milliarden DM nach dem deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommen vom 10.9.52. Dieser Vertrag war insbesondere in Israel umstritten wegen der dahinter vermuteten deutschen Freikaufmentalität angesichts der unsühnbaren Verbrechen der Endlösung.

Weitere Wiedergutmachungsempfänger: UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge, Jugoslawien, Polen, CSSR, Ungarn, Österreich, Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien, Griechenland, Italien, Schweiz, Luxemburg, Norwegen und Schweden. –

Insgesamt betragen die Wiedergutmachungsleistungen bis Ende 80 rd. 63,4 Milliarden DM; die gesamte Wiedergutmachung wird auf mehr als 85 Milliarden DM geschätzt.<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen (x169/88-90): >>... Deutschland (trat) zu Beginn der fünfziger Jahre in Verhandlungen mit jüdischen Einrichtungen ein und unterzeichnete Abkommen über Entschädigungszahlungen. Bis heute hat es etwa 60 Milliarden Dollar ausbezahlt, was, wenn überhaupt, nur wenig äußeren Druckes bedurfte. ...

Im Rahmen von drei verschiedenen Abkommen, die 1952 unterzeichnet wurden, war die deutsche Regierung bestrebt, jüdische Opfer zu entschädigen. Ein separates Abkommen mit Israel stellte Subventionen für die Eingliederung mehrerer hunderttausend jüdischer Flüchtlinge bereit. Gleichzeitig verhandelte die deutsche Regierung mit der Conference on Jewish Material Claims Against Germany, einer Dachorganisation aller großen jüdischen Organisationen, über eine finanzielle Regelung.

Man nahm an, die Claims Conference würde die Gelder, zwölf Jahre lang jeweils 10 Millionen Dollar oder etwa eine Milliarde Dollar nach heutigem Wert, für jüdische Opfer der Nazi-verfolgung verwenden, die im Entschädigungsprozeß durch das Raster gefallen waren.

Meine Mutter war ein solcher Fall. Als Überlebende des Warschauer Ghettos, des Konzentrationslagers Majdanek und der Zwangsarbeits-Lager von Czestochowa und Skarszysko-Kamiena bekam sie von der deutschen Regierung nur 3.500 Dollar Entschädigung. Andere jüdische Opfer (und viele, die in Wahrheit keine waren) erhielten von Deutschland jedoch lebenslange Pensionen, die sich schließlich zu mehreren hunderttausend Dollar summierten. Die Gelder, die der Claims Conference übergeben wurden, waren jenen jüdischen Opfern zugedacht, die nur minimale Entschädigungen bekommen hatten.

Die deutsche Regierung war in der Tat bestrebt, in der Vereinbarung mit der Claims Conference ausdrücklich festzuhalten, daß die Gelder ausschließlich an genau bezeichnete jüdische Überlebende gehen sollten, die von deutschen Gerichten unfair oder unangemessen entschädigt worden waren. Die Konferenz zeigte sich empört, daß man ihre guten Absichten in Zweifel zog. ...<<

Papst Pius XII. erklärte am 13. September 1952 zur Kollektivschuld für ein Volk oder Völker (x268/44): >>... Was aber die Verantwortung angeht, so erlauben der Aufbau der modernen Staatsmaschine und die fast unentwirrbare Verkettung der wirtschaftlichen und politischen Dinge es dem kleinen Mann nicht, wirksam auf die politischen Entscheidungen Einfluß zu nehmen.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über die vermeintliche Kollektivschuld der Deutschen (x025/189): >>... Die Theorie von der Kollektivschuld der Deutschen beruht, wie ihre Kritiker dargetan haben, auf der Unkenntnis fundamentaler historischer Tatsachen und der Widerstandsmöglichkeiten in einer totalitären Diktatur.

Sie wurde in der Praxis zur Rechtfertigung von millionenfachen Verbrechen gegen die Menschlichkeit benützt. Historisch gesehen ist diese Theorie eine der vielen Erscheinungsformen des Rassismus; sie entspricht weitgehend dem christlichen Antisemitismus vergangener Jahrhunderte.<<

Der Republikaner Dwight D. Eisenhower (1890-1969) wurde am 4. November 1952 zum 34. Präsidenten der USA gewählt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über Dwight D. Eisenhower (x068/293-295): >>... Dwight D. Eisenhower hatte Europa von

der Hitlertyrannie mit befreit, die uns freilich die USA mit aufgehalst (hatte). Eisenhower, seine Freunde und Helfer haben fast zweieinhalb Millionen Tonnen Bomben auf Europa geworfen und so schätzungsweise 300.000 deutsche Zivilisten, besonders Frauen und Kinder, ermordet, 780.000 verletzt und verkrüppelt, 750.000 obdachlos gemacht.

Eisenhower und seine Befehlsempfänger haben deutsche Kriegsgefangene massenhaft verhungern und verdursten lassen, wenn es auch nicht, wie auf kanadischer Seite behauptet, mehr, sondern weniger als eine Million waren - angeblich "nur" 56.000 in US-Lagern zu Tode Mißhandelte; was immerhin Stephen E. Ambrose, Direktor des "Eisenhower Center" an der Universität von New Orleans, zugab, der auch versicherte: "Amerikanische G.I.s und ihre Offiziere waren fähig, fast so brutal wie Nazis zu verfahren."

Nun, fast? Man braucht doch an Hiroshima nur, an Nagasaki, Korea, Vietnam oder den Golfkrieg zu erinnern ... Ja, die Amerikaner praktizierten Nazimethoden, als man die noch gar nicht kannte, als es die Nazis noch gar nicht gab. Als gegen Mitte des 19. Jahrhunderts ein Beauftragter des geschäftliche Expansionen betreibenden Cornelius Vanderbilt in Nicaragua getötet worden war, zerstörten deshalb US-Kriegsschiffe den Hafen von Greytown. Ein Beispiel unter vielen ...

Man denke nicht zuletzt an das Ausrotten der Indianer. Nazimethoden: doch durch diese ganze Geschichte, von Anfang an! Es war auch der Oberkommandierende Eisenhower, der ungezählte - verbündete - Russen, Angehörige jener Armeen, die vor allem den Krieg gegen Hitler gewonnen haben, als "unerwünschte Personen" ihrem Henker Stalin ausliefern ließ.

All dies aber und das doch etwas reichlich blutige Gewerbe des Strategen beiseite, war Dwight D. Eisenhower eine eher schlichte, eher redliche, konziliante Natur, ein echter "Kansas farmer boy". Freilich einer, der es auch verstand, sich umwerben zu lassen. Der etwa, ganz wie die Papstanwärter bis heute, geschickt verbreiten ließ, keinerlei Ambitionen zu haben.

Der es auch von Mal zu Mal verwarf, Präsidentschaftskandidat zu werden, weder der Demokraten noch der Republikaner, oh nein; endlich aber, genug umworben, doch durchblicken ließ, zwar nach wie vor keine Nominierung anzustreben, den Amerikanern aber das Recht einzuräumen, "mich im nächsten Juli vor eine Aufgabe zu stellen, die meinen jetzigen Verantwortungsbereich überschreiten könnte". Auch wenn Eisenhower Gedrechseltes nicht schätzte, kam's nicht schon ganz gut heraus?

Und da ihm sein Heidentum den Weg ins Weiße Haus doch kaum erleichtert hätte, war er immerhin Realpolitiker genug, sich taufen zu lassen, als er republikanischer Präsidentschaftskandidat wurde. Und nach seiner Taufe zögerte er nicht, in einer Rede die Wendung zu benutzen: "Gott, was immer man darunter verstehen mag ..."

Und hatte sich damit ganz ehrlich und korrekt ... ausgedrückt. So wie es seiner und einer Natur eben entsprach, die dem demokratischen Gegner Adlai E. Stevenson, dem Gouverneur von Illinois, einem brillanten Kopf, intellektuell so gewaltig unterlegen war - schon dies Grund genug, Eisenhower zu wählen.

"I like Ike", plärten die Massen den lächerlichen Wahlslogan der Republikaner und wählten den jovialen General und Zweiten Weltkriegssieger, wählten ihn mit großer Mehrheit.

Denn wer will sich von einem "egghead" ("Eierkopf") führen lassen (außer allen eggheads - doch eggheads, höhnte Joseph Alson, der Republikaner, wieviele eggheads gibt es schon? Und das schlug sich am Wahlergebnis nieder).

Allmählich aber fiel sein völliger Mangel an eigenen Ideen auf. Kein Wunder, hatte er doch alles, was er konnte, schon im Krieg verpulvert - eine Art Hindenburg in USA. Man vermißte Führungsqualitäten, sollte indes nicht ungerecht sein. War es nicht besser, daß er einst Armeen in den Tod gejagt, statt künftig vielleicht ganze Völker?!

Und ahnten die Massen nicht, daß dieser General genug hatte vom Krieg, und nicht nur, weil er ihnen, mehr als einmal im Wahlkampf, das Ende des Koreakriegs versprach, auch alsbald

selber nach Korea flog und über die Schlachtfelder wandelte im Schnee - und vielleicht nicht bloß, weil alle Feldherrn gern auf Blutgedüngtem wandeln, ihrer Hinterlassenschaft? "I like Ike", schrien sie.

Höheren Orts konnte der Präsidentschaftskandidat - er müßte kein Politiker gewesen sein - natürlich ganz anders auftreten und etwa gerade seinerzeit vor dem Senat beteuern, er würde, brächte ihm das in einem Verteidigungskrieg (!) Vorteile, die Atombombe werfen lassen. Wie jeder wahre Politiker vermochte er eben mal so, mal so zu reden; nicht wie es - nur das nicht - die Sache erforderte, sondern die Zuhörerschaft, die Situation. "I like Ike", kreischten die Massen.

"We want Ike", brüllten sie, entzückt von Ike, hell entzückt. Wer einzig und allein Sicherheit will, konnte Ike auch sagen, der soll ins Gefängnis. (Als wären nicht gerade die amerikanischen Gefängnisse die unsichersten der Welt!) Und Ike lächelte breit. Er konnte breiter lächeln als die meisten. Das gefiel den meisten. Und er konnte Golf spielen, er war ein Sportfan. Hatte er ein Programm?

Aber gewiß. Sein Programm war der Weg genau zwischen den sogenannten Rechten und Linken - unter den Rechten, natürlich. "Das große Problem des heutigen Amerika", sagte er, "ist die genaue Verfolgung des Mittelweges." Wie so viele Vorgänger (und Nachfolger) auf seinem Stuhl liebte er die einfachen, klaren, die goldenen Worte.

Die Regierung nahm ihm weitgehend sein Außenminister ab.

Gott, wofür hat man denn einen Außenminister?!

Sein Außenminister war John Foster Dulles. Er hatte Eisenhower zum Präsidenten und der Präsident ihn zum Außenminister gemacht - ja, Dulles war Außenminister schon, bevor er es wurde: einer der Hauptakteure der Konferenz von San Francisco, der Anführer der antirussischen Front spätestens seit Kriegsende, der Mann, der seine Außenpolitik selber - mit einem Ausdruck kommunistischer Herkunft - "am Rande des Krieges" nannte.

Danach war sie.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über US-Außenminister John Foster Dulles (x068/295-300): >>John Foster Dulles war zunächst Anwalt einflußreicher Banken, großer Aktiengesellschaften sowie mehrerer europäischer und amerikanischer Regierungen. Er leitete die International Nickel Company, eine New Yorker Bank und, in den zwanziger Jahren, die North American Holding Company, die seinerzeit größte amerikanische Holding-Gesellschaft - nicht als Einzige der von Dulles betreuten Firmen gerichtlich belangt, wobei er im letzten Moment abspringen konnte.

Dulles gehörte auch zu den Anwälten der Bank Dillon, Read & Co., die faschistische Kommunen Italiens finanziert und den Vereinigten Stahlwerken in Deutschland anfangs der zwanziger Jahre 125 Millionen Dollar kreditiert hatte. Dulles wurde darauf Generalanwalt der IG-Farben AG, des größten deutschen Konzerns.

Auch vertrat er die Interessen des deutschen Bankhauses von Schroeder in den USA, einer Bank, die durch Hitlers Beziehungen zu Thyssen öffentlich bekannt geworden ist. Und Dulles nahm auch die Interessen des faschistischen Diktators Franco wahr, als dieser von den USA die Freigabe einer beschlagnahmten Summe von zehn Millionen Dollar verlangte.

John Foster Dulles, der mit faschistischen Ideen sympathisierte, war nicht nur der Sohn eines Geistlichen (wie schon sein Vorgänger, Bischofssohn Dean Acheson, den er seit 1951 offiziell beriet), er war auch Mitglied des Vorstands einer religiösen Vereinigung, aus der die Union aller protestantischen US-Kirchen hervorging. Er begünstigte Hitler und hätte viel lieber dessen Sieg über die Russen gesehen als den ihren über ihn. Und er wünschte die Neutralität der Vereinigten Staaten im Zweiten Weltkrieg.

Als Dulles Außenminister wurde, starb Stalin. Ein Schlaganfall am 1. März führte am 5. März zum Tod. Zu seinem Nachfolger hatte er Malenkow nominiert. Im gleichen Jahr wird Innen-

minister Berija amtsenthoben, wegen Hochverrat verurteilt und hingerichtet. 1955 zwingen Malenkov politische und wirtschaftliche Fehlschläge zum Rücktritt. Jetzt übernimmt das Gespann Chruschtschow/Bulganin die Führung, das die Politik der friedlichen Koexistenz proklamiert. Entstalinisierung, eine gewisse Entspannung deutet sich an. Die Sowjets stimmen auch der Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit Österreich zu.

Doch während Chruschtschow aus der Sackgasse starrer stalinistischer Machtpolitik heraus - und eine Koexistenzpolitik anstrebt, sieht Dulles darin nur ein Schwächenmanöver und dirigiert die westliche Welt in eine neue Sackgasse starrer Machtpolitik hinein.

Dulles war verbohrte und fleißig; eigentlich eine ganz deutsche, eine sehr schlechte Mischung. Als warmer Befürworter der nuklearen "Abschreckung" setzte er anstelle von Trumans Eindämmung sowjetischer Macht das Konzept des atomaren Vernichtungsschlages (massive Retaliation bzw. Vergeltung), wofür es verschiedene Gründe gab, waffen- und truppentechnische, finanzielle, nicht zuletzt aber den schon fast pathologischen Antikommunismus, dem Dulles mit wahrhaft sektiererischem Starrsinn frönte - wie sein Freund Adenauer, der ja gleichfalls geistlichen Kreisen nahe stand, ihnen seinen Stuhl sogar verdankte.

Für die im April 1955 in Bandung tagende Konferenz der 29 neutralen Völker hatte Dulles so wenig übrig wie für die ganze unter der Führung von Nehru, Tito, Nasser stehende Bewegung des "Neutralismus" überhaupt.

"Entwicklungshilfe" wollte er nur jenen Staaten geben, die sich auch klar zur "freien Welt" bekannten.

Am eklatantesten scheiterte er damit in Ägypten bei Nasser, der zunächst Washingtons Wohlwollen genoß, dann aber durch seine Ostkontakte sich mißliebig machte, worauf die CIA an seinem Sturz zu arbeiten begann.

Die Verschönerung mißlang, doch zog Dulles am 19. Juli 1956 die amerikanische Assuan-Anleihe an Ägypten zurück, die USA unterbrachen auch ihre langjährigen Getreidelieferungen, führten sie dann zwar zu ungünstigeren Bedingungen fort, setzten Nasser indes unter Druck, stellten politische Bedingungen und drohten ihm schließlich vor Ausbruch des israelisch-arabischen Konflikts mit der Intervention der VI. Flotte, sollte er die Feindseligkeiten eröffnen.

Dulles verkannte die Situation völlig, hielt Nassers Politik für bloßen Bluff und die Sowjetunion zur Gewährung einer großen Wirtschaftshilfe gar nicht imstande. Nasser verstaatlichte darauf am 16. Juli den Suezkanal, um mit den Kanalgebühren selber seinen Staudamm zu finanzieren. Und Dulles entglitt die Führung des Westens, zumal in den Staaten wieder einmal Wahlkampf war. Briten und Franzosen gingen, im Bund mit Israel, militärisch gegen Nasser vor.

Und die Russen nutzten das Durcheinander, um brutal den ungarischen Aufstand niederzuwerfen. Gewalt hier wie dort. Die Geschlossenheit des Westens war angeschlagen, ebenso seine Glaubwürdigkeit, sein Ansehen. Dulles aber stand als Außenpolitiker Ende 1956 "vor einem Scherbenhaufen" (Angermann).

Instruktiv sind auch die US-Dollarhilfen für den Iran, dessen Erdölvorkommen immerhin (etwa) 13 % der Weltvorkommen ausmachen. Anfang der fünfziger Jahre hatte der Großgrundbesitzer und Führer der "Nationalen Front", Ministerpräsident Mohammed Mossadegh (1951-1953), die Anglo-Iranian Oil Co. verstaatlicht, und am 2. August 1953 erhält er bei einem Volksentscheid nicht weniger als 99,4 % der abgegebenen Stimmen.

Da freilich war ein Staatsstreich fällig. Die USA, stark am Öl des Landes interessiert, schürten die Gegenrevolution, so daß der Schah von Persien, Reza Pahlewi, wieder an die Macht gelangte, gestützt durch die Vereinigten Staaten und geschützt von "Savak", dem damals vielleicht grausamsten Staatssicherheitsdienst der Welt.

Die Schah-Polizei hatte in den vierziger Jahren US-General Schwartzkopf, einer der Haupt-

agenten der CIA, neu organisiert. Er begünstigte jetzt auch den iranischen Polizeigeneral Zahedi. Und er schürte und führte den Umsturz an, gedeckt durch den Leiter des CIA, Allen W. Dulles, Chef des amerikanischen Nachrichtendienstes in Europa (Bern) während des Zweiten Weltkriegs und besagter Bruder des Außenministers.

Der erste Chef der 1947 gegründeten CIA, Admiral Hillenkoetter, erwies sich als unfähig. Er versagte bei so bedeutsamen Ereignissen wie der Explosion der russischen Atombombe oder dem Ausbruch des Korea-Krieges und trat zurück. Auch sein Nachfolger General Bedell Smith, ein ehrlicher Draufgänger, war dem neuen Geschäft nicht gewachsen.

Die Amerikaner erwarten, klagte er, unsereiner müsse Gottes und Stalins Gedanken lesen können. "Sie glauben, man sei imstande zu prophezeien: Nächsten Dienstag um 17 Uhr 32 bricht der Krieg aus."

1953 löste ihn Allen Dulles ab, der jahrzehntelange Erfahrungen im Geheimdienst hatte. Er verstärkte den politischen Einfluß der CIA. Er legte dem Präsidenten Tag für Tag einen streng geheimen Bericht mit den wichtigsten Informationen vor und konnte auch, wann und wo immer es ihm nötig erschien, den Präsidenten durch Privattelefon oder persönlich erreichen. Eisenhower schreibt selbst:

"Jeden Tag beratschlagte ich mit den Vertretern des State Departments, des Verteidigungsministeriums und der CIA und las die Berichte unserer Vertreter an Ort und Stelle, die mit den Anhängern des Schahs aktiv zusammenarbeiteten."

Dies aber war vor allem die CIA unter General Schwartzkopf, der den "spontanen Aufstand" organisiert und finanziert und dabei Bestechungsgelder von über zehn Millionen Dollar verteilt hatte, besonders an die Armee. Derart stürzten dann die "Iraner" Mossadegh am 19. August, dem sie doch noch am 2. August mit 99,4 % der Stimmen ihr Vertrauen bescheinigt hatten.

"Während der ganzen Krise", schreibt Eisenhower wieder selbst, "hatte die amerikanische Regierung alles Menschenmögliche zur Unterstützung des Schahs getan." Und während sie dem nun jahrelang eingesperrten Mossadegh vorher jedes Geld verweigerte, gab sie jetzt dem Iran unter General Zahedi - dem eine fingierte Wahl, eine grauenhafte Farce, auch noch den Anschein demokratischer Legalität verlieh - allein im Jahr des Umsturzes annähernd 85 Millionen Dollar, schickte aber in den folgenden Jahren, bis 1961, fast eine Milliarde Dollar.

Und schon 1957 berichtete das Repräsentantenhaus in einer Beschwerde von Hunderten von Millionen Dollar, von denen man "unmöglich" genau sagen könne, "wohin diese Gelder geflossen seien".

Einiges ließ sich doch eruieren. So waren für den Bau eines Staudamms mehrere Millionen Dollar vorgesehen. Alles aber, was dafür geschah, war, daß man "auf dem Papier den Verlauf einer Straße in der Nähe des vorgesehenen Ortes nachzeichnete" - was schon drei Millionen Dollar kostete.

Im Iran saß nun vorläufig General Zahedi im Sattel, seit je ein übler Spekulant, eine "entsetzliche Kanaille", so der britische Konsul John Gault, hatte Zahedi doch im Zweiten Weltkrieg insgeheim mit Hitlerdeutschland kollaboriert. Nun schreibt Eisenhower: "Telegraphisch sende ich General Zahedi meine Glückwünsche" und notiert am 8. Oktober seinen Vorsatz, General Zahedi "zugleich finanziell und mit klugen Ratschlägen" beizustehen.

Alles angeblich zur Bekämpfung des Kommunismus, tatsächlich alles wegen des Öls. Der ad hoc getätigte Zusammenschluß der US-Erdöl-Gesellschaften verstieß zwar gegen die Anti-Trust-Gesetze. Doch ein Sondererlaß des Justizministeriums, gestützt "auf die Bedürfnisse der Vereinigten Staaten hinsichtlich ihrer nationalen Sicherheit", schützte die Erdölgesellschaften vor gerichtlicher Verfolgung.

Die USA selbst aber schützte John Foster Dulles. In Abkehr von Trumans Containment-Politik, die er als eine rein negative und daher zum Fiasko verdamnte Politik ansah, propa-

gierte er seine Strategie des "Roll-back". Die sowjetischen Untermenschen sollten überall, wo es angängig war, zurückgedrängt, die Sowjetunion selbst durch einen ganzen Gürtel von Militärbasen bedroht werden, um sie notfalls atomar zur Strecke bringen und alle Unterdrückten befreien zu können, soweit dann noch vorhanden.

Für diese Politik der Stärke, dies flotte Taumeln "am Rand des Krieges" (on the brink of war) hatte Dulles in einem schöpferischen Anfall die Bezeichnung "Brinkmanship" geprägt. Natürlich wollte Dulles nicht unbedingt Krieg. Im Gegenteil. Wie sein Chef wünschte er herzlich, jedem ein guter Nachbar zu sein jedem, der auch selbst ein guter Nachbar war. Doch die Welt war böse, böse war sie, und das war das Problem.

John Foster Dulles blieb zeitlebens, tief durchdrungen von seiner Mission, um nicht zu sagen seinem Evangelium. Doch obwohl er unerschütterlich und fromm, in bester Absicht ringsum hetzte (auch in des Wortes wörtlicher Bedeutung, denn er besuchte 47 Länder, eine runde halbe Million Meilen dabei im Flugzeug rasend), blieb es bei dem ihm so verhaßten Status quo. Alles aber, was antikommunistisch war und sich einspannen ließ, wurde vor Dulles' Wagen gespannt, wobei man jetzt den Verbündeten statt durch "Wirtschaftshilfe" mehr und mehr durch Militärhilfe beizustehen suchte, damit sie sich, Sinn solcher Hilfe, selber beistehen konnten und nicht alle, eigensüchtig, aus nacktem Egoismus, Hilfe von den selbstlosen USA erwarteten.

Noch ein so korruptes und unfähiges Regime wie das von Tschiang Kai-shek hat Dulles fortwährend aufgewertet, was natürlich den Ausgleich mit Rotchina blockierte. Vor allem aber wurden die einstigen Hauptfeinde, Japan und Deutschland, remilitarisiert.<<

Die Zeitung "Le Monde" berichtete im Herbst 1952 über die "deutsche Einheit" (x243/179):
>>... Der Augenblick ist noch nicht gekommen, daß man Deutschland volles Vertrauen schenken könnte. ...

Im wohlverstandenen eigenen Interesse sollten sich die Vereinigten Staaten ... mehr auf ihre alten Alliierten stützen als auf den unversöhnlichen Feind in zwei Weltkriegen.<<

In einem deutsch-amerikanischen Abkommen verpflichtete sich die Bundesrepublik Deutschland am 27. Februar 1953 zur teilweisen Rückzahlung der erhaltenen US-Wiederaufbauhilfe (Marshall-Plan).

In den folgenden 30 Jahren sollten 1,0 Milliarden US-Dollar zurückgezahlt werden (x028/156).

Im Londoner Abkommen einigten sich die USA, Großbritannien, Frankreich sowie 15 weitere Gläubigerstaaten und die BRD am 27. Februar 1953 über die Regulierung und Tilgung der seit dem Ersten Weltkrieg entstandenen Auslandsschulden sowie die Wirtschaftshilfe nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die deutsche Bundesregierung übernahm als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches 6,1 Milliarden DM als Vorkriegsschulden und bestätigte 6,9 Milliarden DM als Nachkriegsschulden. 15,3 Milliarden DM Nachkriegsschulden wurden erlassen (x089/313).

Die Reparationsforderungen aus dem Zweiten Weltkrieg wurden am 27. Februar 1953 bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit einer gesamtdeutschen Regierung zurückgestellt (x155/104).

Das "Universal Lexikon" berichtete später über das "Londoner Schuldenabkommen" (x848/...): >>Londoner Schuldenabkommen, das am 27.2.1953 auf der Grundlage der Londoner Schuldenkonferenz (Londoner Konferenzen und Vereinbarungen) geschlossene Abkommen über die deutschen Auslandsschulden.

Es enthält multilaterale Vereinbarungen über die deutschen Vorkriegsschulden zwischen der Bundesrepublik Deutschland (als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches) und den USA, Großbritannien, Frankreich, der Schweiz u.a.; die bis 1956 beigetretenen Staaten vertraten mehr als 90 % der Forderungen.

Über die Nachkriegswirtschaftshilfe wurden zwischen den Gläubigerländern (USA, Großbritannien, Frankreich und Dänemark) und der Bundesrepublik zweiseitige Rückzahlungsverträge abgeschlossen. Die Vorkriegsschulden hatten den Gegenwert von 13,5 Mrd. DM (Goldbasis); davon wurden 6,2 Mrd. DM erlassen. Ebenso wurden die Nachkriegsverpflichtungen im Gegenwert von 16 Mrd. DM auf 7 Mrd. DM gekürzt. Diese reduzierten Beträge bilden die Basis für die Berechnung der jährlichen Tilgung und Zinszahlung.

Die Zinszahlungen (jährlich 567 Mio. DM) wurden am 1.4.1953, die Tilgung (jährlich 198 Mio. DM) am 1.4.1958 wieder aufgenommen. Die Fälligkeitstermine der Anleihen wurden zum Teil bis 1994 hinausgeschoben. Die vom Bund zu bedienenden Auslandsanleihen des Deutschen Reichs (Dawes-Anleihe, Young-Anleihe, Kreuger-Anleihe) entsprechen rd. 25 % der deutschen Vorkriegsschulden.

Weiterhin behandelte das Abkommen private Anleihen, Stillhalteschulden sowie Forderungen aus dem Waren-, Dienstleistungs- und privaten Kapitalverkehr.

Das Londoner Schuldenabkommen förderte die Wiederherstellung der internationalen Kreditwürdigkeit der Bundesrepublik, schuf die Voraussetzungen für die Aufnahme von Verhandlungen über die Freigabe des deutschen Auslandsvermögens und war unabhängig von der etwa gleichzeitig mit Israel getroffenen Vereinbarung über eine Gesamtleistung der Bundesrepublik Deutschland von 3,5 Mrd. DM in Sachlieferungen.

Die Verpflichtungen aus dem Londoner Schuldenabkommen sind durch vorzeitige Schuldentilgung im Wesentlichen seit 1980 erfüllt. (Reichsschulden).<<

Der deutsche Historiker Manfred Oertel berichtete später über das Londoner Schuldenabkommen (x849/...): >>... In den Jahren der Weimarer Republik flossen erhebliche Mengen Kapitals aus dem Ausland nach Deutschland. Das führte nach dem Ersten Weltkrieg nicht nur zu den sprichwörtlichen "goldenen zwanziger Jahren", sondern vor allem zur Stabilisierung der Macht der Konzerne, ihrer Profite und des deutschen Rüstungspotentials.

Die im Zuge mehrerer Anleihen vom Deutschen Reich, vom Staat Preußen und öffentlichen Körperschaften aufgenommenen Kredite waren bis 1939 nicht zurückgezahlt. Während des Krieges erfolgten keine Rück- oder Zinszahlungen. Nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgten zunächst auch keine Zahlungen.

Das Reich existierte nicht mehr, es gab keine deutsche Stelle, die hätte Tilgung oder Zinszahlung vornehmen können. Als die Adenauer-Regierung nach Gründung des westdeutschen Separatstaates den Anspruch auf Rechtsnachfolge des Deutschen Reichs erhob, blieb es der Bonner Regierung vorbehalten, diese Auslandsschulden samt Zinsen zu übernehmen.

Bundeskanzler Adenauer erkaufte sich die Legitimation seiner Regierung in der westlichen Welt durch die Übernahme aller Auslandsschulden des Deutschen Reichs aus der Vorkriegszeit.

Die Hohe Kommission der drei Westmächte forderte am 23. Oktober 1950 die Bundesregierung schriftlich auf, formell die Haftung für die Auslandsschulden des früheren Deutschen Reichs zu übernehmen. Dem Schreiben war der Entwurf einer entsprechenden Schuldenerklärung der Bundesrepublik beigelegt. Änderungen am Wortlaut seien nicht erwünscht.

Die Westmächte wollten möglichst schnell per Notenwechsel die Zusage auf Schuldenübernahme. Auch Adenauer wollte dies rasch erledigt haben. Allerdings gab es auf deutscher Seite, selbst in der CDU-Führung und bei der Bank deutscher Länder, der späteren Bundesbank, Widerstand gegen Vorgaben der Alliierten. Strittig war nicht die pauschale Zusage zur Schuldenübernahme, sondern waren Verfahrensfragen.

Nach vielen Verhandlungen kam es schließlich am 6. März 1951 zum gewünschten Notenaustausch und der weitgehend von den Hohen Kommissaren auf dem Bonner Petersberg formulierten Schuldenerklärung.

Darin hieß es: "Die Bundesrepublik bestätigt hiermit, daß sie für die äußeren Vorkriegsschul-

den des Deutschen Reiches haftet, einschließlich der später zu Verbindlichkeiten des Reiches zu erklärenden Schulden anderer Körperschaften, sowie für die Zinsen und anderen Kosten für Obligationen der österreichischen Regierung, soweit derartige Zinsen und Kosten nach dem 12. März 1938 und vor dem 8. Mai 1945 fällig geworden sind."

Im weiteren brachte die Bundesregierung "ihren Wunsch zum Ausdruck, den Zahlungsdienst für die deutsche äußere Schuld wieder aufzunehmen".

Die Erklärung erstreckte sich auch auf die Nachkriegsschulden aus der westlichen "Wirtschaftshilfe" für Westdeutschland. Entscheidend aber war, daß die Bundesrepublik, die den Anspruch der alleinigen Rechtsnachfolge des Deutschen Reichs erhob, juristisch die Verantwortung für dessen Auslandsschulden tragen wollte. ...

Die Arten und die Höhe der zu begleichenden Schulden, Zahlungs- und andere Modalitäten wurden dann auf der Londoner Schuldenkonferenz ausgehandelt. Verhandlungsführer seitens der Bundesrepublik war der Adenauer-Intimus Hermann Josef Abs, zuvor eine der wesentlichen Figuren innerhalb der monopolkapitalistischen Strukturen des deutschen Faschismus.

Nach diversen Vorverhandlungen begann am 28. Februar 1952 die Hauptkonferenz zur Regelung der deutschen Schuldenfrage. Es ging darum, die Begleichung der öffentlichen Verbindlichkeiten des "Reichs", auch der privaten Auslandsschulden aus der Vorkriegszeit, zu regeln; darüber hinaus um die Rückzahlung der nach dem Krieg in die Westzonen und Bundesrepublik geflossenen Kredite sowie um den Ausgleich für die Aufwendungen Dänemarks bei der zeitweiligen Aufnahme von deutschen Flüchtlingen nach Kriegsende.

Bei den zur Debatte stehenden Schulden handelte es sich nicht um Kriegsschulden aus dem Ersten Weltkrieg. Reparationen waren bis 1932 abgezahlt bzw. die Siegermächte hatten, nach wiederholten Neufestlegungen der Höhe und Zahlungstermine, die Beendigung von Reparationszahlungen auf der Konferenz von Lausanne im Juni/Juli 1932 hinnehmen müssen.

Nun ging es darum, jene Kredite aus der Zeit der Weimarer Republik abzuwickeln, die z.B. im Zusammenhang mit dem Dawes- und dem Young-Plan, teilweise durch mehrere Stillhalteabkommen gestundet, im Krieg nicht bedient und getilgt worden waren, einschließlich der aufgelaufenen Zinsen.

Natürlich war die Bonner Verhandlungsdelegation bemüht, die Höhe der zu begleichenden Altschulden möglichst niedrig anzusetzen. Die am 15. März 1945 von der damaligen Reichsschuldenverwaltung im Reichsanzeiger angegebenen (nach den seinerzeitigen Börsenkursen) 1.341,8 Millionen Reichsmark konnten nicht gelten. Auch setzte man darauf, daß die ausländischen Gläubiger die Hoffnung auf volle Rückzahlung längst aufgegeben hätten. Schließlich sollte ein Zahlungsmodus ausgehandelt werden, der den wieder erstarkenden Konzernen in Westdeutschland genehm war.

Eine bedeutende Rolle spielte das Argument, daß die Bundesrepublik wegen erheblicher "Gebietsverluste" nur begrenzt Zahlungsfähigkeit besäße, daß "wichtige Reichsteile weiter abgetrennt" seien (Hermann Josef Abs). Die territoriale Beschränkung der Herrschaftsgewalt der Bundesregierung müsse berücksichtigt werden. Adenauer hatte schon in der Schuldenerklärung vom März 1951 hierauf verwiesen, und die Westmächte hatten dies in ihrer Antwortnote auch ausdrücklich bestätigt.

Im Ergebnis der mehrmonatigen Verhandlungen wurden als Gesamtverbindlichkeit der BRD 13,73 Milliarden DM vereinbart. Die Vorkriegsschulden wurden auf 7,3 Milliarden DM festgesetzt. Für diese Schulden waren auch die Zinssätze reduziert worden.

Abs erklärte auf der abschließenden Sitzung der Hauptkonferenz am 8. August 1952, die deutsche Seite habe gewiß nicht die Absicht verfolgt, "von lästigen Verbindlichkeiten aus der Vergangenheit freizukommen". Es sei ihr um die Erfüllung der vertraglichen Rechte, nicht um die billigste Lösung gegangen. ...

Das mit seinen Einzelverträgen, Anhängen und Anlagen mehrere hundert Seiten umfassende

Londoner Schuldenabkommen wurde schließlich am 27. Februar 1953 unterzeichnet.

Neben dem Abkommen über die deutschen Auslandsschulden wurden die Ansprüche der USA, Großbritanniens und Frankreichs aus der an Westdeutschland geleisteten Nachkriegswirtschaftshilfe geregelt sowie zwei weitere spezielle Abkommen zwischen der BRD und den USA getroffen. Zuvor war mit Dänemark die Erstattung der Aufwendungen in Verbindung mit dem Aufenthalt deutscher Flüchtlinge in Dänemark 1945 bis 1949 vereinbart worden.

Das Londoner Schuldenabkommen über deutsche Auslandsschulden trägt die Unterschriften von BRD, USA, Großbritannien und Frankreich (Signatarstaaten) sowie 15 weiterer Staaten - von Belgien über Ceylon, Liechtenstein, Luxemburg und Pakistan bis Südafrika, um nur einige zu nennen. 70 westliche oder neutrale Staaten waren eingeladen, sich dem Abkommen anzuschließen, "Ostblockstaaten" waren nicht dabei.

Nach Hinterlegung der Ratifizierungsurkunden durch die vier Signatarstaaten trat das Abkommen am 16. September 1953 in Kraft.

Mit dem Londoner Schuldenabkommen wurden in aller Stille entscheidende Weichen der imperialistischen Nachkriegspolitik gestellt. Die Verhandlungen in London verliefen zeitgleich und in engem Zusammenhang mit weltpolitischen Ereignissen und Aktionen im Weltmachtstreben der USA: die Gründung des Nordatlantikpaktes, das atomare Wettrüsten, der Koreakrieg.

In Europa gab es Auseinandersetzungen um die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft EVG, um den Generalvertrag zwischen der BRD und den Alliierten sowie um die Wiederaufrüstung in Westdeutschland. Und die Adenauer-Regierung zögerte nicht, alle Verständigungsangebote und Vorschläge der Sowjetunion und der DDR-Regierung für einen Friedensvertrag mit Deutschland abzulehnen.

Die Londoner Schuldenkonferenz und das Abkommen über Altschulden des Deutschen Reiches waren die finanzpolitische Ergänzung zum Streben, die BRD in das westliche Paktsystem einzugliedern, Westdeutschland zu remilitarisieren und letztlich in die NATO aufzunehmen. Sie waren fester Bestandteil der westlichen Strategie im Kalten Krieg gegen den "Ostblock".

Die Verhandlungen in London und das Abkommen standen kaum im Blick der deutschen Öffentlichkeit, und es gab wenig Kritik oder Protestäußerungen. Von bürgerlicher Seite wurde zumeist beklagt, daß die Bundesregierung, im "Ehrgeiz, Rechtsnachfolger des Altreichs zu sein", zu viele Zugeständnisse gemacht habe, mit "ungeheuren Verpflichtungen, die wir in London eingegangen sind", so etwa der Industriekurier, Düsseldorf.

Prinzipielle Ablehnung gab es bei der KPD. Wie bereits im Kampf gegen den Abschluß des Generalvertrages "Über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten" im Mai 1952 bezogen die Kommunisten im Bundestag eine eindeutige Position gegen das Londoner Schuldenabkommen.

Der Abgeordnete Walter Fisch brandmarkte das Abkommen in der ersten Lesung zur Ratifizierung als Beweis für den Willen der Adenauer-Regierung, für die Eingliederung Westdeutschlands "in das amerikanische Militärpaktsystem nicht nur deutsche Fremdenlegionen zur Verfügung zu stellen, sondern auch Tributleistungen finanzieller Art in ungeheurem Ausmaß anzuerkennen und zu gewährleisten".

Im Hinblick darauf, daß die noch zurückzuzahlenden Kredite in der Weimarer Republik dazu gedient hatten, die deutsche Wirtschaft - und das hieß, die Konzerne für neue Profite und ihr Rüstungspotential - zu stärken, betonte er, daß das deutsche Volk nichts zu tun haben will "mit der Rückzahlung von Rüstungsgeldern, die in den zwanziger Jahren den Krupp und Thyssen zur Vorbereitung des Krieges geleistet wurden".

Adenauers Regierungserklärung zur Ratifizierung des Schuldenabkommens war darauf gerichtet, eine ausführliche Debatte im Bundestag zu vermeiden. Für die meisten Abgeordneten

war das umfangreiche Dokumentenwerk kaum verständlich. Die SPD wollte sich in der ersten Lesung noch nicht festlegen. Für die CDU war das Abkommen "ein Schlußstrich unter eine tragische Vergangenheit ... und ein neuer Anfang mit schweren Opfern".

"Dieser Neubeginn fällt zeitlich zusammen mit dem Zeitpunkt, in dem sich Deutschland anschickt, seine Souveränität wiederzugewinnen und sich in eine neu zu schaffende europäische Ordnung als gleichberechtigter Partner einzufügen", so der Abgeordnete Hermann Kopf.

Die zweite und dritte Lesung ging am 2. Juli 1953 nur mit Schwierigkeiten über die Bühne. Das Abkommen mit Frankreich wurde zunächst mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Mit einem Trick erwirkte man eine Wiederholung der Abstimmung, die dann eine Zustimmung brachte. Damit war auch das ganze Gesetzeswerk "gerettet". Frankreich und Großbritannien hatten bereits ratifiziert.

In den USA dauerte es noch, weil im Senat ziemliche Unkenntnis über die Situation in Europa herrschte und offenbar das Abkommen einigen Senatoren als zu großzügig gegenüber den Deutschen erschien. Letztlich aber waren in den USA politische Motive ausschlaggebend, die BRD nicht zu sehr mit Schulden zu belasten.

Ein ausgepowertes, wirtschaftlich am Boden liegendes Deutschland wäre "der sicherste Weg, die Deutschen in die Arme der Russen zu treiben", resümierte der Leiter des Senatsausschusses für Außenpolitik, Alexander Wiley. ...

Dank Marshall-Plan und der Wirtschaftspolitik von Ludwig Erhard ("Wirtschaftswunder") beim Wiederaufbau nach den katastrophalen Kriegszerstörungen gelang es der BRD entgegen aller pessimistischen Prognosen relativ problemlos, die in London festgesetzten Zahlungen zu leisten - bis auf einen als "Schattenquote" geführten Rest von etwa 250 Millionen DM.

Begünstigend war, daß die Sätze der rückständigen Zinsen im Abkommen von sieben auf fünf Prozent (Dawes-Anleihe) und von 5,5 auf 4,5 Prozent (Young-Anleihe) bzw. von sechs auf vier Prozent (Zündholz- oder Kreuger-Anleihe genannt) gesenkt worden waren.

Die vorrangig zu bedienenden Nachkriegsschulden waren bis 1961 (Großbritannien und Frankreich) bzw. 1966 (USA) abbezahlt. Die durch die früheren Stillhalteabkommen gestundeten Beträge wurden schon bis Ende 1954 gezahlt. Bis Ende 1960 war mehr als ein Drittel der Vorkriegsschulden abgegolten.

Bis 1980 waren alle festgelegten Zahlungspflichten erfüllt (1969 war die Dawes-Anleihe, 1980 die Young-Anleihe fällig geworden). Offen war noch die "Schattenquote". Das waren die Zinsforderungen aus den bereits zurückbezahlten Anleihen für die Zeit vom 8. Mai 1945 bis 1952, insgesamt etwa 250 Millionen DM.

Der damalige Vizekanzler Franz Bücher (FDP) wollte für diese Zeit bis zum Beginn der Schuldenkonferenz eigentlich gar keine Zinsberechnung, weil in dieser Periode die Alliierten die politische Macht ausübten, den Deutschen deshalb keine Versäumnisse anzulasten seien. Aber in den Verhandlungen wurde entschieden, diese Zinsforderungen als "Schattenquote" bis zur Wiedervereinigung Deutschlands auszusetzen. Damit sollte auch dem Umstand Rechnung getragen werden, daß Bonn nicht über ganz Deutschland regierte. ...<<

Eine deutsche Spruchkammer rehabilitierte am 28. Februar 1953 den im Jahre 1946 hingerichteten Generaloberst Alfred Jodl als nicht schuldig der ihm zur Last gelegten Völkerrechtsbrüche, allerdings unter Ausklammerung des umstrittenen Anklagepunktes "Verbrechen gegen den Frieden" (x051/285).

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (11/1953) veröffentlichte am 11. März 1953 einen Kommentar des Radiomoderators Walter von Cube (1906-1984, seit 1947 freier Kommentator des Radios München) vom 14. Februar 1953 über "Selbstmörderische Humanität): >>... Sie wissen, daß im Laufe des Januars mehr als 30.000 Menschen aus der Ostzone geflüchtet sind, die Unregistrierten nicht gerechnet.

360.000 Flüchtlinge im Jahr – das bedeutet die Notwendigkeit, für mindestens 120.000 Ar-

beitsplätze zu schaffen. Die Schaffung eines Arbeitsplatzes kostet, wie das Ministerium Blücher in Bonn mitteilt, etwa 10.000 Mark – Arbeitsplätze für 120.000 Arbeitsplätze kosten also 1,2 Milliarden. Für 360.000 Flüchtlinge Wohnungen zu bauen, eine Wohnung für durchschnittlich 4 Personen, also 90.000 Wohnungen zu je 15.000 Mark – auch diese Zahl stützt sich auf amtliches Material -, 90.000 Wohnungen zu bauen kostet 1,35 Milliarden. ...

Die direkte und indirekte Hilfe für Berlin beläuft sich auf rund 1,5 Milliarden, ohne daß damit etwa eine finanzielle und wirtschaftliche Sanierung der Stadt möglich wäre. –

Wir haben in der Bundesrepublik eine bleibende Anzahl von einer Million Arbeitslosen - sie bleibt, obgleich Jahr für Jahr die Anzahl der Beschäftigten zunimmt und obgleich sie längst höher ist, als sie jemals war. Sie kann nicht geringer werden, solange der Strom aus dem Osten fließt. Sie kann ebensowenig geringer werden wie die Reihe von Milliardenzahlen, die ich Ihnen eben genannt habe. ...

Eine solche Belastung hielte auf die Dauer kein Staat der Welt aus – kein Staat und kein verantwortliches Ministerium. Das schafft nur Jakob Kaiser. -

Amerika mit dreimal mehr Menschen und fünfzehnmal größeren Etat erlaubt in jedem Jahr 154.000 Menschen die Einwanderung - und diese 154.000 sind ausgesucht nach politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sie sind gesiebt und durchleuchtet, begutachtet und kontrolliert.

Wir aber, voll selbstmörderischer Humanität, nehmen mehr als doppelt so viele auf, obgleich nur 3 % von ihnen echte politische Flüchtlinge sind, die wirklich wegen Gefährdung von Freiheit und Leben fliehen.<<

Bundeskanzler Konrad Adenauer schrieb am 29. Mai 1953 an US-Präsident Eisenhower (x095/152-153): >>... 1. Die Wiedervereinigung der Bundesrepublik mit der sowjetisch besetzten Zone und Berlin kann nur auf Grund freier, geheimer und direkter Wahlen nach einem für das ganze Gebiet einheitlichen Wahlgesetz erfolgen. ...

4. Der gesamtdeutschen Regierung darf nicht das Recht einer freien und gleichberechtigten Nation, sich zu friedlichen Zwecken mit anderen Nationen zusammenzuschließen, vorenthalten werden.

5. Die gesamtdeutsche Regierung nimmt von Anfang an als freier und gleichberechtigter Partner an den Verhandlungen über einen Friedensvertrag teil.

6. In diesem Friedensvertrag sollte das Recht aller Menschen auf die Heimat Berücksichtigung finden, wie es sich aus christlichen und naturrechtlichen Grundsätzen ergibt.

7. Keine deutsche Regierung wird je in der Lage sein, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen, Deutschland wird aber anstreben, die damit zusammenhängenden territorialen Fragen in einem neuen Geist internationaler friedlicher Zusammenarbeit zu ordnen. ...<<

Der Bundestag beschloß am 25. Juni 1953 ein neues Wahlgesetz.

Künftig müssen die Parteien mindestens 5 % der abgegebenen Wählerstimmen oder einen Wahlkreis direkt gewinnen, um in den Bundestag einzuziehen.

Die "5 %-Klausel" sollte angeblich vor allem den Einzug von kleineren Parteien ins Parlament verhindern und klare Mehrheiten ermöglichen.

Bundeskanzler Konrad Adenauer schrieb am 20. Juli 1953 (x095/156): >>... "Le Monde" ist schon seit einiger Zeit außerordentlich gehässig gegenüber Deutschland. Als ich in Paris war, sagte man mir, daß gewisse Gelder dahintersteckten. Selbstverständlich habe ich die von ihr wiedergegebene Äußerung nicht gemacht.

Ich habe immer, wenn ich von den Gebieten jenseits der Oder/Neiße sprach, aufgeführt, daß eine friedliche Verständigung zwischen einem freien Polen und Deutschland zur gegebenen Zeit herbeigeführt werden müsse. Ich könnte mir da verschiedene Möglichkeiten denken.

Es ist eine völlig Unwahrheit, wenn die Zeitung behauptet, daß für uns die Europäische Verteidigungsgemeinschaft allein das Mittel sei, sicher und schnell diese Provinzen ... zurückzu-

gewinnen. ...<<

Die Bundesregierung verkündete am 24. Juli 1953 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1953 (x182/219): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 23,3 Milliarden DM entfallen 33,0 % auf Sozialleistungen und 31,3 % auf Besatzungskosten. ...<<

Nach langen Friedensverhandlungen wurde am 27. Juli 1953 in Korea ein Waffenstillstandsvertrag geschlossen.

Korea blieb danach etwa längs des 38. Breitengrades in Nordkorea und Südkorea geteilt. Eine internationale Kommission sollte den Waffenstillstand überwachen.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Folgen des Korea-Krieges (x068/290): >>Die Verluste waren beträchtlich. Und hatten sich auch 15 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen schwach am Krieg beteiligt, die Hauptverluste trafen die Hauptbeteiligten. Die USA: mehr als 33.000 Tote, 100.000 Verwundete. Dazu, auf südkoreanischer Seite: 70.000 Gefallene und 500.000 getötete Zivilisten. Die Nordkoreaner und Chinesen hatten 2 Millionen Tote, darunter 400.000, die an kriegsbedingten Krankheiten umgekommen sind.

Die USA aber stützten und schützten weiter den Diktator Syngman Rhee (1948-1960) und seinen antikommunistischen Polizeistaat stalinistischer Prägung. Jeder Versuch der Opposition, dies Schreckensregiment durch ein parlamentarisches System zu ersetzen, wurde brutal erstickt. Eine Armee von Schnüfflern durchschwärmte das Land. Ungezählte Tausende verschwanden ohne reguläres Gerichtsverfahren in den Kerkern.

Man terrorisierte Studenten und Arbeiter, setzte Gas gegen sie ein, und die US-Truppen standen sozusagen Gewehr bei Fuß, um auch noch die übelsten Aktionen dieser Despotie zu decken. ...<<

Die Bundesregierung erließ am 7. August 1953 ein Fremdreten- und Ausländergesetz, um die Entschädigung nicht realisierbarer Versicherungsansprüche von ausländischen Flüchtlingen aus Osteuropa zu regeln.

Die Bundesregierung beschloß im September 1953 ein Gesetz, daß die Individualhilfe für die Opfer der NS-Verfolgung zum Rechtsanspruch erhob.

Hierzu zählten z.B. auch die Starthilfen für den Staat Israel (Ansiedlungshilfen, entgeltlose Lieferungen von Maschinen, Schiffen und Erdöl in Höhe von 3,45 Milliarden DM) sowie Rentenzahlungen an rd. 500.000 Überlebende der NS-Judenausrottung (x128/224).

Walter Müller-Bringmann berichtete am 5. Oktober 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/130): >>5. Oktober 1953. ... Hunderte von Anfragen gehen in Friedland ein, alle von Angehörigen, die im Rundfunk einen Heimkehrernamen gehört haben wollen, der dem Namen ihres Vermißten oder noch Erwarteten ähnlich klang oder klingen sollte.

Fast alle Briefe müssen negativ beantwortet werden.

Freiwillige Helfer aus Göttingen und der Umgebung sind dabei, die Berge von Post durchzusehen, die Transportlisten zu vergleichen, Angaben nachzuprüfen, jeden Hinweis zu verfolgen, und unter allen Umständen, wenn auch nur der geringste Anhaltspunkt vorhanden ist, nachzuforschen, ob nicht doch eine Freudenbotschaft abgesandt werden kann. ...

Und wieder stehen die Frauen und Männer, die Mädchen und Jungen, mit ihren Schildern in Friedland: "Wer kann Auskunft geben über ... ?" –

"Gesucht wird ..."

Schilder, Schilder. Und auf jedem steht ein Schicksal verzeichnet.<<

Dr. Kurt Wagner (1911-2006, von 1946-1976 Leiter des DRK-Suchdienstes) berichtete damals über die "Vergessenen Millionen?": >>Nach dem Ersten Weltkrieg zählte man 210.000 Wehrmachtvermißte. Die Weimarer Republik schuf eine eigene Behörde, das Zentralnachweissamt für Kriegsverluste, mit dem Auftrag, das Schicksal der Vermißten aufzuklären. Es ehrt

Reichstag und Reichsregierungen, daß sie dieses Amt gut ausgestattet 20 Jahre lang planmäßig arbeiten ließen.

In welch ungeheuerlichen Ausmaß sich die Schwierigkeiten auch für ein Nachforschungswerk nach diesem Krieg gesteigert haben, sieht man daraus, daß man für 1945 nicht einmal die Zahl angeben kann, die den 210.000 Vermißten von 1918 entspricht.

Wir wissen nur, daß unsere Zentralkarteien schon in den ersten Suchdienstjahren 14 Millionen Suchanträge erhielten. Wenn wir auch 5,8 Millionen davon beantworten konnten, so ist doch immer noch das Schicksal von mehr deutschen Menschen im Dunkel, als manches deutsche Land Einwohner hat.

Seit mehr als zwei Jahren hat sich der Suchdienst auf die einzelnen Vermißtengruppen spezialisiert. Für die 1,5 Millionen Wehrmachtsvermißten, deren Schicksal noch aufgeklärt werden muß, hat München geeignete Methoden entwickelt. Die ... Heimkehrerbefragung mit Vermißtenlisten, die nach den früheren Einheiten geordnet sind, hat ihre Fruchtbarkeit bewiesen, die Befragung mit Vermißtenlisten, die nach Kriegsgefangenenlagern geordnet sind, wird gegen Ende dieses Jahres beginnen und daran werden sich weitere Arbeitsgänge anschließen.

Für die Aufklärung der Schicksale der vermißten Zivilpersonen gibt es keine durchgängig anzuwendende Methode. Wohl kann man in vielen Fällen über die Befragung von Nachbarn der Verschollenen Aufklärung erhalten, aber nur über die Zeiten, in denen der heimatliche Zusammenhang noch nicht zerstört war. In den Katastrophen, die über die ostdeutsche Bevölkerung hereinbrachen, ist aber der nachbarschaftliche Zusammenhang fast vollständig zerstört worden.

Rein statistisch fehlen noch etwa 1,5 Millionen Reichsdeutsche und etwa 1,4 Millionen volksdeutsche Zivilpersonen. In den Nachforschungen muß festgestellt werden, welche davon durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse in der Heimat oder auf der Flucht verstorben sind, nach Osteuropa verschleppt worden sind, in ihrer früheren Heimat, also ostwärts der Oder/Neiße oder in den volksdeutschen Siedlungsgebieten zurückgeblieben sind, im Ausland in Gefängnissen oder Lagern festgehalten werden.

Wir müssen dafür sorgen, daß wenigstens das Schicksal derjenigen möglichst bald aufgeklärt wird, von denen angenommen werden kann, daß sie noch am Leben sind und der Hilfe der Heimat harren. Das gilt für die Verschleppten, für die im Ausland Zurückgehaltenen und ganz besonders für die Kinder, die von ihren Eltern oder Angehörigen getrennt noch irgendwo draußen leben.

Das Deutsche Rote Kreuz begrüßt deshalb die Hilfe der kirchlichen Heimatortskarteien, die Unterstützung der Landsmannschaften und das Interesse, das das Bundesministerium für Vertriebene dieser Arbeit entgegenbringt.

In seinen eigenen Nachforschungen nimmt sich das Deutsche Rote Kreuz insbesondere der Kinder, der in die Sowjetunion verbrachten deutschen Zivilpersonen, der im Ausland außerhalb der Sowjetunion in Lagern und Gefängnissen festgehaltenen Zivilpersonen und der in den Gebieten ostwärts der Oder/Neiße und in den volksdeutschen Siedlungsgebieten zurückgebliebenen deutschen Zivilpersonen an. Zu den Hauptmitteln der Nachforschung gehört auch auf diesem Bereich die Befragung der Heimkehrer und Aussiedler.

Der Suchdienst Hamburg, der vom Deutsche Roten Kreuz mit der Zivilgefangenen- und Zivilvermißten-Nachforschung beauftragt ist, gliedert sich in drei Abteilungen, den Kindersuchdienst, die Abteilung für verschleppte Zivilpersonen und die Abteilung für im Ausland inhaftierte Zivilpersonen. ...

Vom DRK-Suchdienst waren insgesamt 90.000 Kinder als anhanglos aufgefunden erfaßt worden; von Eltern waren rund 195.000 Suchanträge nach Kindern eingegangen. Im März 1952 waren durch Kartei und Nachforschung genau 70.000 Kinder wieder mit ihren Eltern oder Angehörigen in Verbindung gebracht. Eine Anzahl Anträge hat sich auf andere Weise erle-

digt. Aber immer noch werden für 18.000 Kinder die Eltern gesucht, und immer noch wird nach 33.000 verschollenen Kindern geforscht. Seit längerer Zeit gleichbleibend werden monatlich 700 Kinder mit ihren Familien vereinigt, aber es gehen noch jeden Monat im Durchschnitt 80 neue Anträge ein.

Einige Zahlen über die Zivilgefangenen: Die Nachforschungen haben ein deutliches Bild über das lange ins Dunkel gehüllte Phänomen der Deportation ergeben. Man kennt jetzt die Sammellager und die Transporte, die 1945 aus Ostdeutschland und aus dem Donaauraum nach Osten rollten, und kennt die Lager, in denen die Deutschen als "Displaced Persons" festgehalten werden.

Noch mindestens 190.000 sind an Wiederaufbauarbeiten in der Sowjetunion tätig. Unsere Hoffnung besteht darin, daß die Tatsache ihrer Entdeckung zur Erleichterung ihres Loses beitragen möge, daß ihnen z.B. Erleichterung im Schriftverkehr mit der Heimat gewährt werde und daß die Arbeitsverträge bald ablaufen, damit sie wieder zu ihren Familien nach Deutschland zurückkehren können. -

Über die deutschen Zivilpersonen, die noch in ausländischen Gefängnissen sitzen, haben Landsmannschaften, Heimatortskarteien, Rechtsschutzstellen und kirchliche Hilfswerke ihre Unterlagen dem Suchdienst Hamburg zu treuen Händen übergeben. Durch Heimkehrerbefragung wurden sie auf den neuesten Stand gebracht. Es sind von den insgesamt 35.000 deutschen Zivilpersonen, die sich in ausländischen Haftanstalten befanden, schon fast die Hälfte mit Namen bekannt.

Die Arbeit wird nicht eher ruhen, bis auch der letzte, der noch in einem Gefängnis oder Straflager wartet, entdeckt ist. ...<<

Der Zentralverband der vertriebenen Deutschen kritisierte am 15. Dezember 1953 die französische Außenpolitik (x155/43): >>Französische Parlamentarier, die in der letzten Woche unter Führung des ehemaligen Ministerpräsidenten Daladier eine mehrtägige Reise durch Polen und die von Polen besetzten deutschen Ostgebiete machten, haben erklärt:

"Die Oder-Neiße-Linie stelle eine natürliche Grenze des Landes dar. Sie sei eine echte Demarkationslinie des Friedens. Alle Bemühungen um eine Entspannung der Beziehungen zwischen Ost und West seien zum Scheitern verurteilt, solange sich der Westen nicht entschließen könne, die Unantastbarkeit der Oder-Neiße-Linie anzuerkennen. Falls die Deutschen die Oder überschreiten würden, bedeute dies den Krieg."

Die Vertriebenen haben im Sinne ihrer Charta immer wieder betont, daß sie einen Krieg zur Wiedereroberung ihrer Heimat nicht wollen. Unantastbar ist für die Vertriebenen jedoch das Recht auf die angestammte Heimat. Es gehört zu den Grundrechten der Menschen, zu deren Hütern sich gerade die französische Nation berufen fühlt.

Jede Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als sog. Friedensgrenze ist deshalb gleichbedeutend mit der Anerkennung von Unrecht und Gewalt.

Niemals werden die Vertriebenen einer Festlegung der ostdeutschen Grenze zustimmen, die ohne Rücksicht auf den völkerrechtlich gültigen Gebietsstand einer Regelung im künftigen Friedensvertrag vorgreift. ...

Auch für die Lösung des deutsch-polnischen Problems gilt das Wort Abraham Lincolns: "Nichts ist geregelt, solange es nicht geregelt ist."<<

Im Jahre 1953 wurden noch immer 200.000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in Lagern untergebracht. Weitere 750.000 lebten in Notwohnungen. Die restlichen 7 Millionen Vertriebenen besaßen "Normalwohnungen", 2/3 von ihnen waren Untermieter (x038/481-482).

Der Zentralverband der vertriebenen Deutschen forderte am 24. April 1954 die Wiedervereinigung des Landes (x155/45): >>Die Wiedervereinigung Deutschlands muß in Zukunft das erste und oberste Ziel der deutschen Politik sein. ...

Dem ersten Schritt, der Vereinigung von Bundesrepublik und Sowjetzone, muß die Rückgabe

der Heimat an die Vertriebenen nachfolgen.

Die Bundesregierung hat die Aufgabe, das Unrecht der Vertreibung und den Anspruch der Vertriebenen auf Wiedergutmachung klarer und energischer als bisher im Bewußtsein des deutschen Volkes und der ganzen Welt wachzuhalten und zu verteidigen.

Jeder Deutsche ist aufgerufen, für die friedliche Erreichung dieses Zieles mit ganzer Kraft einzutreten.<<

Der Zentralverband der vertriebenen Deutschen kritisierte ferner die Regelung der "Saarfrage" (x155/45): >>Die Saar ist ein Bestandteil des Deutschen Reiches genauso wie die reichsdeutschen Vertreibungsgebiete östlich der Oder-Neiße. ...

Die Vertriebenen bestehen darauf, daß deutsche Rechte auf die Saar nicht preisgegeben werden. Eine Europäisierung der Saar ist nur möglich im Zuge einer gesamteuropäischen Entwicklung. ...<<

Die französischen Truppen der Festung Dien Bien Phu kapitulierten am 7. Mai 1954.

Damit ging der letzte französische Stützpunkt verloren. Frankreichs Kolonialherrschaft in Indochina wurde dadurch endgültig beendet.

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über die politische Entwicklung Vietnams (x192/457): >>... In Indochina, das wieder seinen alten Namen Vietnam erhielt, endete ein Befreiungskrieg 1954 mit der Niederlage der Franzosen bei Dien Bien Phu; auch hier wurde das Land (wie in Korea) in einen kommunistischen Norden und einen kapitalistischen Süden geteilt.

Als der kommunistische Norden ab 1957 Übergriffe gegen den Süden startete, erhielt dieser von den USA Militärhilfe. Im Verlauf der sechziger Jahre schlitterte Amerika in einen langen und mit größter Brutalität geführten Krieg, in dem es eine halbe Million Soldaten einsetzte, um "den Vormarsch des Kommunismus zu stoppen". ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über das politische Schicksal Vietnams (x068/331-332): >> Vietnam, das "Land des Südens", an der Ost- und Südostküste Hinterindiens gelegen, ging aus dem Bestand von Französisch-Indochina während der japanischen Besetzung im Zweiten Weltkrieg hervor. Die erst nationalistische, dann kommunistische Bewegung der Viet Minh befreite durch ihre Revolution 1945 große Landesteile von den Besatzern und der mit diesen verbündeten französischen Administration.

Am 2. September konstituierte sich die Demokratische Republik Vietnam unter Präsident Ho Chi Minh, bereits gegen Mitte dieses Monats aber setzte der Gegenangriff der Franzosen ein, unterstützt von Großbritannien, Nationalchina und den USA, die ab 1950 die Kriegskosten Frankreichs bis zu 80 % finanzierten. Nach schweren Verlusten wird der immer blutigere Formen annehmende Indochinakrieg 1954 durch die Genfer Ostasienkonferenz beendet. Vietnam bricht - man erinnere sich an Korea - in zwei Teile auseinander, wobei Süd-Vietnam unter das Regiment von Ngo Dinh Diem gerät.

Diem hatte sich von 1950 bis 1953 als Laienbruder in einem katholischen Kloster der USA auf seine Helden- und schließlich Märtyrerrolle vorbereitet. Von kirchlichen und politischen Kreisen empfohlen, wird er 1954 Ministerpräsident, 1955 Staatspräsident Süd-Vietnams. Er schenkt jetzt, gut katholisch, sämtliche Schlüsselpositionen der eigenen Familie zu; sein Bruder Monsignore Pierre Ngo Dinh Thuc, der Erzbischof von Hue, flüchtet später nach Rom. Er selbst, dem Vize-Präsident Johnson "bewundernswerte Qualitäten" attestiert, "aber wenig Kontakt zur Bevölkerung" (da er sie schamlos ausbeutete), wird viele Jahre von den USA gestützt und hochgehalten.

Allmählich aber kompromittieren diese die terroristischen Exzesse, die Konzentrationslager, Kerker, Menschenjagden des einstigen Klosterbruders derart vor der ganzen Welt, daß Präsident Kennedy die Ermordung des südvietnamesischen Regierungschefs - sie erfolgt am 1. No-

vember 1963, drei Wochen vor seiner eigenen - zumindest absegnen, wenn nicht, wie oft behauptet, selbst befiehlt.

Schon Eisenhower hatte Diem die Unterstützung seiner Regierung versprochen "beim Aufbau" gegen alle "Subversion oder Aggression" der bösen Kommunisten. Und schickte ihm auch Jahr für Jahr durchschnittlich 300 Millionen Dollar zur Stärkung.

Noch mehr aber engagierte sich Nachfolger Kennedy, den das Vietnam-Problem zuletzt mehr als alles andere in Asien beschäftigt hat, ja, er heizte das Feuer dieses Krieges mehr als jeder andere an, und seine nächste Umgebung schürte es mit.

Vizepräsident Johnson (in Vietnam, Formosa, Thailand im Frühjahr 1961) war voller Optimismus, empfahl die Stabilisierung der Lage, ein massives Engagement, lasse sich da doch überall "ein gesundes System" schaffen, um "der kommunistischen Flut zu widerstehen und sie zurückzudrängen".

Und auch für Verteidigungsminister Robert McNamara, von Kennedy besonders geschätzt, deutete bei seiner Vietnam-Visite 1962 alles darauf hin, "daß wir diesen Krieg gewinnen."

So schickte bereits Kennedy ganze Scharen von "Militärberatern" - man spricht von 20.000 - nach Süd-Vietnam, darunter viele Veteranen aus dem Korea-Krieg, dazu "die Waffen des modernen Krieges, von der Schreibmaschine bis zum Hubschrauber" (Schlesinger). Und natürlich kämpften diese Berater bereits mit der südvietnamesischen Armee. ...<<

Die Bundesregierung verkündete am 26. Mai 1954 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1954 (x182/219): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 24,2 Milliarden DM entfallen 31,9 % auf Sozialleistungen und 33,2 % auf Besatzungskosten.<<

Ein US-Gericht der Alliierten Hochkommission verurteilte am 26. Mai 1954 den Leiter des tschechischen Lagers Budweis, Vaclav Hrneck (der nach Westdeutschland geflohen war), zu 8 Jahren Freiheitsentzug (x025/59).

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schrieb später über dieses Urteil (x028/143): >>... Das Gericht begründete sein Urteil – acht Jahre Freiheitsentzug - mit der bewiesenen Tatsache, daß Budweis auf verbrecherische und grausame Weise geleitet worden und - wenn auch ohne Gaskammern und systematische Liquidation der Menschen - ein Schreckensort gewesen war, wo Menschenleben und Menschenwürde nichts galten.

Das Gericht wies dann hin auf die Unparteilichkeit demokratischer Rechtsverfahren, die einen Mann wie Hrneck bestrafen müsse, wenn auch alle seine Opfer Deutsche gewesen waren - und zwar schwer bestrafen, um vom Sadismus abzuschrecken.<<

In Paris unterzeichneten die Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Italiens, Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs am 27. Mai 1954 den Vertrag zur Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft -EVG- (x155/45).

In Bad Neuenahr gründete der Gesamtdeutsche Minister Jakob Kaiser am 14. Juni 1954 das Kuratorium "Unteilbares Deutschland", um die Wiedervereinigung Deutschlands zu unterstützen.

In der Gründungserklärung hieß es (x024/263): >>Seit fast einem Jahrzehnt ist Deutschland in mehrere Teile zerrissen. Millionen Deutsche sind aus ihrer Heimat vertrieben. Millionen Deutsche müssen unter der Herrschaft des Zwanges und des Unrechts leben.

Im eigenen Land ist es den Deutschen durch Zonen- und Sektorengrenzen noch immer verwehrt, einander frei und ungehindert zu begegnen. Das natürliche Recht eines jeden Volkes auf menschliche und staatliche Gemeinschaft wird dem deutschen Volk noch immer vorenthalten. Alle Bemühungen seit 1945, ein freies und geeintes Deutschland wiederherzustellen, blieben bisher vergeblich. Die Zerreißung unseres Volkes und Landes wurde vielmehr weiter verschärft.

Wir können aber nicht erwarten, daß uns die Welt dazu verhilft, wenn wir nicht selber alles an die Wiedererlangung unserer Einheit setzen. Die unterzeichneten Männer und Frauen haben es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, den Willen zur Wiedervereinigung in allen Kreisen unseres Volkes zu stärken. ...<<

Die französische Nationalversammlung verwarf am 30. August 1954 den Vertrag zur Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG).

Der EVG-Vertrag sah eine vollständige Integration der Soldaten und Kriegsmaterial sowie ein Aufgehen der nationalen Armeen in eine europäische Armee vor (x155/45).

Während der "Pariser Konferenz" (19. bis 23. Oktober) wurde der sog. "Deutschlandvertrag" (Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA, Großbritannien und Frankreich) vom 26. Mai 1952 geändert.

Die westlichen Siegermächte beschlossen ein "Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes" in der Bundesrepublik Deutschland und wandelten den am 17.03.1948 gegründeten Brüsseler Beistandspakt (zwischen Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien und Luxemburg) in die Westeuropäische Union (WEU) um. Die Bundesrepublik Deutschland und Italien wurden 1954 Mitglieder der WEU.

Die Pariser Verträge regelten ferner auch die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO (Ermächtigung zur Aufstellung von Truppen im Rahmen der NATO).

Der französische Ministerpräsident Mendes-France und Bundeskanzler Adenauer unterzeichneten in Paris außerdem ein Abkommen über das sog. "Saarstatut" (politische Autonomie, aber völkerrechtliche Vertretung durch die Westeuropäische Union und wirtschaftliche Bindung an Frankreich).

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die US-Deutschlandpolitik (x306/173-177): >>>**Bundesrepublik im Abstieg**

Harry S. Truman (1945-1952) war unter den Nachfolgern Roosevelts der einzige, dessen Stern nicht im Kometenschweif des Schmiedes der amerikanisch-sowjetischen Allianz aufging. Der Vizepräsident Truman wurde vom revoltierenden demokratischen Parteiapparat Roosevelt 1944 für seine vierte Präsidentschaft aufgenötigt. Roosevelt ließ seinen Schützling Wallace zugunsten Trumans fallen, um nicht durch die Unzufriedenheit seiner Partei an der Verfolgung der großen Pläne, mit denen er stand und fiel, gehindert zu werden. Er stellte Truman nach der Präsidentenwahl unverzüglich kalt.

Dwight D. Eisenhower (1953-1960) war noch 1941 ein unbekannter Oberstleutnant - zwei Jahre später wurde er zum Oberkommandierenden der Alliierten Expeditionsstreitkräfte in Europa ernannt. Er hatte in wenigen Monaten durch eine Blitzkarriere zahlreiche rangältere Generäle überrundet. Ob die Version stimmt, daß Eisenhower anlässlich einer Hotelöffnung in seiner Garnison Roosevelts Tochter Anna Boettiger kennengelernt und deren Protektion erworben habe, oder nicht, eines ist unbestreitbar: wenn es einen amerikanischen General gegeben hat, der als Roosevelt General bezeichnet werden konnte, war es Eisenhower.

John F. Kennedy (1961-1963) wurde (als Ersatz für seinen gefallenen Bruder) von seinem Vater Joseph Kennedy zum Kandidaten der Familie für die Präsidentschaft bestimmt. Er hätte niemals kandidieren können, wenn sein Vater nicht in der Demokratischen Partei eine Schlüsselstellung eingenommen hätte, die er der Tatsache verdankte, daß er einer der wenigen Geschäftsleute gewesen war, die Roosevelt von Anfang an unterstützt hatten.

Der Grund hierfür war, daß Roosevelt nicht nur das Regime der Industriellen beendete, sondern auch die Prohibition. Da Kennedy jedoch größere Mengen Whisky als Apothekenware nach Amerika importiert hatte, war Roosevelts Wahl (und die Aufhebung der Prohibition) für ihn ein lohnendes Geschäft.

Lyndon B. Johnson (ab 1963) war ein weißer (d.h. liberaler) Rabe unter den reaktionären, aber für die Demokratische Partei wichtigen Südstaatlern. So erhielt er jede Protektion, die Roosevelt zu vergeben in der Lage war.

In der Lebensgeschichte aller Nachfolger Trumans spukt der Geist des verbliebenen Roosevelts, der sich in ihrer Deutschlandpolitik stets aufs Neue zu manifestieren droht. In Roosevelts Weltsystem war Deutschland der Platz eines alliierten Kondominiums minderen Rechtes und minderen Lebensstandards zugewiesen worden. Dreimal täglich Suppe sei genügend, damit die Deutschen Leib und Seele zusammenhielten.

Die dem Aufstieg auf einen steilen Berg (dem Berg der Läuterung Dantes?) vergleichbaren Anstrengungen der Vergangenheitsbewältigung und moralischen Prüfung unter alliierter Aufsicht würden so beschwerlich, daß die Deutschen zu erschöpft sein würden, um noch ein Gewehr zu tragen. Der Friede beruhe auf dem Zusammenwirken der drei (oder vier oder fünf) Großmächte.

Die anglo-amerikanisch-sowjetische Kriegsallianz bilde auch das Fundament der Friedensordnung, da sie in Krieg und Frieden die gleichen moralischen Prinzipien verkörpere. Als Roosevelt nicht lange nach dem Antritt seiner vierten Präsidentschaft starb, zerfiel die innenpolitische Kräftegruppierung, die seine Politik getragen hatte und die durch Roosevelt persönlich zusammengehalten worden war.

Aus dem System der Roosevelt'schen Weltpolitik herausgelöst, ergaben deren einzelne Elemente keinen Sinn mehr. Sie wurden Stück für Stück in Zweifel gezogen. Auch Roosevelts Deutschlandpolitik mußte einer Revision unterzogen werden.

Die Isolierung Deutschlands und die Verhängung von Strafe und Bewährung für Verfehlungen gegen jene Moral, die in Politik und Privatleben ein und dieselbe sei, mußte jenen, die in der Politik etwas anderes als einfach eine Unterabteilung der Moral sahen, als eine allzu kostspielige Rache erscheinen. Da sich nach Roosevelts Tod die Maßstäbe geändert hatten, schienen die alten Berechnungen nicht zu stimmen.

Und doch war Roosevelts System nicht endgültig begraben. 15 Jahre nach seinem Tode war durch die waffentechnische Entwicklung eine Situation heraufbeschworen worden, in der das Zusammenwirken der gleichen drei (oder vier oder fünf) Großmächte, die sich gemäß Roosevelts System nach Entwaffnung der übrigen Staaten in die Weltherrschaft teilen sollten, sich wegen der Gefahr der atomaren Selbstvernichtung beinahe von selbst wiederaufdrängte.

Die gleichen Großmächte begannen - diesmal in ihrer Eigenschaft als Atommächte - den Abstand, den sie in Jalta durch ihren Löwenanteil bei dem Kriegseinsatz gerechtfertigt hatten, gegenüber der Restwelt wiederherzustellen. Daß die machtpolitisch richtungspolitischen und intellektuellen Bestandteile von Roosevelts System zusammenhingen, erwies sich, als mit dem neuen Konzert der Groß und Atommächte auch die lange versunken geglaubten Begleitideen der alliierten Kriegscoalition wiederauftauchten, nicht zuletzt ihre Ideen über Deutschland.

Wirkte sich das neue Klima, das in vielem das alte aus den Tagen Roosevelts war, rund um den Globus in einer Linksverschiebung aus, so glich sich die politische Stimmung in Deutschland eher den Bildern abstrakter Maler an. Die Erklärung ist nicht weit zu suchen. Hatte das Roosevelt'sche System für jede andere Nation Vorteile und Nachteile bereitgehalten, so sah es für Deutschland (und Japan) von allen Vorteilen ab. ...

Die Nachkriegsgeschichte wird heute zum Problem. In Westdeutschland hat man sich über Fahrtrichtung und Stationen der Nachkriegsgeschichte bewußt wenig Gedanken gemacht, da man einer geschichtlichen Einordnung (die ja auch den eigenen Sitzplatz mitumfassen müßte) auszuweichen bestrebt war. Die "Zeitgeschichte", über die man soviel redete, blieb Geschichte des "Dritten Reiches".

Die Grausamkeiten der Nationalsozialisten waren das Alibi, das einem 20 Jahre später das

Nachdenken ersparen sollte. Was gefolgt war, interessierte nicht, es hatte keinen volkspädagogischen Nutzwert. Die Periodisierung der Nachkriegsgeschichte wurde bei uns vom Volksmund vorgenommen. Er spricht von der Zeit vor und nach der "Währung". Der Stichtag der Währungsreform vom 21. Juni 1948 ist in der Tat ein einprägsames Datum, da er alle Westdeutschen gleichmäßig erreichte. ...

So überdeutlich die Währungsreform ins Auge fällt, so sehr ist sie ein Glied in einer Kette von Ereignissen, die von der Schaffung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (1946), der Errichtung der Frankfurter Institutionen und Parlamente (1947), dem Auftrag zur Errichtung der Bundesrepublik (1948), der Aufnahme der Arbeit von Bundesregierung und Bundestag (1949), zur Revision des Besatzungsstaates (1951), dem Ende der Besatzung (1955), dem Beitritt der Bundesregierung zur NATO (1955) und der Unterzeichnung der Römischen Verträge (1957) führt.

Alle diese Ereignisse können auf einer ansteigenden Linie, die aus der Entmachtung und Diskriminierung zur Selbstbehauptung, Souveränität und Gleichberechtigung, aus der Fremdherrschaft zur Selbstherrschaft führt, eingezeichnet werden.

Auf diese ansteigende Linie der deutschen Politik fiel der Schatten der Teilung Deutschlands, ein Schatten, der nicht durch irgendwelche deutsche Politiker in Ost oder West, sondern durch die vom Kontrollrat am 30. Juni 1946 angeordnete Schließung der Zonengrenzen in die deutsche Geschichte eingezeichnet wurde. Den westdeutschen Politikern der Nachkriegsjahre ging es mit Recht um die Wiedererlangung des Grundrechts des Staates - der Souveränität - ohne die keine Politik, sondern nur Auftragsverwaltung durch schwächliche Protektorsregierungen möglich ist.

Es waren zwei Wege denkbar, auf denen man zur Souveränität gelangen konnte. Den einen schlugen Konrad Adenauer und in der SPD Ernst Reuter ein. Es war der Weg der kleinen und der großen Schritte. Adenauer und Reuter gingen davon aus, daß die Souveränität in der Hand der Alliierten lag. Durch Ausnützen günstiger Momente und erhebliche Konzessionen für den Augenblick versuchten sie, sie Stück für Stück wiederzugewinnen.

Der andere Weg war der Kurt Schumachers. Er ging davon aus, daß die Souveränität nach wie vor beim deutschen Volk lag und nur zeitweise von den Alliierten usurpiert worden war. Sie sei von den Alliierten einzufordern als ein Recht, an dem nicht herumgehandelt werden dürfe. Auf beiden Wegen war die deutsche Teilung ein Mittel, um später zur Souveränität des ganzen Deutschland zu kommen.

Die Wiedervereinigung bildete den imaginären Schlußpunkt in Verlängerung des eingeschlagenen Weges. Für Adenauer und Reuter sollten sich der Souveränitätszuwachs und die Stärkung der Bundesrepublik in einer wachsenden Handlungsfreiheit auszahlen, die unter Ausnutzung der gegebenen, schnell wechselnden Situationen auch einmal der deutschen Politik die Chance geben würde, ihr Ziel mit Erfolg zu vertreten.

Für Schumacher war die deutsche Einheit ein unverlierbares staatliches Grundrecht, das solange von den Alliierten einzufordern war, bis diese vom rechtswidrigen Vorenthalten der Einheit Abstand nahmen. Der Status quo der Kontrollrats Herrschaft - das war allen klar - würde sich nie zur deutschen Selbstherrschaft, sondern nur zu einer anderen Form der interalliierten oder internationalen Fremdherrschaft weiterentwickeln. ...

Konnten die markanten Ereignisse in der Geschichte der Bundesrepublik bis etwa 1956 in eine ansteigende Kurve eingetragen werden, die auf volle Souveränität, auf Selbstbestimmung und Gleichberechtigung hinstrebte, so fehlen seit 1957 entsprechende Daten. Die Kurve scheint ihren Anstieg abubrechen, sich zu wenden und in einer absteigenden Linie ihre Bahn fortzusetzen.

Andere Ereignisse und andere Daten treten hervor, die Verzicht auf Souveränität, auf Selbstbestimmung und Gleichberechtigung einschließen und die auf ein Wiedereinlenken in ein

weltpolitisches System, wie es Franklin Delano Roosevelt vorschwebte, hindeuten.

Bei der Rückkehr in die Ära Roosevelt stellte sich heraus, daß eine Reihe völkerrechtlicher, staatsrechtlicher und politisch gesinnungsmäßiger Ausformungen dieser Ära durch den Ost West Konflikt zwar überlagert, aber nicht beseitigt worden waren. ...<<

Im Jahre 1954 wurde die Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa Band I/1 und Band I/2 sowie Band 1/3 "Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße" fertiggestellt und dem Bundesministerium für Vertriebene übergeben. Das Gesamtwerk der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa wurde schließlich im Jahre 1961 fertiggestellt.

Das Oberste Bundesgericht der Vereinigten Staaten von Amerika entschied im Jahre 1954, im öffentlichen Schulwesen den verfassungsmäßigen Grundsatz der Gleichheit auch in der Praxis durchzusetzen (x243/101): >>Heutzutage muß man folglich bezweifeln, daß ein Kind Aussicht auf Erfolg im Leben hat, wenn ihm die Gelegenheit zu einer Schulbildung verweigert wird.

Wo der Staat es unternommen hat, eine solche Gelegenheit zu schaffen, ist sie ein Recht, das allen zu gleichen Bedingungen zur Verfügung gestellt werden muß. ...

Wir kommen zu dem Schluß, daß der Grundsatz "getrennt, aber gleich" ("separate, but equal") auf dem Gebiet des öffentlichen Schulwesens nicht gelten kann. Getrennte Bildungseinrichtungen sind ihrer Natur nach ungleich.

Deshalb erklären wir, daß den Klägern ... durch die angegebenen Fälle von Rassentrennung (Segregation) die Gleichheit vor dem Gesetz vorenthalten ist, die durch den 14. Verfassungszusatz gewährleistet wird. ...<<

Die Sowjetunion beendete am 25. Januar 1955 den Kriegszustand mit Deutschland, ohne ihre bestehenden Rechte und Pflichten als Siegermacht aufzuheben.

Polen, die Tschechoslowakei und andere kommunistische Satelliten-Staaten folgten später diesem Beispiel (x009/50).

Der Deutsche Bundestag verabschiedete am 27. Februar 1955 die Gesetze über das "Saarstatut" und die "Pariser Verträge".

Das Präsidium des Bundes der vertriebenen Deutschen kritisierte am 28. Februar 1955 die Annahme des Saarstatuts (x155/49): >>Die Bundesrepublik als Teil Deutschlands ist nicht berechtigt, Verträge über einen anderen Teil Deutschlands abzuschließen.

Das Abkommen verstößt gegen das deutsche Staatsrecht und ist daher aus doppeltem Grunde nichtig. ...<<

Die Pariser Verträge traten am 5. Mai 1955 in Kraft: Die Bundesrepublik Deutschland erhielt endlich die zugesagte Teil-Souveränität.

Das Besatzungsstatut entfiel (Ausnahmen: Truppenstationierung, Berlin-Status, Wiedervereinigungs- und Friedensvertragsfrage und andere Hoheitsrechte).

Bundeskanzler Adenauer erklärte nach dem Inkrafttreten der "Pariser Verträge" (x073/242): >>Wir stehen als Freie unter Freien, den bisherigen Besatzungsmächten in echter Partnerschaft verbunden ...

Freiheit verpflichtet.

Es gibt für uns im Innern nur einen Weg: den Weg des Rechtsstaates, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit.

Es gibt für uns in der Welt nur einen Platz: an der Seite der freien Völker.

Unser Ziel: in einem freien und geeinten Europa ein freies und geeintes Deutschland.<<

Die Bundesrepublik Deutschland trat am 7. Mai 1955 der Westeuropäischen Union (WEU) bei.

Die Bundesrepublik Deutschland wurde am 9. Mai 1955 Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft (NATO).

Die 4 Siegermächte schlossen am 15. Mai 1955 einen Friedensvertrag mit Österreich.

Die österreichische Regierung (Bundeskanzler Raab) mußte sich zu "immerwährender Neutralität" verpflichten und durfte außerdem keine wirtschaftliche oder politische Vereinigung mit Deutschland anstreben (x128/211).

Der nordamerikanische Diplomat Robert D. Murphy (1894-1978, stellvertretender Staatssekretär im US-State Departement) erklärte am 25. Juni 1955 während einer Rede vor Studenten der Indiana University (x028/236): >>Von Anfang an standen unsere Absichten mit Deutschland und die sowjetischen Wünsche einander entgegen.

Ein Jahr nach der Einführung der Viermächteverwaltung für Deutschland war es ganz offensichtlich, daß die Westmächte ein selbständiges Deutschland anstrebten, während die Sowjetunion daran interessiert war, deutsche Industrie, Landwirtschaft und deutsche Arbeitskräfte für die UdSSR auszubeuten. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" 41/1955 berichtete am 5. Oktober 1955 über ein Treffen der "Bilderberger": >>GEHEIM-KONFERENZ/BONN: Die tödlichen Aspekte

Bayerns Ministerpräsident Dr. Hoegner war etwas verstimmt. Da war in den letzten Septembertagen eine Reihe von Prominenten aus der politischen Welt der westlichen Hemisphäre nach Garmisch-Partenkirchen gekommen, um im Luxushotel "Alpenhof" des alten Bobweltmeisters Hanns Kilian eine geheime Konferenz abzuhalten.

Keiner der Gäste - das war konzediert - brauchte ein polizeiliches Meldeformular auszufüllen. Aber die Herren hatten es nicht einmal für nötig gehalten, die bayrische Staatsregierung oder wenigstens deren Protokollabteilung zu verständigen, welche Art von Konferenz sie abzuhalten gedachten.

So ging, was im "Alpenhof" am 22. September als Viertage-Konferenz gestartet worden war, als vielumrätelte Geheimkonferenz von Garmisch durch die Presse. Von den Freimaurern bis zu den Illuminaten blieb kein Vergleich zu historischen Geheimbünden unbeachtet. In Wirklichkeit wußte man nur, daß Prinz Bernhard der Niederlande zu diesem Treffen eingeladen hatte, daß Politiker und Wirtschaftler aus vierzehn Nationen zum Meinungsaustausch zusammengekommen und daß die 140 Betten des "Alpenhofs" vier Tage lang ausschließlich für diesen Zweck vermietet worden waren.

Das Hotelpersonal hatte Sonderausweise erhalten. Die Gemeindeverwaltung war ersucht worden, sich nicht um die Tagung und ihre prominenten Teilnehmer zu kümmern, und mit den zivilen Hotelgästen hatte auch die Spielbank, die im "Alpenhof" untergebracht ist, für diese vier Tage umziehen müssen.

Was dann anreiste, trug dazu bei, den sagenumwobenen Charakter der Veranstaltung zu festigen. Es kamen unter anderem:

- General Gruenther, Oberkommandierender der Nato-Streitkräfte;
- Lord Ismay, Nato-Generalsekretär;
- Unterstaatssekretär Murphy vom amerikanischen Außenministerium;
- Botschafter außer Diensten Kennan, Privatdozent an der Princeton-Universität;
- Paul Hoffman, Vorsitzender der Studebaker-Packard-Corporation;
- Jean Monnet, Schöpfer der Montan-Union;
- Amintore Fanfani von der italienischen "Democrazia Christiana";
- Guy Mollet, Generalsekretär der französischen Sozialisten;
- Walter Hallstein, Staatssekretär des Bonner Außenamtes;
- Kurt-Georg Kiesinger, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten;
- Carlo Schmid, Stellvertreter Kiesingers im Außen-Ausschuß;
- Fritz Berg, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie;
- Wilhelm Alexander Menne, Präsident des Chemie-Verbandes;

- amerikanische und westeuropäische Atomwissenschaftler.

Es war die erste Sitzung des Bilderberg-Kreises auf deutschem Boden. Bilderberg, ein Schloß in Holland, gab diesem Kreis internationaler Prominenz aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft den Namen. Auf Schloß Bilderberg fand im Mai 1954 das Gründungstreffen statt, auf dem Prinz Bernhard der Niederlande den Vorsitz der geheimnisvollen Gruppe einflußreicher Männer der westlichen Welt übernahm. In Barbizon in Frankreich traf man sich zum zweiten, in Garmisch zum dritten Male, und es soll nicht die letzte Zusammenkunft gewesen sein.

Die Konferenzen des Prinzen Bernhard sind der bisher erfolgreichste Versuch, eine Elite zum Erfahrungsaustausch zu versammeln, weil man bei diesen Meetings auf jede diplomatische Konvention verzichtet. Sie sind letztlich eine Art "Verschwörung" potenter Figuren aus der internationalen Hochfinanz, der Industrie und der Politik gegen die Gefahren engstirniger, auf einseitiger Information fußender Kabinettpolitik.

Hauptthemen der Garmischer Konferenz, zu denen geladene Experten die Debattegrundlagen lieferten, waren:

- Möglichkeiten wirksamer westlicher Hilfestellung bei der deutschen Wiedervereinigung.
- Wirtschaftliche Nutzung der Atomkraft, ohne zugleich die neuerworbene Energie rückhaltlos privaten Interessen auszuliefern.
- Die tödlichen Aspekte eines Atomkrieges in Europa und politische Maßnahmen zu seiner Verhinderung.

Carlo Schmid hielt eine glänzende Rede über die Moskau-Reise der Bonner Delegation und tauschte seine Erfahrungen mit Engländern aus, die im Sommer die Sowjet-Union besucht hatten. Nato-Chef Gruenther mußte ein mehrstündiges Trommelfeuer von Fragen über sich niedergehen lassen, behauptete sich in der lebhaften Diskussion aber glänzend.

In diesem Rahmen konnten auch ungeniert Fragen erörtert werden, die in offiziellen diplomatischen Verhandlungen tabu sind, wie etwa die: ob eine westdeutsche Regierung es vor dem eigenen Volk, besonders aber vor ihren westlichen Verbündeten auf sich nehmen könnte, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen, wenn durch ein so schwerwiegendes Opfer die deutsche Wiedervereinigung ermöglicht werden würde.

Die Teilnehmer der Tagung achteten peinlich darauf, daß auf den Konferenztischen auch nicht die kürzeste Notiz liegenblieb, wenn sie den Sitzungssaal verließen.

Als Bayerns Ministerpräsident Hoegner seinem Unmut darüber Luft machte, daß man ihm von all diesen Dingen nichts gesagt hatte, verabschiedete sich auf dem Flugplatz München-Riem vor dem niederländischen Regierungsflugzeug Prinz Bernhard der Niederlande schon wieder von Paul Rijkens, dem früheren Präsidenten des Unilever-Konzerns, und von dem früheren holländischen Außenminister van Kleffens, der sein Land heute als Botschafter in Portugal vertritt und der als einer der geistigen Initiatoren des Treffens gilt.<<

Bei der Volksabstimmung über das Saarstatut vom 23. Oktober 1955 lehnten 67,7 % der Saarländer (Wahlbeteiligung = 97,5 %) das Europäische Statut ab, denn sie wollten Deutsche bleiben (x155/52).

Die österreichische Regierung verpflichtete sich am 26. Oktober 1955 zur "immerwährenden Neutralität" (x299/174): >>... Artikel 2: Österreich ... wird in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiet nicht zulassen.<<

Der ehemalige deutsche Ingenieur Wernher Freiherr von Braun (1912-1977) wurde im Jahre 1955 US-Staatsbürger.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über Wernher Freiherr von Braun (x051/87): >>Braun, Wernher Freiherr von, geboren in Wirsitz (Posen) 23.3.1912, gestorben in Alexandria (USA) 16.6.1977, deutscher Ingenieur.

Seit Oktober 32 beim Heereswaffenamt, wurde Braun schon mit 25 Jahren Leiter der Rake-

tenversuchsanstalt des Heeres in Peenemünde. 1938 gelang die Fertigstellung eines ersten Prototyps der späteren ballistischen Fernrakete A 4, die unter dem Propagandanamen V 2 (V = Vergeltung) am 3.10.42 erstmals erfolgreich erprobt wurde; erster Kriegseinsatz 8.9.44 gegen London (insgesamt 1.054, gegen Brüssel und Antwerpen 2.100).

Braun wurde, weil er mehr an Raumfahrt als an Waffentechnik interessiert war, von der SS beargwöhnt. 14.3.44 Verhaftung, Freilassung nach Intervention von Speer. Im März 45 räumte Braun Peenemünde und ging mit seinem Team (ca. 100 Techniker) in amerikanische Gefangenschaft.

Nach dem Krieg Fortsetzung der Arbeit in den USA; 1955 US-Staatsbürgerschaft; 1959 zur NASA, Entwicklung von Trägerraketen, Mitarbeit am Mondflugprogramm "Apollo", 1970 Chefplaner der NASA.<<

Die Bundeswehr begann am 2. Januar 1956 ihren Dienst.

Der Fahneid der Bundeswehr lautete wie folgt (x243/211): >>... Ich gelobe der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.<<

Der neugewählte saarländische Landtag beschloß am 31. Januar 1956 den Anschluß des Saarlandes an die Bundesrepublik Deutschland.

Der Bund der Vertriebenen (BvD) und der Verband der Landsmannschaften forderten am 11. Juni 1956 zum "Tag der deutschen Heimat 1956" die Verwirklichung von Selbstbestimmung und Heimatrecht (x155/53-55): >>... Einem Volke wird von anderen Völkern nichts geschenkt es selbst muß in der Völkerfamilie sich Gehör und Anerkennung verschaffen. ... Für uns Deutsche ist die Selbstbestimmung noch lange nicht verwirklicht!

... "Heimat" umfaßt für uns die seit Generationen gewohnte Umgebung von Landschaft, Dorf, Stadt, von Nachbarn, Sitte, Brauchtum, von Beruf und Existenz. Sie umfaßt Materielles und Seelisches, ohne die der Mensch nicht leben kann. ...

Als Deutschland 1945 am Boden lag, bestimmten die Siegermächte in Ost und West die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen. ... Die Siegermächte bestimmten und sanktionierten ferner die Austreibung von vielen Millionen Deutschen aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches und den volksdeutschen Heimatgebieten außerhalb der Reichsgrenzen ...

Aber die 4 Siegermächte erklärten gleichzeitig - und zwar am 5. Juni 1945 -, daß sie die Grenzen Deutschlands später festlegen würden! ...

Diese Auffassung ist von westlichen Staatsmännern wiederholt bestätigt worden. Es ist bedeutsam, gerade in diesen Septembertagen daran zu erinnern, daß vor 10 Jahren der damalige Außenminister der Vereinigten Staaten, Byrnes, in einer Rede in Stuttgart am 6. September 1946 ausdrücklich erklärte, daß die Festlegung der deutschen Ostgrenze erst bei Gelegenheit der Friedensregelung erfolgen solle. Von hier ab datiert der Umschwung der Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland, der mit eine Voraussetzung für unseren Wiederaufstieg war. ...

Ganz anders die Sowjetunion und die von ihr abhängige Regierung in der Sowjetzone. Am 6. Juni unterzeichneten die verantwortlichen Staatsmänner dieser Regierung in Warschau eine Deklaration und ein deutsch-polnisches Grenzabkommen, wonach die Oder-Neiße-Linie eine unverletzliche Friedens- und Freundschaftsgrenze sei. ...

Schon am Tage darauf erklärte das britische Auswärtige Amt, die Sowjetzonenregierung sei gar nicht befugt, Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie an Polen zu überlassen; Großbritannien sei nicht der Auffassung, daß die Oder-Neiße-Linie endgültig sei. Und am 8. Juni sprach sich die Regierung der Vereinigten Staaten in ähnlichem Sinne aus. ...

Ein Lichtblick ist für uns die Entwicklung im Saargebiet. Dort hat sich trotz heftiger Widerstände und trotz manchem bedenklichen Schweigen das Selbstbestimmungsrecht doch Bahn gebrochen. Die Saar kehrt zurück, so wie es dem Willen der dortigen Bevölkerung entspricht.

...<<

Der Bundestag beschloß am 17. Juli 1956 ein Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht für Männer zwischen 18 und 45 Jahren.

Das Gesetz galt nicht in West-Berlin.

Die Bundesregierung verkündete am 24. Juli 1956 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1956 (x182/219): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 28,4 Milliarden DM entfallen 34,2 % auf Sozialleistungen und 25,9 % auf Verteidigungskosten.<<

Eisenhower kandidierte erneut für die Republikaner und gewann am 6. November 1956 zum 2. Mal die US-Präsidentenwahl.

Der kubanische Rechtsanwalt Fidel Castro organisierte im Jahre 1956 Partisanengruppen zum Kampf gegen das diktatorische Batista-Regime.

Am 1. Januar 1957 wurde das Saarland gemäß "Luxemburger Abkommen" das 10. Bundesland der Bundesrepublik Deutschland.

Bundesaußenminister von Brentano erklärte während der Regierungserklärung vom 31. Januar 1957 (x155/101): >>Mit ihren Bündnispartnern ist die Bundesregierung darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu einer frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung für ganz Deutschland aufgeschoben werden muß.

Nur eine gesamtdeutsche Regierung und eine vom ganzen Volk gewählte Volksvertretung sind legitimiert, diese Entscheidung über die künftigen deutschen Ostgrenzen zu treffen.

Die Bundesregierung hält daran fest, daß für den völkerrechtlichen Gebietsstand Deutschlands die Grenzen des Deutschen Reiches am 31. Dezember 1937 maßgeblich sind, und daß das deutsche Volk die Oder-Neiße-Linie nicht als gegenwärtige oder künftige Grenze Deutschlands akzeptieren kann. ...<<

In Rom wurden am 25. März 1957 die zeitlich unbegrenzten Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG") und die Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") unterzeichnet. Die "Römischen Verträge" traten am 1.01.1958 in Kraft.

Innerhalb von 12 Jahren sollten in den 6 Ländern der EWG (Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg) die Binnenzölle abgebaut und gemeinsame Außenzölle entstehen, um einen gemeinsamen Markt und eine Zollunion zu realisieren.

Zu den Aufgaben der EURATOM zählten: Förderung, Koordinierung und Kontrolle der Forschung, Nutzung und Entsorgung im Kernenergiebereich.



Abb. 67 (x303/197): EU-Flagge. Die zwölf Sterne zeigen nicht die Mitgliederzahl, sondern die Zahl "zwölf" gilt als Zeichen der Vollkommenheit.

Der belgische Politiker Paul-Henri Spaak (1899-1972) schrieb später über die Unterzeichnung der "Römischen Verträge" (x067/195): >>Am 25. März 1957 unterzeichneten wir in Rom die beiden Verträge – den über die Gründung des Gemeinsamen Marktes und den über die Gründung von Euratom.

Es war eine unvergeßliche Feier. Die Italiener hatten alles hervorragend arrangiert. Wir versammelten uns im Kapitol, im Saal der Horatier und Curatier. Alle Mitarbeiter an dem großen Werk, das wir einweihen sollten, waren anwesend: die Minister, die es gewünscht hatten, die Delegationsführer, die eine gewaltige Arbeit vollbracht hatten, die Fachleute, die uns geholfen hatten.

Die Glocken von Rom läuteten mit aller Macht zum Gruß für die Geburt des neuen Europa. Meine Erregung, meine Freude und meine Hoffnungen waren eins. ...

Die Verträge von Rom stellten den Sieg des Geistes der Zusammenarbeit und die Niederlage des egoistischen Nationalismus dar. Die Menschen, die das Unternehmen zum Erfolg geführt hatten, waren von den gleichen Überzeugungen und dem gleichen Ideal beseelt. Ohne ihre Ergebenheit für ihr eigenes Vaterland im geringsten zu verleugnen, verkündeten sie die Notwendigkeit, die Länder untereinander zu vereinen, um ihre wirtschaftliche Kraft und darüber hinaus ihre politische Macht zu sichern.

Sie waren sicher, durch diese Handlungsweise den Niedergang einer Kultur aufzuhalten und dem europäischen Kontinent seinen Rang und seine Ausstrahlung wiederzugeben. Sie beabsichtigten nicht, ihre Bemühungen auf diesen unmittelbaren Erfolg zu beschränken. Sie hofften, daß sich ihnen eines Tages andere Länder anschließen würden.

Sie glaubten auch, daß die wirtschaftliche Integration sie unfehlbar zur politischen Einigung führen würde. Ihr Endziel war die Schaffung eines Europas, das kein Satellit Amerikas, sondern dessen vollwertiger Partner in einer westlichen Welt werden sollte, die zur Verteidigung einer bestimmten Lebensform organisiert und vereint war. ...<<

Die Präambel des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG") vom 25. März 1957 lautete wie folgt (x156/75): >>... Seine Majestät der König der Belgier, der Präsident der Bundesrepublik Deutschland, der Präsident der Französischen Republik, der Präsident der Italienischen Republik, Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Luxemburg, Ihre Majestät die Königin der Niederlande – in dem festen Willen, die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker zu schaffen, entschlossen, durch gemeinsames Handeln den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Länder zu sichern, indem sie die Europa trennenden Schranken beseitigen, in dem Vorsatz, die stetige Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen ihrer Völker als wesentliches Ziel anzustreben, in der Erkenntnis, daß zur Beseitigung der bestehenden Hindernisse ein einverständliches Vorgehen erforderlich ist, um eine beständige Wirtschaftsausweitung, einen ausgewogenen Handelsverkehr und einen redlichen Wettbewerb zu gewährleisten, in dem Bestreben, ihre Volkswirtschaften zu einigen und deren harmonischen Entwicklung zu fördern, indem sie den Abstand zwischen einzelnen Gebieten den Rückstand weniger begünstigter Gebiete zu verringern, in dem Wunsch, durch eine gemeinsame Handelspolitik zur fortschreitenden Beseitigung der Beschränkungen im zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr beizutragen, in der Absicht, die Verbundenheit Europas in den überseeischen Ländern zu bekräftigen und in dem Wunsch, entsprechend den Grundsätzen der Satzung der Vereinten Nationen den Wohlstand der überseeischen Länder zu fördern, entschlossen, durch diesen Zusammenschluß ihrer Wirtschaftskräfte Frieden und Freiheit zu wahren und zu festigen, und mit der Aufforderung an die anderen Völker Europas, die sich zu dem gleichen hohen Ziel bekennen, sich diesen Bestrebungen anzuschließen - haben beschlossen, eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu gründen ...<<

Vor dem nordamerikanischen Repräsentantenhaus erklärte der US-Abgeordnete Carroll Reece am 16. Mai 1957, daß Vorgänge bei der Vertreibung der Ostdeutschen als Völkermord eingestuft werden müssen (x028/230, x150/44): >>Während die UN-Konvention über Verhinderung und Bestrafung von Völkermord die Umsiedlung einer Bevölkerung nicht als Form des Völkermords erfaßt, würden dennoch Umsiedlungen, die zu Vertreibungen führen und mit dem Tod von Millionen enden, in die Kategorie des Völkermords fallen. ...<<

>>... Die Vertreibung war ein Unrecht, eine schwere Verletzung der Regeln des Völkerrechts, der Gesetze der Humanität, der Prinzipien der internationalen Moral.<<

Die Bundesregierung verkündete am 26. Juni 1957 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1957 (x182/220): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 32,3 Milliarden DM entfallen 32,5 % auf Sozialleistungen und 24,7 % auf Verteidigungskosten.<<

Das Präsidium des Bundes der vertriebenen Deutschen kritisierte am 3. Oktober 1957 Adenauers Rede (vom 22.09.1957) im nordamerikanischen CBS-Fernsehsender (x155/59-60): >>... "Unter Recht auf Heimat verstehe ich, daß die Leute in das Land, aus dem sie vertrieben sind, zurückkehren können."

Es ist dabei mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen, daß damit die Rückkehr unter eine fremde Staatshoheit verstanden werden muß.

Der Bundeskanzler hat weiter die Einordnung in eine höhere wirtschaftliche Ordnung gefordert und dabei auf die Montan-Union und den gemeinsamen Markt hingewiesen. Er hat weder politische noch staatsrechtliche oder völkerrechtliche Ansprüche geltend gemacht, auch das Selbstbestimmungsrecht nicht erwähnt und ausdrücklich erklärt:

"Ich habe immer das Recht auf die Heimat betont, auf den Platz, wo man geboren wurde. Ich

habe niemals gesagt, was darüber hinausgeht." ...

Der Bundeskanzler hat dem Begriff "Recht auf die Heimat" eine Auslegung gegeben, die es zu einem reinen Aufenthaltsrecht degradiert. ...

Es trifft nicht zu, daß Herr Dr. Adenauer niemals mehr als dieses Recht auf die Heimat gefordert hat. Schon in der Neujahrsbotschaft 1946/47 hat er die Erklärung abgegeben:

"Kein christlich-demokratischer Staatsmann wird jemals die Oder-Neiße-Grenze anerkennen."

...

Der deutsche Bundesaußenminister hat in Anwesenheit des Herrn Bundeskanzlers am 28. Juni 1956 vor dem Deutschen Bundestag erklärt:

"Die Bundesregierung hat sich niemals mit der Teilung Deutschlands abgefunden. In voller Übereinstimmung mit dem erklärten Willen des ganzen deutschen Volkes hat sie immer wieder darauf hingewiesen, daß das Deutsche Reich in seinen Grenzen von 1937 fortbesteht und daß einseitige Entscheidungen, die in den Jahren nach dem völligen Zusammenbruch getroffen wurden, vom deutschen Volk nicht anerkannt werden." ...<<

In Bonn billigten die Delegierten der Vertriebenenverbände die gemeinsame Satzung für den Zusammenschluß ihrer Verbände und gründeten am 27. Oktober 1957 den "Bund der Vertriebenen (BdV) - Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände".

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über den "Bund der Vertriebenen" (x024/313-314): >>Das sich die deutschen Vertriebenen als Schicksalsgemeinschaft bei erster Gelegenheit in Organisationen zusammenschlossen, war selbstverständlich. Daß es ihnen jahrelang von den alliierten Siegermächten verboten worden war, kennzeichnet das schlechte Gewissen der Sieger, die bei dem Unrecht der Vertreibung mitgewirkt hatten.

Die Westmächte fürchteten die Vertriebenen als politische Kraft. Eine Organisation, so glaubten sie, würde ihre Eingliederung in die westdeutsche Gesellschaft verhindern oder zumindest verzögern. Eine schnelle Integration aber lag im Interesse der Alliierten, um einen möglichen Unruheherd zu beseitigen.

Die Organisationen der deutschen Vertriebenen bestehen auch heute noch ...

Natürlich wäre es für alle, die die Vertreibung der Deutschen vergessen machen wollen, bequem, wenn es die Organisationen der Vertriebenen nicht mehr gäbe. Ihr ständiges Mahnen, die Teilung Deutschlands zu überwinden, ihr Hinweis auf die "offene deutsche Frage" ist ihnen jedenfalls lästig.

Für diejenigen, die glauben, daß die Entspannung mit dem Osten auch um den Preis weitgehender Zugeständnisse erkaufte werden müsse, wirken die Vertriebenenorganisationen mit ihrem starren Festhalten an jahrzehntealten Prinzipien natürlich als "Störenfriede". ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 29. Oktober 1957 über das Schicksal der Vertriebenen:

>>"**DREIGETEILT - NIEMALS**"

Vertriebene fordern Recht auf Heimat

Der Bund der Vertriebenen (BvD) und 14 Landsmannschaften sprechen fortan mit einer Stimme. Beide Organisationen schließen sich zum Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände (BdV) zusammen. Schon in ihrer Charta von 1950 haben die Vertriebenenverbände feierlich auf Rache und Vergeltung verzichtet und gleichzeitig das Recht auf Heimat verteidigt ("dreigeteilt – niemals").

In der Nichtanerkennung der Nachkriegsgrenzen sind sie sich einig mit dem größten Teil der westdeutschen Bevölkerung und der offiziellen Bonner Politik. ...

Wurden noch bei der Volkszählung 1950 fast 8 Millionen Vertriebene in der Bundesrepublik und in West-Berlin gezählt, so sind es 1957 mehr als 10 Millionen. 400.000 von ihnen müssen noch in mehr als 3.000 Lagern leben. Die meisten dieser Baracken-Lager stehen in Niedersachsen.

Anfängliche Befürchtungen, die soziale Not der Vertriebenen und Flüchtlinge werde jahrzehntelang andauern und vor allem die von ihnen bewohnten Lager würden sich zum Herd eines gefährlichen politischen Radikalismus entwickeln können, bewahrheiteten sich nicht.

In zunehmendem Maße leben sich die Bürger ein. Die Gründung eigener Städte und Ortschaften, wie Ennepetal-Milspe und Espelkamp in Nordrhein-Westfalen oder Neu Gablonz in Bayern, bleiben die Ausnahme. Die Integration der Vertriebenen stellt eine der ganz großen Aufbauleistungen der frühen Bundesrepublik dar.<<

Ein Journalist aus den Südstaaten kritisierte im Jahre 1957 die Entscheidung des Obersten Bundesgerichts der Vereinigten Staaten von Amerika (aus dem Jahr 1954), im öffentlichen Schulwesen den verfassungsmäßigen Grundsatz der Gleichheit auch in der Praxis durchzusetzen (x243/102): >>Dies ist ein Gesetz: Weiß und Schwarz können nicht als Gleiche in irgendeine Beziehung zueinander treten, die intim, persönlich und von Dauer ist. ...

Die Schulen der Südstaaten integrieren zu wollen, heißt eine Beziehung zu verlangen, die die sittlichen Normen des Volkes verbieten; und es heißt das Risiko einzugehen, daß in 20 oder 30 Jahren eine weitgehende rassische Vermischung und eine Entartung der Gesellschaft als Ganzes eintritt. ...<<

Die EWG- und Euratom-Verträge traten am 1. Januar 1958 in Kraft.

Die Bundesrepublik Deutschland übernahm 28 % Verwaltungskosten und 30 % Forschungs- und Investitionskosten der Europäischen Atomgemeinschaft (x182/220).

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (12/1958) berichtete am 19. März 1958 über einen geplanten deutschen Friedensvertrag: >>Die Phantasie der Geschichte

Hand in Hand versuchten in der letzten Woche christdemokratische Parlamentarier und amerikanische Diplomaten in Bonn einen politischen Plan zu töten, dem der Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier zum Leben verholfen hat: den Plan, bei der nächsten ost-westlichen Gipfelkonferenz müsse über die Grundzüge eines deutschen Friedensvertrages verhandelt werden. In einer Sitzung des außenpolitischen Bundestagsausschusses bemühte sich Außenminister Heinrich von Brentano nachzuweisen, daß die Sowjets mit Verhandlungen über einen deutschen Friedensvertrag nur die völkerrechtliche Anerkennung Pankows erreichen wollten. Moskau wolle einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten, aber keinen Friedensvertrag für Gesamtdeutschland abschließen.

Während der Sitzung suchte Brentano verzweifelt Hilfe bei seinen Referenten, um eine amtliche sowjetische Erklärung zu finden, die seine Behauptung stützen könnte. Er suchte vergebens. Die Meinung, die Sowjet-Regierung wünsche zwei Friedensverträge mit den beiden deutschen Regierungen, stammt nämlich nicht aus einer amtlichen sowjetischen Erklärung, sondern aus den Mitteilungen des Kanzlers über sein letztes Gespräch mit dem Sowjet-Botschafter Smirnow.

Selbst CDU-Politiker zweifeln daran, daß Konrad Adenauer dieses Gespräch richtig wiedergegeben habe; denn der Sowjetmensch hat in Gesprächen mit Politikern der Opposition angedeutet, Verhandlungen über einen Friedensvertrag könnten vielleicht neue Wege für eine Wiedervereinigung eröffnen, auf denen auch eine gesamtdeutsche Regierung zustande käme, die den Friedensvertrag annehmen würde.

Den Amerikanern ist eine solche Aussicht äußerst unangenehm. Auf jeden Fall müßte bei Friedensvertragsverhandlungen nämlich die Bündnisfreiheit eines wiedervereinigten Deutschlands zur Diskussion gestellt werden. Die Amerikaner sind aber nicht, bereit, ihre Raketen- und Militärbasis Westdeutschland jetzt in Frage zu stellen. Sie sind sich darin mit der Mehrheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einig, die meint, nur durch amerikanische Truppen könne die Sicherheit Westdeutschlands garantiert werden.

Dieser Auffassung wegen haben sich die Amerikaner unter den Ovationen der Bundestagsmehrheit seit zehn Jahren mit den Sowjets auf keine Diskussion über einen deutschen Frie-

densvertrag - also den Status eines wiedervereinigten Deutschlands - eingelassen.

Die letzte echte west-östliche Diskussion über dieses Thema gab es im Dezember 1947, zu einem Zeitpunkt also, an dem die Teilung der Welt noch nicht im kalten Krieg festgefroren war. Bis dahin stritten sich die Siegermächte des zweiten Weltkriegs einträchtig um die Verteilung der Kriegsbeute und überlegten, wie man Deutschland am besten für alle Zeiten knebeln könne.

Durch das Potsdamer Abkommen von 1945 war ein Rat der Außenminister Amerikas, der Sowjet-Union, Englands und Frankreichs eingesetzt worden. Er sollte "zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, wenn eine solche Regierung gebildet sein wird."

Der amerikanische Außenminister Byrnes trug diesem Rat im April 1946 einen Plan vor, der "nach Beendigung der Besetzung Deutschlands in Kraft treten" solle. Von diesem noch unbestimmten Zeitpunkt an müsse Deutschland auf 25 Jahre unter alliierter Kontrolle völlig neutralisiert und entmilitarisiert werden. Die ausdrückliche Annahme dieses Status durch Deutschland, so forderte der amerikanische Außenminister, solle "eine wesentliche Voraussetzung für die Beendigung der alliierten Besetzung des deutschen Territoriums bilden".

England und Frankreich stimmten diesem amerikanischen Plan damals zu. Dem sowjetischen Molotow war das noch nicht genug: "Die Sowjet-Regierung hält es für nötig, die Dauer der Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands auf eine Dauer von 40 Jahren auszudehnen." Außerdem: "Im Byrnes-Entwurf ist die Möglichkeit einer Beendigung der alliierten Besetzung vorgesehen." Die Besetzung müsse aber solange dauern, meinte Molotow, bis Sowjet-Rußland die zehn Milliarden Dollar Reparationen eingetrieben habe, die ihm in Jalta von den Amerikanern konzidiert worden seien.

Eine Unzahl Staaten meldeten damals Spezialwünsche an, die im deutschen Friedensvertrag verankert werden sollten:

- Belgien forderte, das Rheinland solle auf unbestimmte Dauer besetzt bleiben. Belgien wolle an der Besetzung teilnehmen. 40 Jahre lang sollten unter anderem jährlich 6,6 Millionen Tonnen Kohle und 750 Millionen Kilowatt elektrische Energie kostenlos geliefert werden. Deutschland müsse die belgische Rheinflotte wieder aufbauen. Deutschlands Export von Fertigprodukten müsse eingeschränkt werden.

- Holland forderte die Erdölfelder von Bentheim, das Kohlenbecken südlich von Venlo und die Insel Borkum, außerdem weitere kleinere Grenzverschiebungen. Die holländischen Seehäfen und Wasserwege müßten vor der deutschen Konkurrenz geschützt werden, Deutschlands Export von Fertigprodukten sei zu drosseln.

- Polen wünschte, daß die Oder-Neiße -Linie als endgültige Grenze bestätigt werde, und erhob zusätzlich Anspruch auf die Insel Wollin. Der Friedensvertrag mit Deutschland müsse aus moralischen Gründen in Warschau unterzeichnet werden.

- Die Tschechoslowakei wünschte die Grenzen vom 1. September 1938 garantiert und zusätzlich deutsches Gebiet westlich der Görlitzer Neiße. Deutschland müsse allen Sudetendeutschen verbieten, besondere Organisationen zu gründen. Außerdem wünschte die Tschechoslowakei das Recht auf Benutzung der deutschen Verkehrswege und Freihäfen in Hamburg und Bremen.

- Dänemark wünschte, der Kieler Hafen und der Kaiser-Wilhelm-Kanal müßten für alle Zeiten internationalisiert werden.

- China bat zu den Arbeiten der Außenministerstellvertreter hinzugezogen zu werden, ohne schon detaillierte Forderungen gegen Deutschland anzumelden.

- Norwegen forderte, daß Deutschland verboten werde, am Walfang teilzunehmen. Die deutsche Hochseefischerei dürfe nur eine begrenzte Anzahl von Fahrzeugen haben und müsse un-

ter strenger Kontrolle bleiben. Außerdem müsse verboten werden, daß deutsche Staatsbürger große Schiffe besitzen oder kontrollieren.

- Brasilien legte dar, die Zerstörung der Einheit des Deutschen Reiches sei für das Wohl der Welt unentbehrlich, das Ruhrgebiet sei zu internationalisieren, die Saar einem besonderen Wirtschaftsregime zu unterstellen.

- Luxemburg forderte die Kontrolle des Ruhrgebiets, andauernde Besetzung des Rheinlandes und regelmäßige deutsche Lieferungen von Holz, Strom, Ziegeln und anderen Produkten. Außerdem wünschte es Grenzberichtigungen im Raum von Trier. Hier spreche die Bevölkerung die "Luxemburger Sprache".

- Australien war besonders daran gelegen, daß Deutschland im Friedensvertrag ausdrücklich auf alle Kolonien und antarktischen Gebiete verzichte.

- Griechenland wünschte, Deutschland solle sich verpflichten, aus Griechenland 20 Jahre lang soviel Waren - vornehmlich Tabak - einzuführen, wie es dort im Durchschnitt der Jahre 1935 bis 1939 gekauft hatte.

Viele dieser frommen Wünsche wurden hinfällig, als im März 1948 mit dem "Prager Fenstersturz" des dem Westen wohlgesonnenen Außenministers Jan Masaryk die alliierte Kriegskoalition endgültig in Stücke ging. Die Großmächte richteten sich in den von ihnen besetzten Teilen Deutschlands ein.

Von 1948 ab waren die Amerikaner nicht mehr bereit, den Sowjets irgendwelche Kontrollfunktionen in Westdeutschland zu überlassen. Sie meinten, auf diesem Territorium einen militärischen Wall gegen den bolschewistischen Druck aus dem Osten aufzurichten zu müssen und lehnten jede echte Diskussion mit den Sowjets über einen Friedensvertrag für ganz Deutschland zehn Jahre lang bis heute ab.

Auch in dem 1952er Notenwechsel zwischen den Sowjets und den Westmächten über Deutschland, den zu zitieren heute zum guten Ton Bonner parlamentarischer Debatten gehört, drückten sich die Westmächte auf fast groteske Weise um eine Meinungsäußerung herum. Um die Aufrüstung Westdeutschlands zu verhindern, hatten die Sowjets vorgeschlagen, man solle gleichzeitig über drei Fragen verhandeln:

- einen Friedensvertrag, also den äußeren Status,
- die Wiedervereinigung Deutschlands,
- die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung durch freie Wahlen.

Die Sowjets präsentierten einen Friedensvertragsentwurf, der deutsche Bündnisfreiheit vorsah, sich auch sonst ganz akzeptabel las und meinten: "Die Sowjet-Regierung schlägt vor, diesen Entwurf zu erörtern, und erklärt sich gleichzeitig bereit, auch andere eventuelle Vorschläge zu dieser Frage zu prüfen."

Indes, die Westmächte schrieben in ihrer Antwortnote vom 25. März 1952: "Nach ihrer (der Westmächte) Ansicht wird es nicht möglich sein, sich auf ins einzelne gehende Diskussionen über einen Friedensvertrag einzulassen, bis die Voraussetzungen für freie Wahlen geschaffen sind und eine freie gesamtdeutsche Regierung gebildet worden ist."

Die westliche Spekulation war klar: Freie Wahlen würden das Regime der Sowjetzone wegfeigen, was die Sowjets als Vorleistung, ehe überhaupt eine Friedensvertragsdiskussion beginnen sollte, schwerlich akzeptieren konnten. Also mußte es beim Status quo bleiben.

Die Sowjets versuchten, sich trotzdem ein Bild von den westlichen Friedensvertragsvorstellungen zu machen und antworteten am 9. April 1952: "Die Regierung der USA hat sich nicht einverstanden erklärt, die Erörterung dieses (Friedensvertrags-)Entwurfs aufzunehmen ... Die Sowjet-Regierung schlägt ... erneut vor, die Erörterung eines Friedensvertrages ... aufzunehmen."

Die Westmächte antworteten unter dem 13. Mai 1952 unbeirrt: "Es ist ... nicht möglich, im gegenwärtigen Zeitpunkt Besprechungen über die Bestimmungen eines deutschen Friedens-

vertrages abzuhalten."

Die Sowjets bohrten am 24. Mai weiter: "Ungeachtet bestehender Meinungsverschiedenheiten", wollten sie "zur gemeinsamen Beratung schreiten".

Die Westmächte - hier England - antworteten am 10. Juli gleichlautend: "In ihrer Note schlägt die sowjetische Regierung wiederum gleichzeitige Besprechungen über einen Friedensvertrag, die Wiedervereinigung Deutschlands und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung vor. Ihrer Majestät Regierung ihrerseits vertritt weiterhin ihren Standpunkt in dieser Frage, nämlich den, daß eine gesamtdeutsche Regierung an den Verhandlungen über einen Friedensvertrag teilnehmen muß, und daß daher Deutschland vereinigt und eine gesamtdeutsche Regierung gebildet sein muß, bevor solche Verhandlungen aufgenommen werden können." Im übrigen müsse erst einmal durch eine internationale Kommission geprüft werden, ob in der Sowjetzone überhaupt freie Wahlen möglich sind.

Noch einmal, am 23. August 1952, stießen die Sowjets nach: "Die Sowjet-Regierung ist ... bereit, auf einer Vier-Mächte-Konferenz die von den Regierungen der drei Mächte vorgeschlagene Frage der Kommission zur Untersuchung der Bedingungen für die Durchführung freier Wahlen in ganz Deutschland zu erörtern.

"Die Sowjet-Regierung ist dabei jedoch der Ansicht, daß sich die Konferenz nicht auf die Erörterung nur dieser Frage beschränken kann und darf. Die Sowjet-Regierung hält es für erforderlich, daß diese Konferenz in erster Linie so wichtige Fragen behandelt wie die des Friedensvertrages mit Deutschland und der Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung."

Die Antwort vom 23. September 1952: "Die amerikanische Regierung sucht auch weiterhin einen Weg zur Beendigung der Teilung Deutschlands. Dieses Ziel wird durch vorzeitige Erörterungen über einen Friedensvertrag mit einem noch geteilten Deutschland ohne eine einheitliche Regierung nicht erreicht werden."

Erfolgreich hatten die Westmächte das Geheimnis gehütet, was ihrer Ansicht nach in einen deutschen Friedensvertrag gehöre, und inzwischen den General- und den EVG-Vertrag mit Westdeutschland geschlossen.

Wie der Westen sich allenfalls eine Wiedervereinigung Deutschlands vorstellen könne, hat Präsident Eisenhower nach dem Sowjetzonen-Aufstand vom 17. Juni 1953 an Konrad Adenauer geschrieben:

"Es war seit langem meine Überzeugung, daß die Stärkung der Bundesrepublik durch Annahme der EVG, des Deutschlandvertrages und durch weitere Fortschritte bei der Integration Europas die Aussichten auf eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands nur fördern kann dadurch, daß sie die Anziehungskraft dieses blühenden Westdeutschland gegenüber der Sowjetzone erhöht, eine Anziehungskraft, die bereits durch den stetigen Zustrom von Flüchtlingen in den letzten Monaten sowie durch die am 17. Juni begonnenen Demonstrationen bewiesen wurde.

Dieser wachsende Kontrast zwischen West- und Ostdeutschland, letzteres mit seinem bankrotten Regime und seiner verarmten Wirtschaft, wird auf die Dauer Bedingungen schaffen, die die Liquidierung der gegenwärtigen kommunistischen Diktatur und der sowjetischen Besetzung ermöglichen müßten."

Die Westmächte konnten der Unterstützung dieser Konzeption durch die Bonner Regierungsparteien absolut sicher sein - bis der zweite Mann im Staate und stellvertretende CDU-Vorsitzende, Bundestagspräsident Gerstenmaier, empfahl, die Viermächtediskussion über einen deutschen Friedensvertrag, die 1948 bei der Spaltung der Welt fruchtlos abgebrochen worden war, wiederaufzunehmen und unter den neuen Verhältnissen fortzuführen.

Weil - folgte man Gerstenmaiers Vorschlag - mit den Sowjets und im Deutschen Bundestag unweigerlich über die amerikanischen Militärbasen in Westdeutschland gesprochen werden müßte, was den Amerikanern ein unerfreulicher Gedanke ist, mühten sich linientreue Christ-

demokraten, Gerstenmaiers Friedensvertragsidee mit dem Hinweis zu erledigen, daß dann ja auch die Frage der deutschen Ostgrenze behandelt werden müßte.

In der Sitzung des Bundestagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten am Mittwoch letzter Woche meinte Kurt-Georg Kiesinger, die Lage für eine Diskussion der Grenzfrage sei noch nie so schlecht gewesen wie heute: "Wir müssen es der Phantasie der Geschichte überlassen, daß sie eine bessere Lösung findet als wir."

Brummte der SPD-Abgeordnete Herbert Wehner: "Was muten Sie der Geschichte eigentlich alles zu?"

Außenminister Heinrich von Brentano antwortete: "Wir wünschen, daß ein wiedervereinigtes Deutschland mit einem freien Polen ohne Gewalt diese Frage regelt." Wie jedoch eine solche Situation herbeizuführen sei, darüber schwieg sich Heinrich von Brentano aus.

Der Kanzler entschied, es sei mit Rücksicht auf die Amerikaner nicht opportun, den deutschen Friedensvertrag international zu erörtern. Bundestagspräsident Gerstenmaier dagegen ist trotz allem nicht bereit, seine Idee, die deutsche Frage unter dem Stichwort "Friedensvertrag" wieder ins internationale Spiel zu bringen, auf immer zu verbannen.

Er erklärte: "Ich stehe zu jedem Wort, das ich in meinem SPIEGEL-Gespräch gesagt habe. Ich würde mich gern von besseren Plänen überzeugen lassen, aber ich habe noch keine gehört." << Die Ludwigsburger Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen und Verfolgung von NS-Tätern begann am 1. Dezember 1958 ihre Tätigkeit.

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über die "Ludwigsburger Zentralstelle" (x051/362-363): >>Ludwigsburger Zentralstelle (ZSt/amtlich: Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von nationalsozialistischen Verbrechen), durch Verwaltungsvereinbarung der Justizminister und -senatoren der Länder am 6.11.58 gegründete Behörde, die ihre Tätigkeit am 1.12.58 aufnahm.

Aufgabe der Ludwigsburger Zentralstelle ist es, das gesamte erreichbare Material über nationalsozialistische Verbrechen zu sammeln, zu sichten und auszuwerten. Hauptziel ist es dabei, nach Ort, Zeit und Täterkreis begrenzt Tatkomplexe herauszuarbeiten und festzustellen, welche an den Tatkomplexen beteiligte Personen noch (Verjährung) verfolgt werden können. Sind für einen Tatkomplex der Kreis der verfolgbaren Täter und die zuständige Staatsanwaltschaft festgestellt, so schließt die Zentralstelle ihre Vorermittlungen ab und leitet den Vorgang dieser Staatsanwaltschaft zu.

Bis zum 1.1.85 hat die Ludwigsburger Zentralstelle 4.899 Verfahren gegen eine Vielzahl von Beschuldigten an die Strafverfolgungsbehörden zur weiteren Ermittlung abgegeben. Aus den abgegebenen Komplexen entwickelten sich bei den Staatsanwaltschaften rund 13.000 Ermittlungsverfahren.<<

Fulgencio Batista (1901-1973, seit 1933 Diktator in Kuba) floh am 1. Januar 1959 ins Ausland.

US-Präsident Eisenhower erklärte Alaska am 3. Januar 1959 zum 49. US-Bundesstaat (x175/531).

Die Sowjetunion übergab der Bundesrepublik Deutschland, der DDR, den 3 Westmächten und anderen Staaten, die mit ihren Streitkräften am Krieg gegen das NS-Regime teilgenommen hatten, am 10. Januar 1959 den Entwurf eines Friedensvertrages.

Der kubanische Rechtsanwalt Fidel Castro übernahm nach der siegreichen Revolution am 13. Februar 1959 das Amt des Ministerpräsidenten.

Fidel Castro verbündete sich danach schon bald mit der Sowjetunion.

Der kubanische Ministerpräsident Fidel Castro erklärte im April 1959 in New York (x299/-178): >>... Ich stimme nicht mit dem Kommunismus überein. Wir sind eine Demokratie. Wir werden spätestens in zwei Monaten freie Wahlen abhalten.<<

Der BdV-Mitarbeiterkongreß legte am 2. Mai 1959 Grundsätze für einen gerechten Friedensvertrag fest (x155/69-70): >>Wahrer Friede wurzelt in Gerechtigkeit. ...

Ein gerechter Friede muß auf Grundsätzen beruhen, die in der von 30 Staaten unterzeichneten Atlantik-Charta, in der Satzung der UNO und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte niedergelegt sind. ...

1. Ein gerechter und dauerhafter Friede muß aus Verhandlungen hervorgehen. Partner eines Friedensvertrages kann nur das ungeteilte Deutschland sein. ...

3. Das Selbstbestimmungsrecht, festgelegt in der Satzung der Vereinten Nationen, und der Anspruch auf die Heimat müssen gewährleistet sein. ...

4. Gewaltsame Vertreibungen sind, gleichgültig von wem und wem gegenüber begangen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Millionen von Menschen ist durch die Vertreibung die Heimat geraubt worden. Die durch die Massenvertreibungen geschaffenen Zustände dürfen durch einen Friedensvertrag nicht sanktioniert werden. Sie bedürfen einer einvernehmlichen Regelung. ...

6. ... Die an Friedensverhandlungen beteiligten Mächte stehen vor der Entscheidung: Verhandlungsfriede oder Diktatfriede - Rechtsfriede oder Gewaltfriede. ...<<

Die Bundesregierung verkündete am 6. Juli 1959 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1959 (x182/220): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 37,9 Milliarden DM entfallen 28,0 % auf Sozialleistungen und 25,3 % auf Verteidigungskosten.<<

US-Präsident Eisenhower erklärte Hawaii am 21. August 1959 zum 50. US-Bundesstaat (x175/531).

Premierminister Michel Debré (1912-1996) erklärte am 12. Oktober 1959 vor der französischen Nationalversammlung, daß die französische Regierung unter Aufrechterhaltung des Status quo auch die Respektierung der Grenzen einschließlich der Oder-Neiße-Linie verstehe (x155/75).

Das BdV-Präsidium kritisierte am 19. Oktober 1959 die französische Stellungnahme zur Oder-Neiße-Linie (x155/75): >>Die Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten Debré zugunsten der von der kommunistischen Regierung Polens angestrebten Oder-Neiße-Grenze stellt einen Affront gegen legitime deutsche Interessen dar.

Es ist eine Zumutung, von der Bundesrepublik Deutschland zu verlangen, daß sie auf eine friedensvertragliche Regelung der deutschen Ostgrenze verzichtet. Dies Verlangen würde die Preisgabe einer völkerrechtlichen Position bedeuten, welche die Signatarmächte des Potsdamer Abkommens einem wiedervereinigten Deutschland eingeräumt haben und das ... anläßlich der letzten Genfer Konferenz ausdrücklich bestätigt wurde.

Gerade wenn man die deutsch-französische Verständigung vertritt, muß man derartige Ausführungen von französischer Seite bedauern. Diese Erklärung widerspricht den wesentlichen Grundsätzen von Freiheit und Selbstbestimmung. Die deutschen Vertriebenen lehnen sie ab.<<

Das BdV-Präsidium kritisierte am 29. November 1959 die deutsche Ostpolitik und eine einseitige deutsche Wiedergutmachungspflicht (x155/76): >>Das Präsidium des Bundes der Vertriebenen sieht sich mit tiefer Besorgnis zu der Feststellung veranlaßt, daß durch einseitige deutsche Schuldbekennnisse und Vorleistungsangebote die außenpolitische Position der Bundesrepublik gegenüber einzelnen Ostblockstaaten in unverantwortlicher Weise untergraben wird.

Jene Kreise in der Bundesrepublik, welche den Heimatraub an 15 Millionen Deutschen aus der Bereinigung der Vergangenheit ausklammern wollen, sollten sich dessen bewußt sein, daß sie damit einen tiefen Graben innerhalb der Bevölkerung Westdeutschlands und Mitteldeutschlands aufwerfen.

Wer auf dem Standpunkt einer einseitigen deutschen Wiedergutmachungspflicht gegenüber einzelnen Ostblockländern steht, der möge jene persönliche Opferbereitschaft zeigen, die ihm sein Gewissen vorschreibt.

Man soll aber den Ostdeutschen und den Deutschen der übrigen Vertreibungsgebiete nicht zumuten, daß sie den gemeinsam verlorenen Krieg auch noch durch Preisgabe ihres Heimatrechts und ihrer Wiedergutmachungsansprüche bezahlen.<<

Die sowjetischen Atomraketen in der DDR wurden im Jahre 1959 überraschend in die Nähe von Kaliningrad (Königsberg) verlegt.

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über die damaligen Atomwaffenstandorte in Mitteleuropa (x283/244-245): >>Die gegen Ziele in Westeuropa, namentlich in der Bundesrepublik gerichteten atomaren Mittelstreckenraketen der Sowjets lagern seit 1959 in Kaliningrad, dem alten Königsberg.

Die Gegenstellung befindet sich in der Eifel. In den Katakomben des Fliegerhorts Büchel schlummerten – und tun dies noch heute – für den Einsatz im Ernstfall 20 Atombomben vom Typ B 61 mit der jeweils 26fachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe. Sie unterstehen der US-Air Force und werden auf Befehl des amerikanischen Präsidenten durch deutsche Maschinen vom Jagdbombengeschwader 33 auf russische Ziele im Hinterland angesetzt.

Die Rechtsgrundlage bietet die "nukleare Teilhabe" der Bundeswehr an der militärischen Abwehr der NATO. ...<<

Nach langen Verhandlungen konnte man sich am 24. Januar 1960 über eine gesamtdeutsche Mannschaft für die Olympischen Winterspiele in Squaw Valley/USA einigen.

Die Bundesregierung verkündete am 2. Juni 1960 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1960 (x182/220): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 38,9 Milliarden DM entfallen 31,7 % auf Sozialleistungen und 26,6 % auf Verteidigungskosten.<<

Am 29. September 1960 schlossen die Kultusminister der Länder in Saarbrücken eine "Rahmenvereinbarung" für die Oberstufen der Gymnasien, den Geschichtsunterricht in das Fach "Gemeinschaftskunde" zu integrieren.

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die Vergangenheitsbewältigung der Deutschen (x306/267-278): >>**Vergangenheitsbewältigung**

Je weiter sich der Zweite Weltkrieg entfernt, desto gegenwärtiger wird er. Nicht etwa im Gedenken von Kriegervereinen, sondern in den aus ihm gezogenen "Lehren", deren Beachtung jedermann dringlich empfohlen wird. Dafür hätte kaum ein schwammigerer Begriff als "Vergangenheitsbewältigung" gefunden werden können. Mittlerweile hat die Vergangenheitsbewältigung bereits ihre Geschichte, die selber nach Bewältigung ruft.

Die amtliche Darstellung der Bundesregierung präzisiert: "Am 24. Dezember 1959 gegen 23 Uhr wurde auf dem in Köln am Hansaring errichteten Gedenkstein für die Opfer des Nationalsozialismus mit der Inschrift: 'Hier ruhen sieben Opfer der Gestapo.

Dieses Mal erinnert an Deutschlands schandvollste Zeit 1933-1945' der zweite Satz mit schwarzer Lackfarbe überschmiert. In derselben Nacht, am 25. Dezember 1959, gegen 2.30 Uhr wurde die Synagoge in Köln, Roonstraße, durch folgende Aufschriften besudelt: die Außenmauer des Grundstücks durch die Parolen 'Juden raus' und 'Deutsche fordern: Juden raus'; die Wand und ein Eingang zur Synagoge durch Hakenkreuze und durch Überschmieren der Inschrift 'Synagogengemeinde Köln'; die Innenseite des Toreingangs zur Synagoge durch ein Hakenkreuz sowie durch Überstreichen der Hausglockentafel und des Türgriffs. Zu diesen Schmierereien wurde weiße und rote Lackfarbe benutzt."

Die beiden mitternächtlichen Täter - sie waren wegen fortgesetzten Betrugs und Autodieb-

stahls bereits vorbestraft - wurden Anfang Februar 1960 wegen "Beschädigung öffentlicher Sachen" zu 14 bzw. 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Man hat von ihnen seither nichts mehr gehört.

Die Tat jedoch löste eine weltweite Kampagne aus, die eine Identifizierung der Bundesrepublik mit dem 1945 untergegangenen "Dritten Reich" zum Inhalt und teilweise auch zum Ziel hatte. Der Verfasser, der sich zu diesem Zeitpunkt in Indien aufhielt, war nach der Lektüre der dortigen Presse im Zweifel, ob die Nationalsozialisten in der Bundesrepublik kurz vor der Machtergreifung stünden oder die Macht schon ergriffen hätten. Die Auslandsberichterstattung der indischen Presse basierte damals fast ausschließlich auf britischen Quellen.

Am 18. Februar 1960 mußte Bundesinnenminister Schröder im Bundestag erklären: "Wir stellen uns ernsthaft die Frage, ob wir den nach 1945, insbesondere seit der Bildung der Bundesrepublik 1949 eingeschlagenen neuen Weg ohne Beeinträchtigung fortsetzen können."

Die Bundesregierung sah sich plötzlich für Dinge haften, die sie weder veranlaßt hatte noch irgendwie beeinflussen konnte. Mit höchst unzulänglichen Mitteln versuchte sie sich der propagandistischen Sturmflut, die über die Bundesrepublik hereinbrach, entgegenzustemmen. Schröder sagte im Bundestag: "Wir werden heute nicht von neuem vor die persönlichen Entscheidungen der Jahre 1933 bis 1945 gestellt, sondern wir haben 15 Jahre eines konsequent anderen Weges hinter uns ..."

Unter uns kann es und darf es nicht den Maßstab wirklichen oder angeblichen Versagens gegenüber dem totalitären Nationalsozialismus geben, der alle unter sein kaudinisches Joch gezwungen hat, sondern nur einen einzigen Prüfstein: den entschlossenen Willen, den seit 15 Jahren verfolgten neuen Weg unbeirrt fortzusetzen."

Schröder hatte natürlich seine staatspolitische Rechnung ohne den publizistischen Wirt im deutschen Hause gemacht, und seine Mahnung verhallte wie der Kommentar eines Provinzblattes. Hingegen kam die Erklärung des Bundestagsvizepräsidenten Carlo Schmid dem vom Wirt Erwünschten schon ziemlich nahe.

Zwar, meinte Schmid, habe die Pressekampagne dazu geführt, daß eine Reihe von Halbstarcken ähnliche Taten wie die in Köln begangen hätten, was mancherorts bedauert würde: "Vielleicht ist dies aber gut: es gibt Lagen, in denen man die schlafenden Höllenhunde wecken muß, um an ihrem Gebell innezuwerden, wie nahe die Hölle noch ist."

Wenn ein Mao eine "Hundert Blumen-Kampagne" einleiten kann, die die Parteifeinde hervorlockt, um sie dann desto besser zerschmettern zu können, so wollte Carlo Schmid nur "innewerden". Ihm ging es um die Demonstration, daß es "unter der Schwelle des Bewußtseins noch unaufgeräumte Unratecken gibt".

Allerdings definiert die Aufgabe der Aufräumung von Unratecken unter der Schwelle des Bewußtseins das Wesen des Staates neu, dessen nunmehriger tiefenpädagogischer Beruf sich mit dem alten der Gewährleistung der Rechtsgemeinschaft und deren Schutz gegen Angriffe, auch von außen, nicht vereinbaren läßt.

Der Konflikt zwischen den Staatsaufgaben wurde von Carlo Schmid auch gesehen und einseitig entschieden, wenn er denjenigen ein "Versagen" vorwarf, die die Vorgänge "nicht unter dem Aspekt der Moral, sondern unter dem Gesichtswinkel des möglichen Schadens betrachten, den die Bundesrepublik erlitten haben mag". Neben den beiden diametral einander gegenüberstehenden Äußerungen, die auf eine vollkommen verschiedene Auffassung über die Aufgaben des Staatswesens zurückgehen, druckte die amtliche Publikation noch ein beinahe rührendes Zeugnis des Verkennens der Situation ab. Bundespräsident Lübke sagte:

"Wenn die Weltpresse die deutschen Gegenaktionen, die sich auf eine geschlossene Volksmeinung stützen, ebenso breit in der Öffentlichkeit behandelt hätte wie die einzelnen Schändungen, so wäre das Gesamtbild für Deutschland günstiger."

Man konnte aus "moralischen" Gründen bewußt politische Risiken eingehen, man konnte ver-

suchen, diese Risiken zu begrenzen, aber man konnte nun wirklich nicht an den Gerechtigkeitsinn der "Weltpresse" appellieren. Der Topos "Nazi Germany" erfüllte eine ganz bestimmte, nüchtern kalkulierte Funktion bei dem Versuch, mit den Russen ins politische Geschäft zu kommen. Hitler war der Katalysator der russisch amerikanischen Allianz im Zweiten Weltkrieg gewesen. Warum sollte er nicht den gleichen Dienst ein zweites Mal leisten?

Interessant an der Erklärung Carlo Schmid's ist, daß er sich über die Struktur der Massenmedien nicht im klaren war. Er spricht an einer Stelle von "Wochenschau" (also Kino) und "Zeitung", an anderer Stelle von der "Presse", die "viel Aufhebens von diesem Schmutze" gemacht habe, und verkennt völlig, daß zum Zeitpunkt des Kölner Ereignisses die Schwelle zum Fernsehzeitalter überschritten war.

Die Erhebung des Zeigefingers begann auch mit einer Fernsehansprache des nordrheinwestfälischen Innenministers Dufhues am ersten Weihnachtsfeiertag. Die Sendezeit konnte kaum günstiger liegen, da die Zahl der Fernsehsender sich gerade so vermehrt hatte, daß man von einer allgemeinen Verbreitung sprechen konnte, und der Weihnachtsfeiertag der Tag des großen Ausprobierens war.

Es ist kein Zufall, daß der Durchbruch der Kampagne durch Ausnutzung eines optischen (Hakenkreuz) und nicht eines akustischen Anlasses gelang. Die Kölner Hakenkreuzschmiererei und die durch sie ausgelöste weltweite Kampagne ist das erste große telekausale politische Ereignis, dem im folgenden Jahr das noch bedeutendere der Wahl des Präsidenten John F. Kennedy folgen sollte.

Die Weihnachten 1959 anlaufende Agitation gab einer Kampagne den offiziellen Stempel, die in privaten Bereichen schon einige Jahre zuvor Fuß gefaßt hatte. Sie trug den recht kuriosen Namen "Bewältigung der Vergangenheit". Der Name stammt aus dem Mekka der Gesprächspilger, den Evangelischen Akademien.

1955 war er erstmals von Erich Müller-Gangloff auf eine Einladung zu einer Tagung der Evangelischen Akademie Berlin gesetzt worden, im Oktober 1955 Thema einer Tagung der Grenzakademie Sankelmark, dann am 20. Juli 1956 als "Hitler oder die unbewältigte Vergangenheit" Thema einer Tagung in Berlin. Er tauchte auf dem siebenten Evangelischen Kirchentag des gleichen Jahres in Diskussionsbeiträgen auf und verbreitete sich wie ein Buschfeuer. Theodor W. Adorno gab im Herbst 1959 folgende Exegese:

"Die narzißtischen Triebregungen der einzelnen, denen die verhärtete Welt immer weniger Befriedigung verspricht und die doch ungemindert fortbestehen, solange die Zivilisation ihnen sonst soviel versagt, finden Ersatzbefriedigung in der Identifikation mit dem Ganzen. Dieser kollektive Narzißismus ist durch den Zusammenbruch des Hitlerregimes aufs schwerste geschädigt worden.

Seine Schädigung ereignete sich im Bereich der bloßen Tatsächlichkeit, ohne daß die einzelnen sie sich bewußt gemacht hätten und dadurch mit ihr fertig geworden wären. Das ist der sozialpsychologisch zutreffende Sinn der Rede von der unbewältigten Vergangenheit."

Die Vergangenheitsbewältigung ist die Anwendung sozialpsychologischer Erkenntnisse in einer Massentherapie, die eine krankhafte Einstellung der Deutschen (Sozialpathologie) durch Bewußtmachung ihrer "Vergangenheit" zum Verschwinden bringen will. Die Deutschen hätten den Nationalsozialismus im allgemeinen, "Hitler - das gesamtdeutsche Trauma" (Gert Kalow) im speziellen verdrängt und leisteten Widerstand, wenn man sie mit dieser Vergangenheit, also mit sich selber, konfrontierte.

Hitler werde eingekapselt, mit bösen Etiketten versehen, abgelehnt. Dadurch sei die Vergangenheit aber keineswegs bewältigt, sondern eben unbewältigt, da die gebotene "Trauerarbeit" (Alexander Mitscherlich) verhindert werde.

Wenn die Assimilation Hitlers und seine fortschreitende seelische Überwindung in das Zentrum einer Sozialreligion gerückt wird, ordnen sich alle Gegenstände um den Glaubenshaupt-

gegenstand herum an. Alles und jedes ist entweder Trauerarbeit oder Flucht vor ihr. Schließlich tritt an die Stelle des Kalten Krieges der neue Ost-West-Konflikt der verschiedenen Aufarbeitungssysteme:

"Während es für den Christen selbstverständlich ist, daß die Abkehr von diesem Gestern nur im Gegenüber zur bewußten Erinnerung erfolgen kann, ist für den Marxisten mit dem Eintritt in die Welt des Sozialismus jede Verbindlichkeit von gestern her erloschen" (Erich Müller-Gangloff).

Dieser Gedanke kann dahingehend entwickelt werden, daß ein innerdeutscher Ost-West-Ausgleich, der nicht notwendig eine staatliche Wiedervereinigung bedeutet, dadurch erreicht werden kann, daß sich östlicher Marxismus und westliche Bewältigung vermählen. Mancher "Dialog" steuert deutlich in diese Richtung. ...

Für die Trauerarbeit ist Voraussetzung, daß Hitler nicht sterben darf. Für die weltpolitische Situation war er schon 1944 tot, es ging nur noch um sein Erbe. Damit öffnet sich eine Schere zwischen den vermeintlichen psychologischen und therapeutischen Erfordernissen und der sich aus der politischen Weltkonstellation ergebenden Gegenwartssituation. ...

Der Bewältigung der Vergangenheit liegt ein geschlossenes System eines geistigen Kreislaufs zugrunde. Ein moralisches Postulat wird in der Gegenwart aufgestellt. Aufgrund dieses Postulats werden das "Dritte Reich" und die deutsche Geschichte gedeutet.

Aus der so gedeuteten Geschichte werden Lehren für die Gegenwart gezogen, die zu verschärften moralischen Postulaten und damit zu erneut rigoroseren Deutungen der Vergangenheit führen, und so weiter, immer im Kreis herum, bis eines Tages das auf sich selbst bezogene Gebilde am Fels der Realität zerschellt. Die moralische Eskalation kann auf Inhalte weitgehend verzichten.

Die Verwendung der Geschichte des "Dritten Reiches" in der Trauerarbeit hat eine Begegnung mit Geschichte nicht in ihrem Gefolge, im Gegenteil. Hans Buchheim, der über ein Jahrzehnt im "Institut für Zeitgeschichte" tätig war, kommt zum Schluß:

"Alles in allem muß man also leider feststellen, daß mit zunehmendem zeitlichem Abstand vom Dritten Reich die Vorstellungen über jene Zeit nicht etwa zutreffender werden, sondern vielmehr immer abwegiger." Es grassiere eine spekulative Betrachtungsweise, die "Geschichte nur als Stoff benutzt, an dem sie ein Prinzip demonstrieren kann".

Die Betrachtung des Dritten Reiches durch die Älteren sei völlig unreflektiert, nur durch persönliche Eindrücke bestimmt, die der jüngeren nur reflektiert. "Die Jüngeren halten eine differenzierende Betrachtungsweise von vorne herein für apologetisch und unmoralisch, weil für ihre Begriffe die Moralität des Urteils in dem Maße zunimmt, in dem alle Aspekte eines Problems auf einen Aspekt konzentriert werden".

Der Aspekt, auf den alle Aspekte des Dritten Reiches konzentriert werden, ist nach Buchheim der Aspekt des Verbrechens, zusammengefaßt im Symbolbegriff Auschwitz. Vom Aspekt des Verbrechens wird ein Dispens des politischen Denkens abgeleitet, der jede nüchterne Erwägung in der Gegenwart und jede Einbeziehung des Selbstinteresses schon als Ansatz zum Verbrechen wertet. ...

Der Verfasser besitzt eine von Werner Hilgemann herausgegebene Schulwandkarte, die auf vier Quadratmetern mit Judensternen, SS Fähnchen, Wachtürmen und Galgen bedeckt ist, ihr Titel: "Deutschland unter der Hitlerdiktatur 1933-1945." (Verlag J. Perthes, 1963). Als 1960 das propagandistische Gewitter über der Bundesrepublik losbrach, war ein Blitzableiter vonnöten. Die Schulen waren aufgrund der bestehenden staatlichen Schulhoheit der Ort, wo ohne Störung der Rechtsordnung, die bei einer zweiten Entnazifizierung unvermeidbar gewesen wäre, bewältigt werden konnte.

Schon am Januar 1960 setzten nach dem Bericht der Bundesregierung die "systematischen Belehrungen in den Schulen" ein. Eine Flut von Anweisungen folgte. Am 29. September 1960

kam die "Rahmenvereinbarung" der Kultusministerkonferenz in Saarbrücken zustande, die in den Oberstufen der Schulen das Fach "Gemeinschaftskunde" einführt und den Geschichtsunterricht in ihm aufgehen ließ. An die Stelle des chronologischen Geschichtsunterrichts trat der "exemplarische", der den Stoff benutzte, um an ihm ein Prinzip zu demonstrieren.

Die demonstrationsstudentische Bewegung von 1967/68 ist nicht von ungefähr antihistorisch. In der Antifestschrift zum 150 jährigen Jubiläum der Universität Bonn, "150 Jahre Klassenuniversität", schreibt Bernd Pauly:

"Uns scheint, es würde niemandem auffallen, wenn die Geschichtswissenschaft über Nacht abgeschafft würde. Dort, wo sie gesellschaftliche Effizienz haben soll, an den höheren Schulen, wird sie als autonomes Unterrichtsfach mehr und mehr zurückgedrängt, denn es leuchtet selbst Kultusministern ein, daß die lichtsuchende Jugend kanonisierter Plattheiten über Bismarck und andere füglich entraten kann".

In der Einführung des Faches "Gemeinschaftskunde" sahen seine Promotoren eine "große neue Aufgabe", nämlich "die Erziehung des (auch) politischen Menschen, der die Erinnerung bewahrt und aus ihr handelt" (Felix Messerschmid). Sie glaubten allen Ernstes, mit ihrem Unternehmen einen Beitrag zur geistigen Verteidigung des Westens zu leisten, zu der Karl Dietrich Erdmann auf dem Historikerkongreß von Duisburg 1962 in flammenden Worten aufrief. Eine völlig unübersehbare Literatur über Didaktik und Systematik des politischen Unterrichts ergoß sich über die Pädagogen.

Es war vorauszuberechnen, daß etwa im Jahre 1968 zum ersten Mal seit 1945 eine politisch gereifte und demokratisch gebildete Abiturientengeneration in die Universitäten einrücken würde. Tatsächlich wurde diese Generation auch als "erste hoffnungsvolle Generation unseres Volkes" (Müller-Gangloff) begrüßt.

Wenn Messerschmid das Erziehungsziel des Bewahrens der Erinnerung und des Handelns aus ihr aufstellte, übersah er, daß die Jugend ja nicht die Messerschmidischen Erinnerungen bewahren konnte, sondern nur die ihres eigenen Erlebniskreises, und der wurde durch eiertanzende Studienräte gebildet, die als politische Doktrin eine reichlich stümperhafte Rationalisierung von Erlebnissen anderer zu verkünden hatten. ...

Welche Rolle konnte die "unbewältigte Vergangenheit" als Bildungserlebnis bei einer Generation spielen, die nach dem Krieg geboren und nun z.B. von Pfarrer Franz von Hammerstein vor die Frage gestellt wurde: "Was würden wir tun, wenn man uns zum Selektieren auf die Rampe in Auschwitz Birkenau stellte, oder wenn wir als Soldaten die grauenhaften Geiseler-schießungen beobachteten?"

Die Antwort mußte, da Auschwitz in unerreichbare Ferne gerückt war, in dem Wurf von Frischeiern auf lebende Staatsmänner, Love Ins in Rektoratsräumen und der Auffassung bestehen, daß die ganze Gesellschaft in Verbrechen verstrickt sei. Die bewältigende Generation glaubte, es sich schuldig zu sein, die Jugend in einen Prozeß der Sühne einzubeziehen:

"Man kann stellvertretend für die Väter sühnen, ähnlich wie die Väter oft für ihre Kinder sühnen müssen. Sühne ist nicht identisch mit Strafe verbüßen, sondern bedeutet, die Strafe als gerecht akzeptieren. Worin besteht eigentlich die Strafe? Einzelne werden bestraft, wenn die Gesetze, die Justiz, dazu zwingen.

Das deutsche Volk wurde unter anderem bestraft durch die Wegnahme von Ostpreußen, Schlesien und Pommern, durch die Vertreibung der dortigen Bevölkerung sowie durch die Teilung. Diese Strafen haben nach 1945 mehr oder wenige Schuldige - von Unschuldigen sollte man für die damalige Generation nicht reden - getroffen, und gerade etwa die Teilung trifft auch Unschuldige heute. Welche Strafen uns ein künftiger Friedensvertrag etwa noch auferlegt, wissen wir nicht."

Die religiöse Aufladung der profanen Geschichte, die Ersetzung des persönlichen Gottes durch den Geschichtslenker, der sich im Zeitgeschehen offenbart und sein Gericht durch die

Weltmächte vollzieht, ist in der geschichtlichen Dimension des Christentums, aus der nach Löwith die säkulare Geschichtsphilosophie hervorging, angelegt, so daß der Sühneprotestantismus - auch im Katholizismus kommen Parallelen auf - manchen innerkirchlichen Ansatzpunkt hatte. Politische Differenzen bekamen dadurch kirchensprengende Wirkung.

Die Vergangenheitsbewältigung hat auch Wissenschaftsgeschichte geschrieben und die Fragestellungen, Terminologien und Antworten einer ganzen Reihe von Fächern - von der Psychiatrie bis zur Staatsrechtslehre - beeinflußt. Als Beispiel einer Anwendungsmöglichkeit der Vergangenheitsbewältigung sei das Gebiet der Außenpolitik herausgegriffen.

Die auf die Außenpolitik angewandte Vergangenheitsbewältigung hatte, wie die dritte außerparlamentarische Bewegung "Kampf dem Atomtod", ihren Ausgangspunkt im Göttinger Memorandum der 18 Physiker. In vertraulichen Erörterungen am Dienstsitz von Bischof Hermann Kunst, Militärbischof, Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche bei der Bundesregierung und Exponent des Kirchenliberalismus, wurden weitere Aktionen nach Art des Göttinger Memorandums konzipiert.

Ein "Tübinger Memorandum" wurde im Herbst 1961 an die Abgeordneten des neuen Bundestages verschickt und mit ihnen erörtert. Unter den Unterzeichnern (Becker, Bismarck, Heisenberg, Howe, Picht, Raiser, Weizsäcker) befanden sich noch zwei Physiker. Die Federführung war jedoch eindeutig an den Tübinger Juristen Prof. Ludwig Raiser übergegangen.

Während das Göttinger Memorandum sich nicht in der Lage sah, einen politischen Rat zu erteilen, und nur die Nichtbeteiligung der Physiker an der atomaren Forschung zu militärischen Zwecken kundtat, weiß die neue Denkschrift Bewegung genau, was zu tun ist, und versucht, die politischen Instanzen unter Druck zu setzen, indem sie vorgibt, sie durch Aufhebung des Drucks zum Handeln zu befreien. Der Kernsatz des Memorandums lautet:

"Die deutsche Position in der gegenwärtigen Krise wurde dadurch geschwächt, daß wir an Ansprüchen festgehalten haben, die auch bei unserem Verbündeten keine Zustimmung finden. Wir sagen nichts Neues, wenn wir die Ansicht aussprechen, daß zwar Freiheit der in Berlin lebenden Menschen ein von der ganzen Welt anerkanntes Recht ist, daß aber das nationale Anliegen der Wiedervereinigung in Freiheit heute nicht durchgesetzt werden kann, und daß wir den Souveränitätsanspruch auf die Gebiete jenseits der Oder Neiße werden verloren geben müssen."

Das Tübinger Memorandum brachte Anschauungen zu Papier, die an keinem Punkte über das hinausgingen, was in den Kreisen der Kennedy Administration umlief und was von jenen, welche die deutsche Politik den amerikanischen Vorstellungen der Kennedy-Berater anpassen wollten (z.B. "Die Zeit"), angestrebt wurde. ...

Die eigentliche Sensation des Memorandums war jedoch sein theologischer Hintergrund. Diese Sensation steigerte sich noch, als der Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands eine "Kammer für öffentliche Verantwortung" unter dem Vorsitz von Prof. Ludwig Raiser und der Geschäftsführung von Oberkirchenrat Erwin Wilkens beauftragte, eine Ost-Denkschrift auszuarbeiten, die den Titel trug "Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn".

Die Denkschrift wurde im Oktober 1965, wieder nach der Wahl eines neuen Bundestages, veröffentlicht und führte sofort zu einer lebhaften Debatte, die nach einem halben Jahr schon 40 selbständige Schriften zutage gefördert hatte und heute noch anhält. Die Bielefelder These der Kirchlichen Bruderschaften, daß der Verzicht auf die Ostgebiete eine Erkenntnis sei, zu der "das Evangelium die politische Vernunft" befreit habe, wurde in der Ost-Denkschrift nicht mit diesen Worten formuliert, aber stand doch derart im Hintergrund, daß die an Verschlüsselungen gewohnten Zeitgenossen zu Recht stutzig wurden. ...

In harten Grabenkämpfen um jeden Punkt der Denkschrift schälte sich nach und nach heraus, daß die einzelnen Punkte nur die Schale um einen theologisch politischen Kern waren, der als

"Ja zum Gericht Gottes", zur Konsequenz der Annahme jeder Forderung und Zumutung der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs führte. ...

Die Sühnetheologen mußten in den ihnen Widersprechenden den "alt bösen Feind" wittern, der ein verstocktes Nein zum Gericht Gottes sagt. Sie waren daher auch maßgeblich an einer Kampagne beteiligt, die in einer umfangreichen Literatur einem "Nationalismus" den Garaus zu machen suchte, dem zunehmend alle satanischen Züge des Bösen angeschminkt wurden. Der Kampf gegen Nation, Nationalgefühl, Nationalismus ist seit den Illuminaten und bis hin zum Internationalismus der Sozialdemokratie eine Unterströmung der Linken gewesen.

Doch handelt es sich bei dem Bewältigungs-Anti-Nationalismus nicht um einfache Anknüpfung an diese Tradition, sondern um eine sehr spezifische Abwandlung. Das geht schon daraus hervor, daß die gleichen Kreise, die in Deutschland in der Bekämpfung des Begriffes der Nation den hauptsächlichen Inhalt der Politik sehen, in Österreich mit gleichem Elan diesen Begriff einführen wollen. Sie rufen diessseits von Inn und Salzach "Fort mit der Nation" und jenseits von Inn und Salzach "Her mit der Nation".<<

Präsident Ahmed Sékou Touré (1922-1984, Vorkämpfer für die Unabhängigkeit der schwarzafrikanischer Staaten, ab 1958 Präsident von Guinea) erklärte am 10. Oktober 1960 während einer Rede vor der UN-Vollversammlung (x073/316): >>... Isoliert genommen, bedeutet die politische Unabhängigkeit keineswegs völlig nationale Befreiung. Sie ist gewiß eine entscheidende und notwendige Etappe.

Dennoch sind wir gezwungen zu erkennen, daß die nationale Unabhängigkeit nicht nur politische Befreiung, sondern auch und vor allem eine totale wirtschaftliche Befreiung voraussetzt. Ohne diese beiden Forderungen ist kein sozialer Fortschritt möglich. Wenn Afrika sich aber wirtschaftlich befreien soll, darf es nicht länger als Rohstoff-Reservoir gelten.

Wir müssen den gegenwärtigen Zustand der Unterentwicklung fast des ganzen Erdteils Afrika betonen. Sie ist eine direkte Folge des Fehlens jeder typisch afrikanischen Wirtschaft. Die neuen Staaten stehen, wenn sie sich von der Knechtschaft befreien, dem schwerwiegenden Tatbestand gegenüber, daß die afrikanische Wirtschaft zerstückelt und den Wirtschaftsbereichen der jeweiligen ehemaligen Kolonialmächte integriert ist. ...

Die falsche koloniale Vorstellung, daß es unmöglich sei, Afrika zu industrialisieren, muß aufgegeben werden zugunsten neuer Ideen, die auf die unausweichliche Entwicklung aller Kontinente eingehen – darunter des Erdteils Afrika – und die absolute Notwendigkeit einer Industrialisierung der Länder Afrikas einschließen.

Wir sind davon überzeugt, daß die Industrialisierung Afrikas keineswegs die Entwicklungschancen anderer Erdteile beeinträchtigt, sondern sie im Gegenteil beträchtlich erhöht. Die Bedürfnisse Afrikas auf allen Gebieten werden wachsen.

Umstellen müssen sich also nur jene, die heute die Weltwirtschaft in der Hand halten; sie müssen sich nicht nur mit der politischen, sondern auch mit der wirtschaftlichen Emanzipation Afrikas abfinden: Sie gehört zur Harmonie und zum neuen Gleichgewicht der Welt.<<

John F. Kennedy (1917-1963, Parteimitglied der "Demokraten") wurde am 8. November 1960 mit knapper Mehrheit zum jüngsten Präsidenten in der Geschichte der USA gewählt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über John F. Kennedy (x068/311-318): >>... Der bald zum Heroen, fast zur Legende hochstilisierte John F. Kennedy, der charismatische Führer der Nation, hatte sich bei einer Wahlbeteiligung von fast 69 Millionen Bürgern mit einer hauchdünnen Mehrheit von rund einhunderttausend Stimmen gegen den Republikaner und Vizepräsidenten Eisenhowers, Richard M. Nixon, durchgesetzt.

Das Managerzeitalter begann nun auch in die Politik zu drängen, sie zu prägen, und beide, Nixon wie Kennedy, waren, bei allen Unterschieden, seine ersten, so damals Eric Sevareid, komplett standardisierten Produkte: adrette, glatt verbindliche Organisatoren, ehrgeizig, geris-

sen, opportunistisch, niemandem mehr als dem eigenen Aufstieg verpflichtet.

Am meisten arbeitete für Kennedy wohl das Geld seines Vaters, nach Präsident Roosevelt, dessen enger Mitarbeiter der Bankier, Reeder und Botschafter (in London) Joseph P. Kennedy zeitweise war, "das größte Ekel, das je auf Gottes Erdboden herumlief".

Joseph Kennedy wollte den Sohn um jeden Preis zum Präsidenten machen, dafür jedoch keinen Dollar mehr als nötig investieren – Spötter führten darauf den knappen Wahlsieg zurück.

Jedenfalls hat Vater Kennedy seinen unbändigen Ehrgeiz auf die Seinen übertragen, den Sinn fürs "Gewinnen", den Gedanken, daß ein Kennedy nie Zweiter sein dürfe. Und mit Hilfe seiner Millionen bestach der Sprößling alles, was sich bestechen ließ - und was ließe sich da nicht bestechen.

"In der amerikanischen Politik ist alles zu kaufen": Richard Lamm, Professor und Gouverneur des Staates Colorado. Bestach hochverschuldete oder einfach geldgierige Politiker, weiße Politiker und schwarze Politiker. Er führte seinen Wahlkampf, so Historiker Thomas Reeves, "mit zynischer Manipulation der Sachfragen und zügellosem Geldaufwand, mit Wahlbetrug und Mafia". (Man erinnere sich daran, daß im Land der unbegrenzten Möglichkeiten, nach Frank Fahrenkopf, dem Vorsitzenden der Republikanischen Partei (1987), selbst Bewohner "leerer Häuser", ja "Leichen bei Wahlen ihre Stimme abgeben").

Hilfreich war Kennedy ohne Zweifel auch eine Erfindung, die er nicht als Schriftsteller machte - der er ursprünglich hatte werden wollen (bis er wohl erkannte, daß Ruhm in der Literatur nicht zu kaufen ist) -, sondern als Politiker; eine Erfindung, die er zumindest weitergab: das Märchen von einer "Raketenlücke". Diese Lücke bestand zwar nicht, nicht im Geringsten. Doch immer, wenn man in den Staaten die Rüstung hinaufkatapultieren will, entdeckt man eine Lücke. Einst war es eine "Panzerlücke".

Und nun stellte Kennedy die "Raketenlücke" im militärpolitischen Teil seines Wahlkampfes in den Mittelpunkt. Jahrelang hatte man von dieser Lücke geredet, hatte man behauptet, die Russen besäßen in absehbarer Zeit bei den Interkontinentalraketen einen Vorsprung von 4:1. Kennedy selbst hatte die "Lücke" schon 1958 beschworen, eine Gefahr, so sagte er, "die tödlicher ist als alle Gefahren, die wir jemals in Kriegszeiten bestanden haben".

In Wirklichkeit besaß man damals eine Raketenüberlegenheit von 3:1, bei den schweren Bombern sogar einen Vorsprung von 10:1.

Die Rüstung wurde gleichwohl weiter forciert. Im Übrigen war die "Lücke" ein erfolgreicher Wahlkampfschlager. Und kaum ist Kennedy Präsident, erklärt sein Verteidigungsminister, die "Raketenlücke" beruhe auf falschen Schätzungen.

Zum Sieg verhalf Kennedy sicher auch seine Intelligenz, sein Elan, überhaupt - er war der erste im 20. Jahrhundert geborene US-Präsident - seine Jugend, die Gegner Nixon ihm gerade vorwarf. Das Geld, das Strahlen, die Wachheit, die spröde Ironie, die Energie, seine Tricks und Lügen, seine forschen Improvisationen, eine gewisse Aufgeschlossenheit selbst für Soziales, ja, noch die durch die Medien hochgespielte (bescheidene) Attraktivität seiner Frau, all dies half zusammen, das Rennen gerade noch vor dem Konkurrenten zu machen.

Doch noch der auf fast tausend Seiten die "tausend Tage" seines Chefs bewundernde Arthur M. Schlesinger, militärischer Geheimdienstleiter während des Krieges, Historiker und Sonderberater im Weißen Haus, findet bei Kennedy ("kühl, gefaßt und souverän, ein Sohn Irlands und Harvards") doch überall auch eine Prise 'Mache'. Freilich meint der Chronist, jeder Politiker müsse "ein wenig bluffen, und Kennedy war ein Politiker, der entschlossen war, Präsident zu werden. Er war bereit, so manchen Trick anzuwenden, Menschen und Situationen auszunützen, Begeisterung zu markieren, ja sogar sich anzupreisen".

Kennedy - braun, gestählt, fast wie eine Sportnatur wirkend - hatte schon mehrere Operationen hinter sich, eine defekte Wirbelsäule, eine Staphylokokken-Infektion, zeitweise Krücken, zeitweise eine Stahlscheibe, Fieber über 41 Grad, Anämie, chronische Krämpfe, das linke

Bein zwei Zentimeter kürzer, er trug Einlagen in den Schuhen, einen Stützgürtel, hatte die Sterbesakramente schon empfangen, sein Lieblingsgedicht war von Alan Seegers und hieß: "I have a Rendezvous with Death ..."

Nun brachte der junge Präsident nicht nur äußerlich "frischen Wind" in die dumpfe, stagnierende Atmosphäre der zu Ende gehenden Eisenhower-Administration. Außenpolitisch war die Regierung keinen Schritt vorangekommen, innenpolitisch die Passivität zum Greifen. Jetzt kamen viele neue Männer, neue Köpfe, Menschen oft ganz anderen Schlages als vordem, viele Professoren, zum Beispiel, geschwätzig diskutierend, ideenbewußt; junge, lässige, lakonische Leute auch, zynisch und interessant.

Eisenhower aber war alt, abgekämpft - "ein furchtbar kalter Mensch", sagte Kennedy. Seine Golfpartner seien lauter reiche Leute, die er erst "seit 1945" kenne, und "niemand ist seinen alten Freunden so wenig treu wie Eisenhower." Der Kalte, Untreue seinerseits nannte Kennedy den "kleinen Gernegroß" - öffentlich erschienen beide Arm in Arm.

Es gab genug Narren und gibt sie noch, die Kennedys junge Regierung Kraft aus einer Neubesinnung ziehen sahen auf die wahren Werte amerikanischer Existenz. Was aber waren, sind diese Werte, die Standardphrasen Demokratie, Freiheit und der ganze pseudoliberalen Quark einmal beiseite?

Kennedy suchte (doch wer da schon suchen muß!) für seine Wahlkampagne "eine unverwechselbare Note". Er wollte sich "unterscheiden" von seinem Rivalen. Und dann wollte er - sein "spezifisches Thema" - Amerika wieder in Bewegung setzen. Und er bewegte es auch, vor allem verbal.

Das amerikanische Volk, sagte er, sei "über das gegenwärtige treiben lassen unseres Staatsschiffes beunruhigt". Man werde aber "die Vereinigten Staaten wieder in Bewegung setzen", werde "dieses Land in den sechziger Jahren vorwärtsbringen ..."

"Die alte Welt ist im Wandel begriffen", sagte er.

"Die alte Ära neigt sich ihrem Ende zu. Die alten Methoden genügen nicht mehr."

"Wir sind eine neue Generation."

Er sagte, "nicht alle Probleme sind gelöst", die Zukunft sei "voller Gefahren, aber auch voll strahlender Hoffnung".

Die Zukunft, sagte er, werde "völlig anders sein". Das allgemeine Erwachen setze "mehr Energie frei" als selbst "die Spaltung eines Atoms".

"Krieg und Frieden", sagte er, "der Fortschritt dieses Landes, die Sicherheit unseres Volkes, die Ausbildung unserer Kinder, Arbeitsplätze für Männer und Frauen, die arbeiten wollen, der Ausbau unserer Rohstoffquellen - das Bewußtsein, eine Nation zu sein, das Bild, das die Nation der Welt darbietet, ihre Macht, ihr Prestige und ihre Zielsetzung - das alles ...", das alles und noch viel mehr sagte er.

"Ich kandidiere für die Präsidentschaft, weil sie Mittelpunkt des Handelns ist". Und vom neuen Amerika, von seiner Kraft, seiner Begeisterung hänge es ab, "ob auf die Dauer Licht in der Welt regiert oder Dunkelheit ..."

Kennedy bekannte sich zur globalen amerikanischen Mission, er sprach vom "Ruf der Trompete", die Lasten eines langen Kampfes zu tragen, "jahraus und jahrein".

Er rief: "Laßt uns den amerikanischen Kontinent von neuem in einen Schmelztiegel revolutionärer Ideen und Taten verwandeln - ein Tribut an die Macht der schöpferischen Energien freier Männer und Frauen - ein Beispiel für die ganze Welt, daß Freiheit und Fortschritt Hand in Hand gehen."

Lauter Phrasen.

Und dafür hatte er einen Stab von Redenschreibern schon im Wahlkampf und dachte, als geborener Manager, natürlich an weitere, falls die bisherigen "im Lauf der Zeit vielleicht ermüden und keine Ideen mehr haben könnten ..."

Allmächtiger! - Ja, auch der war natürlich mit von der Partie bei Kennedy, dem Katholiken. "Vor Ihnen und vor Gott dem Allmächtigen" (aber nach den US-Gewaltigen erst!) "habe ich den feierlichen Eid geleistet, ..." sagte Kennedy am Tag seines Einzugs ins Weiße Haus - und setzte die Welt in Bewegung.

Einmal hatten sie schon - nun wer wohl? "Die Siedler" natürlich in Bewegung gesetzt. Jawohl, "die Siedler" hatten einst die Grenze "5.000 Kilometer weit" verschoben, hatten "ihre Sicherheit, ihre Bequemlichkeit und manchmal sogar ihr Leben" geopfert, "um hier im Westen eine neue Welt aufzubauen ... Ihr Motto war nicht Jeder für sich!, sondern Alle für die gemeinsame Sache!"

Der Indianer-Genozid als Vorbild! Raub über 5.000 Kilometer! Alles für die gemeinsame Sache. Jawohl. Kennedy kämpfte dafür schon in einer seiner ersten außenpolitischen Aktionen, wenn nicht seiner ersten überhaupt, kämpfte weltweit dafür mit seinem "Hilfsprogramm". Man nannte es "Lebensmittel-für-den-Frieden-Gesetz".

Das klang gut. In Wirklichkeit war es nichts als eine alte Sache unter neuem Namen, das Gesetz 480 zur Entwicklung und Unterstützung des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte von 1954, intern unter der Bezeichnung "Überschußverwertung" bekannt, genau richtig zwar, jetzt aber menschenfreundlicher benannt.

Es ging nun nicht mehr darum, mehr oder weniger unerwünschte landwirtschaftliche Überschüsse der USA im Ausland abzusetzen, sondern vielmehr "Amerikas landwirtschaftliche Kapazität in größtmöglichem Umfang zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse in der ganzen Welt und zur Förderung der Weltwirtschaftsentwicklung einzusetzen".

Das wundervolle Gesetz, "die Alchimie des 20. Jahrhunderts" (Hubert Humphrey) half tatsächlich allen: es rettete die Armen vom Hungertod, statistisch wirkte es sich freilich nicht aus, und, dies wirkte sich aus, nachweislich, es beseitigte die Überproduktion, es verringerte die Lagerkosten, es erhöhte die Einnahmen der Farmer, es erhöhte sogar durch die Auflage, den Nahrungsmitteltransport auf US-Schiffen vorzunehmen, die Einkünfte der Schifffahrt. Denn immerhin erreichten die Lieferungen während der Kennedy-Zeit einen Wert von fast 1,5 Milliarden Dollar im Jahr.

Alles für die gemeinsame Sache. So hatte Kennedy natürlich auch bei seiner Regierungsbildung gedacht und erst mal seinen Bruder ins Justizministerium gesetzt. Hatte der doch schon die Säuberungsaktionen McCarthys unterstützt, des größten Kommunistenjägers der USA im 20. Jahrhundert.

Hochrangige Politiker und Militärs wurden dabei den irrsinnigsten Vorwürfen ausgesetzt, wurden nach Herzenslust gedemütigt, verleumdet, verklagt, hinweggefegt, die Exzesse besonders vom hohen katholischen Klerus geschürt, am meisten und längsten von Kardinal Spellman. Und Robert Kennedy saß sogar im Stab des berüchtigten "Committee".

So aktiv er aber damals war, so zurückhaltend verhielt er sich jetzt, als die weißen Amerikaner die Schwarzen jagten oder die Regierung Kennedy, so Historiker Kenneth O'Reilly, "Krieg gegen ihre eigenen Bürger führte", mit dem Einsatz von Bundestruppen, Hunderten von Verletzten, vielen Tausenden von Verhafteten.

Schließlich war die Welt in Bewegung zu setzen in einem Land, in dem noch zu Beginn der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Telefonbüchern Namen der Schwarzen durch ein umzirkeltes C (coloured) gekennzeichnet, Speise- oder Kaufhäuser, Hotelschilder mit der frohen Botschaft geschmückt waren: "No negroes, no jews, no dogs".

Just aber zu einer Zeit, als bei Bürgerrechtsdemonstrationen noch immer Schwarze beinahe Tag für Tag geschlagen wurden, als man sie - doch hatte man es je anders gehalten? - peitschte, lynchte, als man Bomben in Negerheime warf, da verlautbarte aus dem Justizministerium: "Es ist fraglich, ob das Recht, nicht verprügelt zu werden, durch die Bundesverfassung oder durch ein anderes Bundesgesetz geschützt ist".

Zwar hatte man zunächst wirklich versucht, die Täter der Justiz zuzuführen. Doch dann erklärte Justizminister Robert Kennedy selbst: "Ich habe nachts nicht schlaflos gelegen und mir Sorgen um die Schwarzen gemacht".

Schließlich wollten die Kennedys nicht weiße Wählerstimmen einbüßen, mochte man im freiesten Land der Welt noch so empörend frei schikanieren, ermorden, auch Martin Luther King, den Bürgerrechtsführer, dessen Telefon Präsident Kennedy durch das FBI abhören ließ. In gute, die Welt wandelnde Hände kam auch das Finanzressort, in die des Douglas Dillon, eines Republikaners, des Sohnes von Clarence Dillon aus dem die europäischen Faschisten finanzierenden Bankhaus Dillon, Read & Co., eines Mannes somit, der das volle Vertrauen der Wallstreet besaß und die Millionen springen ließ.

"Was das Land im kommenden Haushaltsjahr braucht, ist das größtmögliche Defizit, das den Ausländern keine Angst macht - sagen wir 5 Milliarden", verkündete Finanzminister Dillon gleich, denn man steckte schon wieder in einer Rezession, und es ist klar, wem die Milliarden zugute kamen. Auch propagierte er alsbald einen Steuerkredit, ebenfalls zugunsten der Geschäftswelt natürlich.

Und auch unter Verteidigungsminister Robert McNamara zeigte sich: "Die alten Methoden genügen nicht mehr." So wurde die Strategie der "massiven Vergeltung" der Dulles- Ära abgelöst durch die 1957 von Kissinger konzipierte Strategie der "flexiblen Erwidern" (Flexible Response), wobei als wirkungsvollere Reaktion, als weitaus effektivste Form der Kriegsführung, der begrenzte atomare Konflikt empfohlen wurde, die amerikanische "Vergeltungsfähigkeit", also die Erhaltung der nuklearen Superiorität, um "lokale Kämpfe zu unseren eigenen Bedingungen zu führen", das heißt, um Staaten gegebenenfalls atomar erpressen zu können.

Im Übrigen genügte die bisherigen Armeebestände und Vernichtungspotentiale längst nicht mehr. Die "verwendbare Macht" war McNamara viel zu klein, ja, es war überhaupt keine Möglichkeit gegeben, die Streitkräfte "zu vernünftigen Zwecken" einzusetzen. Also rüstete man atomar weiter und konventionell.

Das Raketen-, das Polaris-Unterseebootprogramm wurde beschleunigt und ausgeweitet, ebenso das Zivilverteidigungsprogramm, überhaupt die herkömmliche Heeresmacht modernisiert. Vor allem befahl Kennedy, als wichtigste Militärreform "unsere Lufttransportkapazitäten zu vergrößern". Dies sollte "die Fähigkeit unserer konventionellen Streitkräfte besser gewährleisten, schnell und den jeweiligen Umständen angemessen, zu jedem beliebigen Zeitpunkt auf jedes Problem, in jedem Gebiet der Erde zu reagieren".

In einer Sonderbotschaft an den Kongreß forderte der Präsident zusätzlich 650 Millionen Dollar für den Verteidigungshaushalt. Und nur wenige Monate später, um ja für jeden "Eventualfall" gewappnet zu sein, noch mal zusätzlich 3,5 Milliarden Dollar, die Hälfte der Summe für sofortige Beschaffung von Waffen und Ausrüstung, zur Fütterung der Rüstungsindustrie und Dämpfung der bösen Russen. Denn war die Zukunft nicht "voller Gefahren, aber auch voll strahlender Hoffnung"?

Die ersten hundert der tausend Tage Kennedys waren noch gar nicht ganz vergangen, da lieferte er ein glänzendes Beispiel für jene Bekämpfung des Krieges, der Tyrannei und der Armut, die er in seiner Antrittsrede am 20. Januar 1961 verkündet hatte. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über den Wertewandel seit 1960 (x306/10-11): >>... Der Zufall wollte, daß der Verfasser den Paradigmenwechsel der Jahre von 1958 bis zum Bau der Berliner Mauer, als dieser Kulturwandel sozialverbindlich zu werden begann, intensiv erleben konnte. Zwischen 1957 und 1961 hatte er drei Winter in Indien zugebracht. Im Sommer hatte ihn das Schreiben eines Buches über die neuere indische Geschichte seit der Gründung des indischen Nationalkon-

gresses beschäftigt. In deutsche Zeitungen hatte er kaum geblickt.

Als er nach Erscheinen des Indien-Buches 1962 den Duisburger Historikertag besuchte, bemerkte er völlig überrascht, daß an die Stelle der Bonner Bundesrepublik, die er 1957 verlassen hatte, eine - nicht im Detail, aber in der Tendenz - neue Republik, die Frankfurter (aber auch Hamburger) Meinungs- und Medienrepublik, getreten war.

Die Einzelheiten können in dem von Clemens Albrecht u.a. herausgegebenen Sammelband "Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule" nachgelesen werden.

Der Paradigmenwechsel des Jahres 1960 griff als fortschreitender Wertewandel um sich. In den verschiedensten Lebensbereichen setzte sich die Auffassung fest, daß "nicht Konflikt und Wandel, sondern Stabilität und Ordnung der pathologische Sonderfall des sozialen Lebens" (Helmut Schelsky) sei. Einsprüche wurden auf einen latenten deutschen Kulturpessimismus zurückgeführt, der einem angelsächsischen Optimismus gegenüberzustellen und "als politische Gefahr" (Fritz Stern) auszubuhnen sei.

Paradigmawechsel und Wertewandel kamen unvorhergesehen und überraschend. Sie hatten jedoch ihre Vorgeschichte, zu der die amerikanische Besatzung zählt. Daß just dieser Zeitabschnitt (1945-1955) aus der Betrachtung ausgespart werden sollte, war merkwürdig und weckte die Neugier. ...<<

Die "Antibabypille" wurde im Jahre 1960 in den USA zugelassen (Deutschland: 1962) und revolutionierte schon bald weltweit das Sexualverhalten der Menschen.

Im Jahre 1960 unterzeichneten sechs südamerikanische Staaten und Mexiko ein Abkommen über die Schaffung einer Lateinamerikanischen Freihandelszone.

Der kubanische Ministerpräsident Fidel Castro enteignete und verstaatlichte im Jahre 1960 den nordamerikanischen Besitz und kündigte den US-Beistandspakt von 1952.

S-Präsident Eisenhower brach am 3. Januar 1961 die diplomatischen Beziehungen zu Kuba ab.

US-Präsident Dwight D. Eisenhower erklärte am 17. Januar 1961 während seiner Abschiedsrede an die Nation (x068/307-308): >>Bis zum Zweiten Weltkrieg hatten die Vereinigten Staaten keine Rüstungsindustrie. Amerikanische Pflugfabriken konnten ... (eventuell) auch Schwerter schmieden. ... Wir sind gezwungen gewesen, eine umfangreiche und bleibende Rüstungsindustrie aufzubauen. ...

Wir sind uns der unbedingten Erforderlichkeit einer solchen Entwicklung bewußt. Aber wir dürfen nicht die schweren Implikationen vergessen, die diese Entwicklung mit sich bringt. ...

Wir müssen uns hüten ... vor dem military-industrial complex ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die politische, militärische und industrielle Zusammenarbeit in den Vereinigten Staaten von Amerika (x068/308-311): >>... Die Symbiose der militärischen, industriellen und finanziellen Macht der USA ist umfassend und beherrscht so gut wie alles, vom FBI und CIA bis zu den Medien, Hochschulen und Kirchen. Eng verfilzt verfügt die Führung dieses Komplexes fast allein über den Staat, über ein so ungeheures Potential wie kein anderes Land der Welt.

Das US-Verteidigungsministerium beschäftigte bereits in den fünfziger Jahren einige fünf Millionen Menschen und besaß ein geschätztes Eigentum von 160 Milliarden Dollar (damals 640 Milliarden DM). Der Kommissionsvorsitzende des Berichts über diese und weitere Angaben nannte seinerzeit das US-Verteidigungsministerium "unter allen Aspekten bei weitem die größte Organisation der Welt", sehr viel größer als selbst die katholische Kirche. ...

Zwei Drittel des Verteidigungshaushaltes fließen in die private Industrie. Dabei werden Jahr für Jahr auch noch Rüstungsprodukte ans Ausland geliefert, für tausende Millionen Dollar. Kriegsmaschinerie und Industrie sind untrennbar verflochten. Hunderte von Kongreßabgeordneten dienen auch der Industrie, viele auch der Rüstungsindustrie, ja, sie sind deren Interes-

senvertreter oft mehr als die des Staates.

Viele Senatoren, viele Generäle, Admiräle scheinen überhaupt Politik und Militär bloß als Sprungbrett in die Industrie zu benutzen, ins eigentliche Leben, dorthin, wo der Dollar rollt und wo sie durch entsprechende Aufträge sich vorher schon eingeführt, sozusagen eingekauft haben. Unter Reagan sollen höhere Regierungsmitarbeiter durchschnittlich nur zwei Jahre tätig gewesen sein, bevor sie ins Geschäft überwechselten, das im Grunde schon die Politik für sie war.

Doch ist der Wechsel von der Politik in die Wirtschaft oder umgekehrt in den USA seit langem selbstverständlich. So wurde der Hohe Kommissar in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, John McCloy, Präsident der Ford-Stiftung, wurde der Präsident der Rockefeller-Stiftung, John Foster-Dulles, Außenminister ...

Besonders das Verteidigungsministerium wird wegen der riesigen Aufträge, die es vergibt, gern mit Industriekapitänen besetzt, einschließlich seiner Spitze. So war Trumans Verteidigungsminister James V. Forrestal Präsident der Bank Dillon, Read & Co. gewesen. Und Eisenhowers Verteidigungsminister Charles E. Wilson war der einstige Präsident von General Motors. Derart saßen in den US-Ministerien der fünfziger Jahre eine Fülle früherer Industriemanager, darunter nicht weniger als 18 vielfache Dollarmillionäre.

Noch häufiger als der Wechsel von der Politik ist wohl der von Militär zur Wirtschaft. Denn die großen Firmen bekommen vor allem dadurch Aufträge vom Pentagon, daß sie ehemalige hohe Offiziere in ihre Chefetagen setzen.

So wurde General Doolittle, vor der japanischen Kapitulation Kommandeur der 8. Air Force, Vizepräsident der Shell Oil. ... General Ridgway wurde nach dem Koreakrieg Präsident des Mellon Institute of Industrial Research, ... General Quesada Vizepräsident bei Lockheed usw. Allein diese Luftfahrtfirma hatte bereits in den sechziger Jahren 21 einstige Admiräle und einen Brigadegeneral als Mitarbeiter, die General Dynamics schon Ende der fünfziger Jahre 187 ehemalige Militärs in ihrem Personal, darunter 27 Generäle und Admiräle, die auch noch ein ehemaliger Armeeminister dirigierte. ...

"Das Losungswort in der Geschäftswelt heißt", schrieb die Zeitschrift 'Business Week', "sehen Sie zu, wie sie zu einem General kommen". ...

Doch wie die Industrie dem Militär dient, so das Militär wieder der Industrie. Es propagiert ganz offenkundig die heimischen Rüstungsfirmen, es fördert US-Waffenverkäufe ins Ausland. Vor einem Ausschuß des Repräsentantenhauses bekannte General Robert Wood 1964: "Wir laden Offiziere anderer Länder ein, um ihnen das militärische Gerät vorzuführen, das sie kaufen könnten. Dann haben wir ein Programm, um sie im Gebrauch gewisser Waffen und Ausrüstungen zu schulen, in der Hoffnung, daß sie dies kaufen werden. Es handelt sich in der Tat um eine Absatzförderung". ...

Anrühig ist im Bereich dieses Komplexes im Grunde nur eins: der Pazifismus. Er ist der eigentliche Feind, Feind Nummer Eins.

Der auswärtige Feind, auch und gerade der schlimmste, ist im Grunde ein Freund, ein Bundesgenosse gewissermaßen, zumindest einer, von dem man lebt, ohne den man kaum leben, kaum größer, noch reicher werden kann, einer, dessen Aufrüstung und Macht man zur Rechtfertigung eigener Aufrüstung und Macht geradezu braucht, auch zur Forderung nach Gehorsam, nach Anpassung, Unterordnung, nach "Verantwortung", obwohl und gerade weil man nirgends verantwortungsloser gegenüber dem Ganzen, der eigenen Volksgemeinschaft wie der Völkergemeinschaft, denkt und handelt als innerhalb dieses militärisch-industriellen Komplexes. Wer seine Kreise stört, wer seine Kreise, denn mehr scheint kaum noch möglich, zu stören sucht, wird vernichtet.

Unternahm Kennedy, der dem warnenden Vorgänger folgte, einen solchen Versuch? ...<<

In Jerusalem begann am 11. April 1961 der sog. "Eichmann-Prozeß". SS-Obersturmbann-

fürher Eichmann leitete seit 1938 die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien und organisierte ab 1941 die Massentransporte in die NS-Vernichtungslager.

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über den "Eichmann-Prozeß" (x169/11-13): >>... Mein ursprüngliches Interesse an dem Thema der Vernichtung der Juden durch die Nazis war persönlich motiviert. Mein Vater wie meine Mutter waren Überlebende des Warschauer Ghettos und der Konzentrationslager der Nazis. Abgesehen von ihnen selbst sind alle Familienmitglieder meiner beiden Eltern von den Nazis ausgelöscht worden.

Meine erste Erinnerung an die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis ist, ... der Anblick meiner Mutter, die den Eichmann-Prozeß (1961) wie gebannt im Fernsehen verfolgte, als ich von der Schule nach Hause kam. Obwohl sie erst sechzehn Jahre vor dem Prozeß aus dem Konzentrationslager befreit worden waren, waren die Eltern, die ich kannte, in meinen Augen immer durch einen unüberbrückbaren Abgrund davon getrennt.

An der Wand des Wohnzimmers hingen Fotografien der Familie meiner Mutter. (Photos der Familie meines Vaters gingen im Krieg verloren.) Was mich mit meinen Verwandten verband, konnte ich nie ganz begreifen, noch viel weniger konnte ich mir vorstellen, was mit ihnen geschehen war. Es waren die Schwestern, der Bruder und die Eltern meiner Mutter, nicht meine Tanten, mein Onkel oder meine Großeltern.

Ich erinnere mich, als Kind John Herseys "The Wall" und Leon Uris' "Mila 18" gelesen zu haben, beides waren romanhafte Schilderungen des Warschauer Ghettos. (Ich weiß noch, wie meine Mutter eines Tages klagte, daß sie, versunken in die Lektüre von "The Wall", auf dem Weg zur Arbeit nicht an ihrer U-Bahnstation ausgestiegen war.)

So sehr ich es versuchte, es gelang mir auch nicht für einen Augenblick, in meiner Vorstellung den Sprung zu vollziehen, der meine Eltern in ihrer ganzen Alltäglichkeit mit dieser Vergangenheit in Verbindung gebracht hätte. Ehrlich gesagt, ich kann das noch immer nicht.

Doch es gibt einen wichtigeren Punkt: Abgesehen von dieser Präsenz von Phantomen kann ich mich nicht erinnern, daß die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis je in meine Kindheit eindrang. Das lag hauptsächlich daran, daß außerhalb meiner Familie sich niemand dafür zu interessieren schien, was geschehen war.

Der Freundeskreis meiner Kindheit las umfassend über die Tagesereignisse und diskutierte leidenschaftlich darüber. Doch ich kann mich ehrlich gesagt an keinen einzigen Freund (oder an Eltern eines Freundes) erinnern, der auch nur einmal gefragt hätte, was meine Mutter und mein Vater durchgemacht hatten. Das war kein respektvolles Schweigen. Es war nichts weiter als Gleichgültigkeit. In diesem Licht kann man die Ergüsse des Grauens in späteren Jahrzehnten, als die Holocaust-Industrie fest etabliert war, nur mit Skepsis betrachten.

Daß die amerikanischen Juden die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis "entdeckt" haben, scheint mir manchmal schlimmer als die Tatsache, daß sie in Vergessenheit geraten war. Es ist wahr: Meine Eltern grübelten allein für sich über ihr Leid nach; was sie erlitten hatten, wurde nicht öffentlich bestätigt. Aber war das nicht besser als die derzeitige dreiste Ausbeutung jüdischen Märtyrertums?

Ehe aus der Massenvernichtung der Juden DER HOLOCAUST wurde, waren zu dem Thema nur ein paar wissenschaftliche Untersuchungen - zum Beispiel Raul Hilbergs "Die Vernichtung der europäischen Juden" - und Memoiren wie Viktor Frankls "... trotzdem Ja zum Leben sagen" und Ella Lingens-Reiners "Prisoners of Fear" veröffentlicht worden. Doch diese kleine Sammlung von Edelsteinen ist besser als die Regale über Regale mit trivialer Literatur, die nun Bibliotheken und Buchläden füllen. ...<<

Vom US-Geheimdienst CIA ausgebildete Exilkubaner landeten am 17. April 1961 in der Schweinebucht, um Kubas Regierung zu stürzen.

Die mangelhaft vorbereitete Invasion der Exilkubaner wurde jedoch von den kubanischen Re-

gierungstruppen innerhalb von 3 Tagen zerschlagen.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Invasion in der Schweinbucht (x068/318-322): >>... Lateinamerika war nach 1945 für die USA ins Abseits, fast in Vergessenheit geraten, durch die Europa-Konjunktur und das Geschäft im Koreakrieg - selbst das kommunistische Jugoslawien hatte bis 1960 mehr Geld von den Vereinigten Staaten erhalten als ganz Lateinamerika zusammen.

Das war nicht immer so, wie wir wissen. Seit langem bildeten Mittel- und Südamerika das alleinige Jagdrevier der USA. Seit langem haben sie mittels der Monroe-Doktrin, des Roosevelt-Ergänzungsartikels, der Dollar-Diplomatie, der Politik des "big stick" und der "guten Nachbarschaft" in Lateinamerika investiert und es mit all ihren Investitionen, Krediten, ihrer Wirtschafts-, ihrer Entwicklungshilfe, jämmerlich geschöpft, seine Rohstoffe ausgebeutet, seine Menschen verelendet, so daß Lateinamerikaner Vizepräsident Nixon mit Steinen bewarfen, bespion.

Gibt man Kredite, so, als guter Samariter, mit der Auflage, vom größten Teil des Geldes amerikanische Waren zu kaufen, deren Preise man dann bald kräftig zu erhöhen pflegte. Beispielsweise brachten im Jahr 1960 für Lateinamerika 194 Millionen Dollar Staatskredite 641 Millionen Dollar private Gewinne ein; 1962 ebendort 587 Millionen Dollar Staatskredite, 761 Millionen Dollar private Gewinne, 1964 447 Millionen Dollar Staatskredite, 895 Millionen Dollar private Gewinne. Man sieht: sichtbarlich ruht Gottes Segen auf guten Taten.

Insgesamt holten die USA zwischen 1959 und 1965 aus Lateinamerika für 1.251 Millionen Dollar neuer Investitionen 5.297 Millionen Dollar Gewinne heraus. Und aus Asien im selben Zeitraum für 1.374 Millionen Dollar neuer Investitionen 6.528 Millionen Dollar Gewinne. Auch hier segnete Gott wieder deutlich den Samariterdienst. Insgesamt übersteigen in dieser Zeit in Lateinamerika und Asien die Gewinne die Investitionen um 9.200 Millionen Dollar. Die Vereinigten Staaten von Amerika bereichern also, indem sie angeblich den armen Völkern helfen, nur sich selbst und machen die Armen noch ärmer.

Natürlich schufen und schafften die USA in all den von ihnen kontrollierten Ländern auch gewisse Verbesserungen. Doch was sie stets so lauthals, mit großen humanitären Gesten, Sendungsbewußtsein, mit Missionseifer im wörtlichen und noch weit mehr im säkularisierten Sinn verbrämten, kommt vor allem, wenn nicht oft ausschließlich, ihnen selbst zugute: Der Ausbau der Infrastruktur, die ihnen gemäße Formierung des Rechtslebens, der Politik, der Sicherheitskräfte, all das soll ihren Investitionen, Anlagen, ihren "Entwicklungskrediten" nur Stabilität garantieren, nur ihr Geld vermehren.

Die heimgesuchten Völker werden derart bloß ausgenommen. In aller Regel. Mit aller Routine. Und mit allen Phrasen. Denn ein gewisses Dekorament sucht man stets zu wahren. Doch hat "kein Amerikaner, der über Macht verfügt", wie Lateinamerika-Expertin Penny Leroux sagt, "je versucht herauszufinden, was die lateinamerikanischen Massen wünschen", und sie fügt hinzu, "und solange die großen Konzerne die Lateinamerika-Politik bestimmen, wird dies auch keiner tun."

Nun, Präsident Kennedy schaffte Abhilfe. Denn er wußte, nein, sprach es aus (was alle wissen): "Die Kluft zwischen Nordamerika und Lateinamerika wird hinsichtlich des Lebensstandards und des Reichtums hier und der Armut dort immer größer statt kleiner." Und gar kein Zweifel, an wem dies lag. So mußten die USA es sich auch "gefallen lassen", so Kennedy wieder selbst, "daß unsere früheren guten Nachbarn unseren Vizepräsidenten anspuckten".

Doch jetzt eben wollte er, John F. Kennedy, der Besieger Nixons, Signale setzen, ein gutes Beispiel geben, "ein Beispiel für die ganze Welt", wollte er den amerikanischen Kontinent "in einen Schmelztiegel revolutionärer Ideen und Taten verwandeln".

Unter Ausschluß selbstverständlich der übrigen Welt. "Laßt jede andere Macht wissen, daß die Hemisphäre beabsichtigt, Herr im eigenen Haus zu bleiben". Und schlug schon am 13.

März allen lateinamerikanischen Staaten eine "Allianz für den Fortschritt" (Alliance for Progress) vor. Und schon am 17. April befiehlt er die Invasion in der Schweinebucht - schließlich hatte man "Herr im eigenen Haus zu bleiben ..."

Kuba, seit langem von ihm ausgepowert, war nach Abschaffung seiner Verfassung 1940 durch Fulgencio Batista y Zaldivar immer tiefer in Not geraten - in schöner Verbundenheit mit dem "großen Bruder" im Norden, der zumindest, doch keinesfalls nur, mit lateinamerikanischen Despoten besonders gern kollaborierte, wie diese mit ihm. Gleich und gleich gesellt sich gern. Die Vereinigten Staaten waren die wirtschaftlichen Profiteure Kubas.

Sie kontrollierten 36 % seiner besten Ländereien, 37 % seiner Zuckerproduktion, 90 % der Bergbauindustrie, fast die ganze Energieversorgung, das Kommunikationssystem und den Tourismus. Die bestürzende Ungleichheit seiner Besitzverhältnisse trieb das Inselvolk einfach zur Revolution. Das haben Jean-Paul Sartre oder C. Wright Mills, die Kuba kurz danach besuchten, richtig gesehen.

Am 1. Januar 1959 floh Diktator Batista ins Exil, und am 13. Februar übernahm der einstige Rechtsanwalt Fidel Castro das Amt des Ministerpräsidenten und regiert noch heute, trotz mehrerer Mordanschläge, wofür Mafia-Boss Meyer-Lansky angeblich schon 1959 eine Million Dollar reserviert haben soll. Castro verstaatlichte ausländische Firmen und sozialisierte alle größeren kubanischen, auch sämtliche Banken.

Er verbesserte, unterstützt durch seinen Mitkämpfer, den argentinischen Arzt Ernesto "Che" Guevara, in kürzester Zeit die sozialen Verhältnisse. Er beseitigte die Korruption, die Arbeitslosigkeit und weitgehend den Analphabetismus, was Kennedy gelegentlich bestaunen konnte. Dabei arbeitete Castro mit den Kommunisten zusammen, ohne der Kommunistischen Partei beizutreten. Und er schloß mit Rußland und China Wirtschaftsabkommen.

Nach US-Untersuchungsausschüssen hatte das Schweinebucht-Unternehmen Richard Nixon angeregt. Vorbereitet wurde es (nachdem Eisenhower im März 1960 die Ausbildung von Exilkubanern für den Guerillakampf gegen Castro befohlen) von CIA und Mafia, auch zum Teil von der Mafia bezahlt.

Die Konzeption änderte sich jedoch; statt Guerillaeinschleusung bevorzugte man allmählich eine amphibische Invasion, einen direkten Angriff durch Landung an der kubanischen Küste. Dafür bildete man in Guatemala etwa 1.500 Kubaner aus, denen die amerikanischen Offiziere aber erzählten, sie seien nur ein kleiner Teil, ein Zehntel der gegen Castro geführten Streitkraft. In Wirklichkeit waren die USA fest entschlossen, sich nicht offen zu beteiligen.

Die Regierung Eisenhower hatte für die "Eventualplanung" 13 Millionen Dollar abgezweigt, die Sperrung des noch offenen kubanischen Zuckerkontingents für 1960 verfügt und schließlich am 3. Januar 1961 die diplomatischen Beziehungen zu Kuba abgebrochen. Über den geplanten Angriff wurde Kennedy erstmals im November 1960 durch CIA-Chef Allen Dulles unterrichtet. Eisenhower hatte empfohlen, die Anti-Castro-Guerillakräfte "bis zum Äußersten" zu unterstützen, die "Anstrengungen fortzusetzen und zu beschleunigen".

Und Kennedy ermunterte zum Weitermachen, forderte dann auch als amtierender Präsident dazu auf, erklärte aber, nachdem man jede Geheimhaltung aufgegeben, in einer Pressekonferenz: "Unter keinen Umständen wird eine Intervention von Streitkräften der Vereinigten Staaten in Kuba erfolgen."

Immerhin bombardierten vor der Invasion in der Schweinebucht (Bahia de Cochinos) im Morgengrauen des 17. April 1961 US-Flugzeuge des Typs B-26 wichtige kubanische Flugplätze. Und als das kubanische Volk nicht, wie erwartet, gegen Castro aufstand, wohl aber 20.000 Mann Regierungstruppen mit Panzern und Artillerieunterstützung zur Küste vorstießen und die Angreifer in die Zange nahmen, da ließ Kennedy noch von dem vor Kuba liegenden Flugzeugträger "Essex" Düsenjäger ohne Kennzeichen in das Schweinebuchtgebiet starten, um einen B-26-Angriff aus Nicaragua zu decken.

Die ganze Aktion, stümperhaft geplant und ausgeführt, von der CIA gegenüber der Regierung nicht offen dargelegt, wurde bekanntlich ein einziges Fiasko mit schwerem Schaden für das Ansehen der USA in der ganzen Welt. C. Wright Mills telegraphierte einer Fair-Play-for-Cuba-Versammlung in San Francisco: "Kennedy und Co. haben uns wieder der Barbarei überantwortet ..."

Die Beliebtheit des Präsidenten bei seinen Landsleuten nahm jedoch zu. 82 % standen jetzt nach einer Gallup-Umfrage hinter ihm. Es war einmalig. "Genau wie bei Eisenhower", kommentierte er selbst. "Je mehr Unsinn ich verzapfe, desto beliebter werde ich."

Nach Stimmen aus Kennedys nächster Umgebung wurde er vor allem durch den ihn weder vollständig noch korrekt unterrichtenden Allen Dulles eher widerstrebend in das Abenteuer gerissen. Weitere Landemanöver jedenfalls unterband der Präsident, der gegen eine Kollaboration seiner Geheimdienste mit der organisierten Kriminalität war und sich so tödlich mit dieser verfeindete.

Als nach seiner Beseitigung sein Bruder Robert der Mafia den Kampf ansagte und gleichfalls ermordet wurde, begann man die Mafia in den USA wieder sehr zu schonen. Schließlich tätigt sie auch nur Geschäfte im Land des Geschäfts, noch längst nicht die größten (und vermutlich nicht einmal die schlimmsten, so schlimm sie sind).

Besser schnitt Präsident Kennedy bei der zweiten Kubakrise im nächsten Jahr ab.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im September 2016) im COMPACT-Spezial Nr. 11 über den CIA-Chef Allen Dulles (x342/40-41): >>**Mister X packt aus**

_ von Jürgen Elsässer

Die Schattenregierung (1946 bis 1970): Unter der Leitung von Dulles veränderte sich die CIA grundlegend: Ebenso wichtig wie die Nachrichtenbeschaffung wurden militärische Geheimoperationen im In- und Ausland.

John Foster Dulles machte nach 1945 Karriere in der Politik, nahm an den Moskauer Konferenzen über den Marshall-Plan teil und wurde 1949 Senator für New York. Dabei half ihm offensichtlich seine Mitgliedschaft in der Rockefeller Foundation und dem mächtigen Think-tank Council on Foreign Relations (CFR).

1952 wurde er unter dem neuen Präsidenten Dwight D. Eisenhower Außenminister und forcierte eine "Policy of Boldness" - so der Titel eines seiner Essays -, eine Politik zur "Befreiung" der sowjetischen Satellitenstaaten. Sie trat an Stelle der bloßen "Eindämmung" der UdSSR, wie sie von Amtsvorgänger Harry Truman praktiziert worden war. Besonders im Korea-Krieg führte dieses Spiel mit dem Feuer an den Rand des atomaren Abgrundes.

Allen Dulles begann sein Spiel über Bande mit den für die US-Politik brauchbaren Elementen des Nazismus schon während des Zweiten Weltkrieges. Nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten Ende 1941 wurde der Geheimdienst Office of Strategic Services (OSS) gegründet, der Vorläufer der späteren CIA. Dulles war OSS-Repräsentant in der neutralen Schweiz. Sein Büro in Genf wurde zum Anlaufpunkt für Widerstandskämpfer, Doppelagenten und kompromißbereite Nazis aller Art.

The Secret Team

Ende der vierziger Jahre wurde Allen Dulles Präsident des Council on Foreign Relations (CFR). Die mächtigste Denkfabrik der USA war mit Geldern von Rockefeller aufgebaut worden und sorgte für die Verzahnung von Monopol-Interessen mit der Regierungspolitik. 1950, nach Ausbruch des Koreakrieges, wurde er Berater der CIA, und zwar auf einer geheim gehaltenen Stelle als Chef für spezielle Operationen.

In dieser Funktion baute er ein globales Spinnennetz für verdeckte Aktivitäten auf, das in den kommenden Jahrzehnten und bis in die heutige Zeit von entscheidender Bedeutung sein sollte. Der Etat und die institutionellen Wege für diese Black Ops waren schier unbegrenzt, nachdem

Allen Dulles im Jahr 1953 zum Direktor der CIA ernannt worden war, während sein Bruder John Foster an der Spitze des State Department stand.

Die Veränderung, die unter Dulles' Regime in der CIA vor sich ging, war einschneidend. Bei ihrer Gründung 1947 wurde die Agency als Behörde zur Informationsbeschaffung konzipiert und sollte in direkter Anbindung unter Präsident Harry S. Truman agieren. Dulles etablierte militärische Geheimoperationen als zweites Aufgabenfeld und löste dieses aus der Kontrolle des Weißen Hauses. So entstand eine unkontrollierbare Doppelstruktur hinter der anfänglich harmlosen Fassade.

Der Mann, der dieses Secret Team innerhalb der CIA-Strukturen enthüllt hat, war L. Fletcher Prouty. Kinogänger kennen ihn aus Oliver Stones Film JFK, in dem er die Figur des Mister X (dargestellt von Donald Sutherland) inspiriert hat, der dem Staatsanwalt entscheidende Hinweise auf den CIA-Hintergrund der Kennedy-Ermordung gibt. Prouty war Militär von der Pike auf und kämpfte an fast allen Schauplätzen des Zweiten Weltkrieges.

Von 1955 bis 1964 wurde er dem Hauptquartier der US-Air-Force zugeteilt und leitete dort die weltweiten Einsätze der Luftwaffe "zur militärischen Unterstützung geheimer Operationen der CIA" (so die Formulierung in der Direktive 5412 des Nationalen Sicherheitsrates aus dem Jahr 1954). In den Jahren 1962/63 war er zusätzlich Chef der Special Operations für das Arme-Oberkommando (Joint Chiefs of Staff) unter Präsident Kennedy. Als dieser Mann zur Feder griff, schrieb er als Insider - und als Demokrat, der nach der Ermordung von JFK 1963 entsetzt war über die Entwicklung, die die CIA genommen hatte.

Blut an den Händen

Zu den Geheimoperationen der Dulles-Zeit gehörten etwa der Putsch gegen den gewählten iranischen Premier Mohammed Mossadegh im Jahr 1953, der den angloamerikanischen Ölinteressen im Wege war, und der Sturz der landarbeiterfreundlichen Regierung Guatemalas 1954. Außerdem nutzte Dulles auch seine Verbindungen, die er während des Zweiten Weltkrieges in Italien geknüpft hatte. Wichtigste Person war der Mussolini-Anhänger und zeitweilige Obersturmbannführer der Waffen-SS, Licio Gelli, der nach Kriegsende die Schleusung des NS-Kriegsverbrechers Klaus Barbie nach Lateinamerika organisiert hatte.

Als CIA-Direktor gab Dulles Mordanschläge auf ausländische Staatsmänner in Auftrag, etwa auf Fidel Castro, den kongolesischen Präsidenten Patrice Lumumba (getötet 1961) und den dominikanischen Präsidenten Rafael Trujillo (getötet ebenfalls 1961). Zu den berüchtigtsten Programmen der Dulles-Ära gehörte MK Ultra, bei dem man die Opfer mit Psychodrogen manipulierte und gefügig machte.

Zur Zusammensetzung der Schattenstruktur schreibt Prouty: "Im Herzen des Teams sind natürlich ein paar Spitzenbeamte der CIA und des Nationalen Sicherheitsrates (NSC) ... Um sie ist ein innerer Ring von Präsidentenberatern, Zivilisten und Militärs aus dem Pentagon sowie von Karrierebeamten aus den Geheimdiensten gruppiert. ... Außerhalb dieses Rings gibt es ein ausgedehntes und undurchschaubares Netzwerk von Regierungsbeamten, die Verantwortung für ein bestimmtes Aufgabenfeld haben, das mit Außen- und Verteidigungspolitik zusammenhängt, oder Experten auf diesen Gebieten sind." ...<<

Präsident John F. Kennedy erklärte am 25. Mai 1961 vor dem US-Kongreß (x299/179): >>...

Das große Schlachtfeld für die Verteidigung und Ausbreitung der Freiheit liegt heute in der ganzen südlichen Hälfte unserer Erdkugel, in Asien, Lateinamerika, Afrika und im Mittleren Osten als den Gebieten der aufstrebenden Völker. ...

Wir wären sehr schlecht beraten, wollten wir ihre Probleme nur nach militärischen Gesichtspunkten beurteilen. Keine Anhäufung von Waffen und Armeen kann dazu helfen, Regierungen zu festigen, die untätig und nicht bereit sind, soziale und wirtschaftliche Reformen und die allgemein Entwicklung zu fördern.<<

Die Sektorengrenze und die Demarkationslinie nach West-Berlin wurden im Einvernehmen

mit den Warschauer-Pakt-Staaten am 13. August 1961 abgeriegelt.

Bis auf 7 Sektorenübergänge, die scharf kontrolliert wurden, schloß man alle Übergänge nach West-Berlin. Ost-Berlin wurde militärisch besetzt. An der Ost-Berliner Sektorengrenze errichtete man gleichzeitig Stacheldrahthindernisse, um die eigene Bevölkerung gewaltsam im Land zu halten. Es ereigneten sich vielerorts dramatische Zwischenfälle.

Die Abriegelungsmaßnahmen in der SBZ (Beginn des Mauerbaues in Berlin) wurden vor allem mit der Abwerbung (Bezeichnung für die Verleitung zur Republikflucht) begründet. Allein vom 1. Januar bis zum 13. August 1961 flohen 155.402 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen. Nach Sperrung der Grenze und dem Bau der Mauer versiegte der Flüchtlingsstrom nach Westdeutschland und West-Berlin. West-Berliner durften Ost-Berlin nur noch mit Aufenthaltsgenehmigungen betreten.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den Mauerbau in "Berlin" (x009/62-63): >>Die Spaltung der Stadt wurde (bereits) durch die kommunistische Sprengung der im Sowjetsektor tagenden Stadtverordneten-Versammlung am 6.9.1948 vollendet. ...

In der Nacht vom 12. zum 13.8.1961 wurde auf sowjetzonale Anordnung der bis dahin trotz schikanöser Beschränkungen noch funktionierende Verkehr über die Sektorengrenze praktisch unterbrochen, die Spaltung der Stadt restlos vollzogen und damit vor allem auch die Fluchtbewegung unterbunden.

Die Sektorengrenze wurde durch Stacheldraht, Mauern und dann durch den von der Demarkationslinie her bekannten "Todesstreifen" sowie starke militärische Bewachung "gesichert". Sie wurde, obwohl formell nur eine Form der Demarkationslinie ein Teil der Staatsgrenze West.

... Nunmehr benötigen West-Berliner ebenso wie Bürger der Bundesrepublik für jedes Betreten des Sowjetsektors eine Aufenthaltsgenehmigung (nichtamtlich: Tagespassierscheine), für längere Aufenthalte im Sowjetsektor eine Erlaubnis der zuständigen Stelle der Volkspolizei.

...

Trotz der Sperren haben seit dem 13.8. verzweifelte Ost-Berliner versucht, unter Einsatz ihres Lebens auf abenteuerlichen Wegen nach West-Berlin zu fliehen. Manche von ihnen mußten diesen Versuch mit dem Leben bezahlen. Zu den weiteren Verschärfungen der Sperrmaßnahmen nach dem 13.8. gehören: Vermauern der Fenster von Häusern an der Sektorengrenze; Evakuierung, auch Abbruch solcher Häuser, Aushebung von Gräben.

Das Bewachungspersonal leistet den strengen Befehlen nur zum Teil Folge. Zahlreiche seiner Angehörigen haben die ihnen gebotenen Gelegenheiten zur Flucht ausgenutzt. ...<<

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schrieb später über den Bau der Berliner Mauer (x287/195): >>Am 15. Juni hatte der Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht noch versichert: "Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten".

Aber unter dem zunehmenden Druck der Fluchtbewegung aus der DDR und Ost-Berlin durch das Schlupfloch nach West-Berlin entschließen sich die Führungen in Moskau und in Ost-Berlin, die Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften zu verhindern.

Ulbricht läßt daher am 13. August 1961 beide Teile Berlins auf einer Länge von 45 km und die Westsektoren von der DDR auf einer Länge von 120 km durch eine Mauer trennen, um die "Abstimmung mit den Füßen" gegen sein Regime zu stoppen.

Die Teilung Deutschlands ist damit zementiert. ...<<

Ministerpräsident Chruschtschow drohte am 27. August 1961 mit der absoluten Blockade West-Berlins, falls der Westen wirtschaftliche Sanktionen gegen die DDR beschließen sollte.

Ministerpräsident Chruschtschow lehnte am 9. Dezember 1961 die Forderung des nordamerikanischen Präsidenten John F. Kennedy ab, die Autobahn nach Berlin für den internationalen Verkehr freizugeben.

Der ehemalige SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann (ein führender NS-Organisator des

Völkermordes an den europäischen Juden) wurde am 15. Dezember 1961 zum Tod verurteilt. Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" 1/1962 berichtete am 10. Januar 1962 über die Freimaurer: >>**FREIMAURER: Im Labyrinth der Logen**

Nach seiner ersten Rede vor dem Genfer Völkerbund führte der damalige Außenminister der Weimarer Republik, Gustav Stresemann, seine rechte Hand bis etwa zur Höhe seiner linken Brust und strich dann schräg über sein Jackett bis zum rechten Hosenbein. Indem er das Zeichen des Winkelmaßes andeutete, gab sich der deutsche Außenminister als ein "Meister vom - Stuhl" in der Hierarchie des internationalen Ordens der Freimaurer zu erkennen.

Von einer solchen Stresemann-Geste berichtet jedenfalls eine Chronik des zeitgenössischen Freimaurertums, die sich einer erdachten Rahmenhandlung wegen "Roman" nennt. Verfasser der Indiskretionen über prominente Adepten der auch von Goethe praktizierten "Satans-Religion" - so Papst Leo XIII. (1878 bis 1903) - ist der Jesuitenzögling und Skandal-Autor Roger Peyrefitte, der sich bisher in Chroniken und Schlüsselromanen mit dem Diplomatenmilieu, dem römischen Klerus. ("Die Schlüssel von Sankt Peter"), dem Malteser-Orden und sokratischen Freundschaftsbünden beschäftigt hatte. In allen diesen Büchern waren die Resultate sorgfältiger Recherchen mehr oder minder getarnt und romanhaft verkleidet worden.

Peyrefitte arbeitete drei Jahre lang in gemeinhin unzugänglichen Archiven der Freimaurer-Logen, bevor er seine Notizen - fünfzehn vollgeschriebene Schulkladden - zu einem Buch verarbeitete, das in Paris unter dem Titel "Die Söhne des Lichts" erschienen ist. Der Buchtitel bezieht sich auf das Johannes-Evangelium, das in bildlicher Sprache die Begriffe "Licht" und "Finsternis" benutzt und dem sich eine gewichtige Gruppe der Freimaurer besonders verpflichtet fühlt.

Zu den "Söhnen des Lichts", so berichtet das Buch, gehörten außer Stresemann noch andere Staatsmänner und Politiker der jüngsten Geschichte oder Gegenwart, so zum Beispiel Roosevelt und Truman, die in ihren Logen die höchsten Grade der Freimaurer-Würde erkletterten. Auch Churchill, Eisenhower, Mendès-France, der französische Sozialistenführer Guy Mollet und der Präsident des französischen Senats, Monnerville, gelten in der Internationale der Freimaurer als "Brüder".

Autor Peyrefitte, wie in früheren Büchern durch den autobiographischen Helden Georges Sarre repräsentiert, gibt sich, um seine Freimaurer-Forschung zu motivieren, als "Lehrling" der Pariser Loge "Die Neun Schwestern" (Schlüsselname für die Loge "Aufrichtigkeit und Treue") aus und stellt noch eine andere romanhafte Beziehung zur Freimaurerei her. Die Diplomaten-Tochter Françoise, die von Peyrefittes literarischem Double Georges Sarre in einem früheren Buch verführt und dann anderweitig verheiratet worden war und die in den "Söhnen des Lichts" zu Sarre zurückkehrt, empfängt, obwohl praktizierende Katholikin, ihre Weihe in der Pariser Frauenloge "Isis".

Obleich Papst Klemens XII. (1730 bis 1740) durch seinen Bannfluch die Freimaurer "für alle Ewigkeit" aus der katholischen Kirche ausgeschlossen hatte, sei die Kirche heute, so läßt sich Peyrefitte-Sarre belehren, toleranter gestimmt. Sarre, wie sein Autor Peyrefitte Jesuitenschüler, trifft unter den Freimaurern seinen alten Lehrer Père de Trennes wieder, einen Jesuitenpater, der inzwischen heimlich die Freimaurer-Weihen empfangen hat. Von ihm erfährt Sarre, daß Freimaurer eine Exkommunizierung kaum noch zu befürchten haben; allenfalls werde ihnen ihr Beichtvater besondere Gebete auferlegen.

Der Pater zieht aus seiner Briefftasche eine vergilbte Photographie, die den Kardinal Mastai-Ferretti, den späteren Papst Pius IX., in einem Sessel sitzend zeigt, über seinem Kardinalsmantel trägt er das Band eines Logen-Meisters.

Das kompromittierende Bild, so erfährt der Held Peyrefittes, sei zwar eine Fälschung, aber das Gerücht, daß Pius IX. die Maurer-Weihe empfangen habe, wolle bis heute nicht verstummen; es sei sogar in der verbreiteten französischen Enzyklopädie "Larousse" verzeichnet gewesen.

"Die Seligsprechung dieses Papstes", so heißt es in den "Söhnen des Lichts", "zieht sich sonderbarer Weise in die Länge - obschon seine Wunderwerke kaum zu zählen sind und obschon er das Dogma der Unbefleckten Empfängnis und der päpstlichen Unfehlbarkeit proklamierte." Vom gegenwärtigen Papst Johannes XXIII. behauptet Peyrefitte, er habe, als er noch Nuntius in Paris war, gute Beziehungen zu prominenten Maurerbrüdern unterhalten.

Der Autor beruft sich dabei auf das Zeugnis des Barons Marsaudon, der, obwohl Maurer höchsten Grades und Mitglied des obersten französischen Logenrates, nach dem letzten Kriege dem Gesandten-Posten des vom Vatikan protegierten Malteser-Ritterordens übernahm.

Mit dem päpstlichen Nuntius Roncalli, dem späteren Papst Johannes XXIII., so behauptet der Baron Marsaudon bei Peyrefitte, habe er lange Gespräche über die Symbolik des Johannes-Evangeliums, des "Evangeliums des Lichtes", geführt. In Erinnerung an diese nächtlichen Gespräche habe der Kardinal Roncalli, als er zum Papst gewählt worden war, den Namen Johannes angenommen, versichert der Baron.

Der Baron Marsaudon erzählt auch die Details einer Audienz, die ihm Johannes XXIII. gewährt habe: "Ich kniete vor ihm nieder, um vom Papst den Segen zu erbitten, den mir der Nuntius erteilt hatte ... Dann bat ich ihn, in meiner Person alle (Freimaurer-) Brüder zu segnen, die so dächten wie ich. Er war einverstanden. Ich bat ihn ferner, alle jene Brüder zu segnen, die nicht so dächten wie ich. Er war einverstanden. 'Heiliger Vater', rief ich aus, 'der Bannfluch ist aufgehoben!' - 'Nein', sagte er lächelnd, 'aber du, mein Sohn, erhebe dich!'"

Peyrefitte läßt seinen Helden eine Bildungsreise in das Labyrinth der französischen Logen unternehmen. Unter seinem Pseudonym Georges Sarre beruft sich Peyrefitte dabei augenzwinkernd auf seine eigenen früheren Bücher, die dem Helden Sarre auch solche Türen öffnen, die sonst verschlossen bleiben. "Er wußte schon so viel", sagt ein früherer Abgeordneter der Radikalen namens Leblond (Schlüsselname für den ehemaligen Abgeordneten Charles Hernu) über Sarre, "daß es kaum noch etwas zu verbergen galt."

Der Abgeordnete Hernu alias Leblond gilt als Bewunderer des Maurers Mendes-France und des Schriftstellers Peyrefitte, der schon früher an ihm beim Händeschütteln jene kitzelnde Vibration eines Fingers verspürte, mit der sich die Logenbrüder untereinander zu erkennen geben. Hernu gehörte zum antiklerikalen Flügel der französischen Freimaurer, zur Loge "Groß-Orient", die wegen ihrer atheistischen Tendenz von der orthodoxen "Groß-Loge von Frankreich" als "irregulär" bekämpft wurde.

Auch Mendes-France, so erfährt der Held Peyrefittes, gehörte dem "Groß-Orient" an - bis ihm nach dem Kriege ein peinlicher Zwischenfall die Freude am Tempeldienst verleidete. Nacheinander erschienen drei Maurer-Rechercheure in seiner Wohnung, um - wie auch bei anderen Logenbrüdern - seine Haltung im Kriege zu überprüfen.

Der erste, so behauptet der Autor der "Söhne des Lichts", verlangte von dem damaligen Wirtschaftsminister de Gaulles ein polizeiliches Führungszeugnis, zwei Lichtbilder und eine eidesstattliche Versicherung, daß er die Vichy-Regierung "weder materiell noch moralisch" unterstützt habe. Der zweite wiederholte die Prozedur, ohne sich um die Einwände des Bruders Mendes-France zu kümmern. Den dritten, der sich anschickte, die gleichen Wünsche zu äußern, so heißt es, setzte Mendes-France "brüderlich-herzhaft" vor die Tür.

Peyrefitte widerspricht der Legende, daß die profilierten Politiker der III. Republik, Clemenceau, Briand, Herriot, Blum und Daladier, Freimaurer gewesen seien: Von ihnen hätte sich Briand bei einer radikal orientierten Loge in Saint-Nazaire nur beworben, sei jedoch zurückgewiesen worden; Herriot habe das gleiche bei einer gemäßigten Loge in Lyon erleben müssen.

Zur Zeit der Volksfront befanden sich in der französischen Deputiertenkammer allerdings 250 Freimaurer; in der letzten Legislaturperiode der - IV. Republik war ihre Zahl auf rund hundert zusammengeschmolzen, und im De-Gaulle-Staat gibt es - nach Auskunft des Chronisten Pey-

refitte - nur noch rund zwanzig Deputierte, die sich auf Brüderart die Hand schütteln.

Eine der ersten Handlungen der provisorischen Exil-Regierung de Gaulles während des Krieges war indes die Aufhebung des Logen-Verbots, das von der Vichy-Regierung erlassen worden war. De Gaulle habe - nach Peyrefitte - die internationale Aktivität der französischen Freimaurer begünstigt, indem er zum Beispiel den "souveränen Groß-Kommandeur" des französischen Logenrates Raymond, 1945 nach Amerika entsandte, damit er bei der Weihe Präsident Trumans zum Maurer der höchsten (33.) Stufe zugegen sein konnte.

Äußere Erkennungszeichen entdeckte der Autor der "Söhne des Lichts" nur bei den unteren Graden der Logenbrüder; die wirklich "Eingeweihten", erläutert er, pflegten ihre Logenzugehörigkeit eher diskret zu behandeln.

Ein Jesuitenpater belehrt Sarre, daß es wahrscheinlich in der Maurer-Hierarchie "unbekannte Obere" gebe, die sich von den Logen fernhielten - einen mysteriösen "Rat der Weisen", der die Freimaurer, mehr als sechs Millionen Logenangehörige, ohne Wissen der Majorität dirigiere und dessen Sitz "etwa" New York sein könne. "Im übrigen ist das Freimaurertum ein Chamäleon, das alle Farben annimmt", erläutert der Jesuit, "eine Hydra, der kein Herkules jemals alle Köpfe abschlagen wird."

In Frankreich hatte sich während des Krieges der Marschall Pétain dennoch an diese Herkules-Arbeit herangewagt; er ließ in Vichy eine Stelle zur Bekämpfung von "Geheimgesellschaften" einrichten, die von Admiral Platon geleitet wurde. Pétain, der den Freimaurern nicht verzieh; 'daß sie ihn einst auf eine "schwarze Liste" gesetzt hatten, machte sie bereits in seiner ersten Proklamation für die Niederlage der französischen Armee verantwortlich - nach dem Beispiel Ludendorffs, der nach dem Ende des Ersten Weltkriegs mit einer ähnlichen Beschuldigung die "Ehre der deutschen Armee" hatte retten wollen.

Während des Zweiten Weltkriegs, so läßt sich Georges Sarre berichten, habe ein Beauftragter der deutschen Sicherheitsbehörden, die in der Freimaurerei einen Hort international-jüdischer Weltverschwörung sahen, den französischen Präfekten Riandey zu sich bestellt, der nicht nur Mitglied des obersten französischen Logenrates, sondern obendrein ein Spitzenfunktionär der Résistance gewesen sei.

Zur Überraschung Riandey's, der mit seiner Verhaftung rechnete, habe ihn der deutsche Beauftragte aber nur nach Logen-Verbindungen prominenter Personen des deutschen Besatzungsregimes gefragt, zum Beispiel wegen des Botschafters Abetz, des Generals von Stülpnagel und sogar wegen des Außenministers Joachim von Ribbentrop. Der Wahrheit entsprechend habe der Präfekt dementiert, daß Stülpnagel oder Ribbentrop zu Freimaurern Beziehungen unterhalten hätten; Abetz dagegen sei vor dem Kriege Gast bei der Pariser "Goethe-Loge" gewesen.

Als Erfinder jenes "V-Zeichens" - der im Winkel auseinandergestellten Zeige- und Mittelfinger -, mit dem Winston Churchill im vergangenen Weltkrieg die Endsieg-Erwartungen der Engländer symbolisierte, stellt Peyrefitte einen englischen Freimaurer vor, den Maler und Schriftsteller Aleister Crowley. Crowley, der dem Premier Churchill diese Geste beibrachte, habe aber nicht den Anfangsbuchstaben des Wortes victory (Sieg) gemeint, sondern die Hörner des Teufels, die er als mystisches Gegenzeichen zum Hakenkreuz wirken lassen wollte. Nach Kriegsende ließ Crowley Porträt-Karten von sich verteilen, auf denen er im Stile Churchills eine dicke Zigarre raucht. Die Unterschrift: "Der Erfinder des V-Siegeszeichens."

In einer Weihe-Prozedur wird Peyrefittes Held Georges Sarre in die Traditionsloge "Die Neun Schwestern" aufgenommen - in die Loge "Aufrichtigkeit und Treue", deren Mitglied Voltaire 1778, wenige Wochen vor seinem Tode, geworden war und der auch, Benjamin Franklin angehörte.

Peyrefittes Double-Sarre, im Smoking und mit verbundenen Augen, wird in den Logentempel geführt und einem Verhör unterzogen. Dann muß er bei Musik, die von Mozart zu Wagner

wechselt, drei symbolische "Reisen" unternemen, in die Stadien Kindheit, Jugend und Reife. Auf der letzten dieser Reisen - Stolper-Promenaden im Kreise der Brüder - besteht er die "Feuerprobe", indem seine Hand über einen elektrischen Heizofen gehalten wird.

Der "Meister vom Stuhl" fordert ihn schließlich auf, den Maurer-Schwur zu leisten; die Hand des Peyrefitte-Doubles ruht dabei auf der ersten Seite des Johannes-Evangeliums einer aufgeschlagenen Bibel; neben der Bibel liegen die Maurer-Attribute Winkelmaß, Zirkel und Schwert. Bei den Worten "Es werde Licht!" wird dem Adepten die Binde abgenommen; der Tempel ist hell erleuchtet, und der Meister nennt den Peyrefitte-Geweihten zum erstenmal "Bruder".

"Trotz seines Sinns für das Komische", deutet der Autor die Empfindungen seines Helden, "entdeckte er in den Riten der Maurer nicht mehr Komik als in den Riten der Kirche."

Roger Peyrefitte: "Les Fils de la Lumière". Editions Flammarion, Paris ...<<

Der afroamerikanische Bürgerrechtler Malcolm X (1925-1965, eigentlich Malcolm Little, Sprecher der 1930 in den USA gegründeten islamischen Bewegung "Black Muslims") erklärte im März 1962 während einer Diskussion an der Cornell Universität (x058/200-201): >>Während die Weißen in der Vergangenheit unbegrenzte Autorität und Herrschaft über die schwarze Menschheit ausübten, verlieren sie heute nach und nach das Vermögen, den Schwarzen allseitig Vorschriften zu machen.

Während die schwarzen Nationen noch gestern bei ihren eigenen Angelegenheiten nicht mit-sprachen, so sprechen sie heute in ihren eigenen Angelegenheiten das entscheidende Wort, was bedeutet, daß die Stimme des weißen Mannes oder der weißen Welt täglich leiser und die Stimme der farbigen Welt täglich lauter wird. ...

... Die gleiche Rebellion, die gleiche Ungeduld, der gleiche Zorn, die in den Herzen der schwarzen Leute in Asien und Afrika vorhanden ist, existiert auch in Herz und Geist der 20 Millionen Schwarzen in diesem Lande, die genauso gründlich kolonisiert wurden wie die Menschen in Afrika und Asien.

Ich möchte betonen, daß sich Amerika lächerlich macht, in internationalen Konferenzen auf-zustehen und sich als den Führer der freien Welt zu bezeichnen. Hier ist ein Land, Onkel Sam, das aufsteht und mit dem Finger auf die Portugiesen, auf die Franzosen und andere Kolonialisten zeigt, und in dem es andererseits 20 Millionen schwarze Leute gibt, die zu Bürgern zweiter Klasse verdammt sind.

20 Millionen schwarze Leute, die noch immer (von den Weißen) getrennt werden. ... Amerika predigt das eine und praktiziert das andere. Und (deshalb) wollen wir uns gar nicht mit Heuchlern zusammentun, die das eine predigen und das andere tun.

Der einzige Weg, das bestehende Rassenproblem zu lösen, besteht darin, die Gefühle der Massen, nicht die der Minderheit zu betrachten; die Mehrheit nicht die Minderheit. Und es ist erwiesen, daß die Masse der weißen Leute nicht wollen, daß die Neger mit Gewalt ihre Nachbarn werden, und die Masse der schwarzen Leute denkt nicht daran, daß dies eine Lösung sein könnte; es bleiben also als Befürworter der Integration nur die Negerminorität, wie ich sagte, die Bourgeoisie und die weiße Minderheit, die sogenannten weißen Liberalen übrig.

Aber der gleiche weiße Liberale, der offen bekennt, die Integration zu wünschen, zieht als erster aus, wenn der Neger in seine Nachbarschaft umzieht. ...

Wenn nun alle schwarzen Leute in die weißen Gemeinden umzögen, hätten wir über Nacht einen Rassenkrieg. Wenn schon 4 oder 5 kleine Studenten, die in New Orleans zur Schule gehen, einen Aufruhr erzeugen, wie wir ihn hier unten gesehen haben, was, glauben Sie, würde geschehen, wenn alle schwarzen Leute die Schule besuchten, die sie wollen?

Wir würden einen Rassenkrieg haben. Deshalb empfinden wir, daß unsere Auffassung ... vernünftiger ist, als hier herumzulaufen und darauf zu warten, daß die Weißen uns den Zutritt zu ihrer Mansarde oder ihrem Kellergeschoß erlauben. ...<<

Adolf Eichmann (1906 in Solingen geboren) wurde am 1. Juni 1962 im Gefängnis von Ramle, bei Tel Aviv, hingerichtet.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über Adolf Eichmann (x051/140):
>>Eichmann, Adolf, geboren in Solingen 19.3.1906, gestorben in Ramle bei Tel Aviv 1.6.1962 (hingerichtet), SS-Obersturmbannführer (9.11.41); aufgewachsen in Linz (Oberösterreich), abgebrochenes Maschinenbaustudium, Arbeiter, Vertreter, Mitglied bei Wandervogel und Jungfrontkämpferbund.

Durch Bekanntschaft mit Kaltenbrunner kam Eichmann am 1.4.32 zur österreichischen NSDAP und zur SS. In Bayern machte er 1933/34 eine militärische Ausbildung bei der SS-Verfügungstruppe und trat als SS-Scharführer am 1.10.34 ins SD-Hauptamt ein, wo er im "Judenreferat" Auswanderungsangelegenheiten bearbeitete.

Die Erfahrungen – Eichmann verhandelte mit zionistischen Funktionären, hatte sogar ein wenig Hebräisch gelernt und war 1937 auf Inspektionsbesuch in Palästina – kamen ihm zustatten, als er im August 38 mit dem Aufbau einer "Zentralstelle für jüdische Auswanderung" in Wien beauftragt wurde: In weniger als anderthalb Jahren trieb diese 150.000 österreichische Juden zur Auswanderung.

Die nächste Position brachte weniger "Erfolge": Die "Reichszentrale für die jüdische Auswanderung", die Eichmann im Oktober 39 in Berlin übernahm, verlor im Krieg ihre Bedeutung. Auswanderung wurde durch Deportation ersetzt, und auch hier war Eichmann führend beteiligt:

Seit Dezember 39 im RSHA, Amt IV, Referat IV D4 für "Auswanderung und Räumung", dann im Referat IV B4 für "Judenangelegenheiten und Räumung" zuständig, wurde Eichmann zur zentralen Figur der Deportationen von über drei Millionen Juden aus dem gesicherten deutschen Machtbereich in die Vernichtungslager im Rahmen der sogenannten Endlösung der Judenfrage. Er besuchte Auschwitz, drängte verbündete Regierungen zur Auslieferung ihrer jüdischen Bürger, verhandelte mit Joel Brand über den – gescheiterten – Freikauf ungarischer Juden (1944) und organisierte auch vor Ort Transporte in die Todesfabriken.

Dennoch als v.a. Schreibtischtäter wenig bekannt, konnte Eichmann 1946 aus amerikanischer Gefangenschaft fliehen, mit kirchlicher Hilfe nach Argentinien entkommen und dort untertauchen (falscher Name u.a. Richard Klement); sogar der Nachzug der Familie gelang ihm.

Israelische Geheimagenten spürten ihn schließlich auf und entführten ihn nach Israel, wo er in einem aufsehenerregenden Verfahren (2.4. bis 11.12.61) vor Gericht gestellt und zum Tod verurteilt wurde.<<

Die USA blockierten am 22. Oktober 1962 Kuba, um die Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen zu verhindern (internationale Kubakrise).

US-Präsident Kennedy berichtete am 22. Oktober 1962 während einer Fernsehansprache (x243/94): >>... Im Laufe der letzten Woche haben eindeutige Beweise die Tatsache erhärtet, daß derzeit auf dieser unterdrückten Insel (Kuba) mehrere Anlagen für Angriffsraketen errichtet werden. Der Zweck dieser Anlagen kann nur darin bestehen, die Möglichkeit eines Atomschlags gegen die westliche Hemisphäre zu schaffen. ...

Wir werden das Risiko eines weltweiten Atomkriegs nicht voreilig ohne Not eingehen, ... wir werden dieses Risiko aber auch nicht scheuen, falls es zu irgendeinem Zeitpunkt eingegangen werden muß. ...<<

Nach 6 dramatischen Tagen lenkte die UdSSR fast im letzten Moment ein. Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow versprach schließlich, die bereits errichteten nuklearen Raketenabschlußvorrichtungen wieder abzubauen.

Das US-Magazin "Newsweek" berichtete damals über die dramatische Phase der Kubakrise (x073/292): >>... "Als ich zum Kommandoposten (des Pentagon = Gebäude im US-Verteidigungsministerium in Arlington/Virginia) hinunterstieg", erinnert sich ein Luftwaffen-

hauptmann, "hatte ich ein Gefühl wie nie zuvor. Ich fragte mich, ob ich je meine Frau und meine Kinder wiedersehen würde. Ich fühlte, daß wir dem Krieg nahe waren". ...

Unten auf dem Boden des Raumes kontrollierten 7 Offiziere und Sergeanten den Druckknopf zum Kriege – die Leitungen, die das weltweite Überwachungssystem mit dem Präsidenten, dem Verteidigungsminister und den vereinigten Stabschefs verbanden.

Ein Offizier und ein Sergeant trugen Pistolen vom Kaliber 38, gefährlich aussehende Dinger, mit abgeschnittenem, stupsnasigem Lauf und knöchernem Griff – Waffen, die ausschließlich dazu bestimmt waren, jedes Mitglied des Teams zu erschießen, das unter dem seelischen Druck zusammenzubrechen oder den Krieg in einer hysterischen Panik vom Zaune zu brechen drohte. 2 Offiziere trugen Schlüssel mit Plastikschildern um den Hals.

Sollte Präsident Kennedy das Sirensignal mit Defcon 1 (Verteidigungsfall) geben, dann würden sie die Schlüssel von ihren Hälsen lösen, getrennte Schlösser von einem roten 60 mal 15 cm großen Kasten öffnen, 12,5 Quadratcentimeter große Plastikbeutel herausnehmen, sie öffnen und an alle strategischen Luftstreitkräfte von Alaska bis Guam, von Spanien bis England einen gleichlautenden Befehl erteilen: "Kriegsausbruch!" ("Go to war!")

"Wir kamen ungemütlich nahe daran, die Sirenen zu hören", sagte letzte Woche ein Offizier, der in jenen Tagen im Kriegssaal saß.

"Wenn Chruschtschow den falschen Zug gemacht hätte und eine seiner Mittelstreckenraketen auf unser Land gefeuert hätte, würden die strategischen Luftstreitkräfte sofort losgeschlagen haben."

Die Meldeschirme im Kriegssaal zeigten in jener Woche, daß 90 B-52-Bomber, beladen mit 25- bis 50-Megatonnen-Bomben, ununterbrochen über dem Atlantik kreisten und auf den Angriffsbefehl warteten. Auf dem Boden standen weitere beladene B-52, 800 leichte B-47 und 70 modernste B-58 Hustlers startklar. 8 Polaris-U-Boote im Nordatlantik hatten ihre 128 Raketen auf Rußland gerichtet. Im Mittelmeer und im Gelben Meer standen an Deck der Flugzeugträger der 6. und 7. Flotte nukleare Bomber bereit. Und in den USA standen 102 Atlas, 54 Titan und 12 Minuteman (interkontinentale Raketen) auf ihren Startrampen.

Dann zuckte Chruschtschow zurück. Die Männer im Kriegssaal atmeten tief durch: die Welt konnte eine Weile weiterleben. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Blockade Kubas (x068/322-323): >>... Im Sommer 1962 beschlossen Chruschtschow und Castro russische Raketen auf Kuba zu stationieren. Nun hatten zwar bisher die USA schon viele solche Basen im Ausland installiert, noch nie aber die Russen. Als verstärkte Aufklärungsflüge über Kuba im Herbst den Bau von Boden-Luft-Raketenbasen einwandfrei erwiesen, entschloß sich Kennedy schnell, die Raketen so oder so verschwinden zu lassen. Fieberhaft suchte das Weiße Haus nach einer Lösung und entschied sich für eine Seeblockade, um sowohl weitere Lieferungen zu verhindern als auch den Abzug bereits gelieferter Raketen zu erzwingen.

Am 22. Oktober brandmarkte Kennedy in einer Fernsehansprache an die Weltöffentlichkeit die Schaffung einer "nuklearen Schlagkraft gegen die westliche Hemisphäre". Er verlangte mit aller Entschiedenheit die Beseitigung der Bedrohung, den Abbau der Rampen, appellierte an Ministerpräsident Chruschtschow, "diesen Weg zur Weltherrschaft aufzugeben", und verhängte eine "Quarantäne" (ein milderer Ausdruck für Blockade, die eigentlich schon als Kriegshandlung gilt) für alle Waffenlieferungen nach Kuba.

Es war die gefährlichste politische Krise in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die ganze Welt befand sich in Erregung, man stand am Rand eines amerikanisch-sowjetischen Krieges.

Bertrand Russell, der Philosoph und Nobelpreisträger für Literatur (1950), nannte Kennedy "ruchloser als Hitler" und drahtete ihm: "Wir wollen keinen Massenmord. ... Stellen Sie diesen Wahnsinn ein". Chruschtschow bat er um weitere Entspannungsbemühungen und telegra-

phierte ihm: "Wir setzen unsere größte Hoffnung in ihre fortgesetzte Nachsicht"!

Der Kreml, durch die schnelle Entdeckung der Raketenbasen offensichtlich überrascht, gab seinen Willen zu einer friedlichen Regelung deutlich zu erkennen. Die in Kuba zunächst befindlichen sowjetischen Schiffe ändern ihren Kurs und drehen ab. Chruschtschow schreibt einlenkend an Kennedy. Dieser begrüßt postwendend "die Bekundung Ihres Wunsches, eine rasche Lösung zu suchen".

Chruschtschow macht zwei Angebote zum Abbau der Raketenbasen, entweder keine (amerikanische) Landung auf Kuba oder Entfernung der amerikanischen Raketenbasen in der Türkei. Kennedy entscheidet sich für das erste. Er verzichtet auf eine Invasion und bietet die Beendigung der Quarantäne an. Chruschtschow antwortet, daß die Waffen, "die Sie als offensiv bezeichnen", abgebaut und in die Sowjetunion zurückgebracht werden. Kennedy stimmt dieser Rückzug begreiflicherweise sehr zufrieden. Es ist der 28. Oktober ...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über die Kubakrise (x283/242-244): >>... Am 22. Oktober 1962 erfuhr die Welt aus einer aufwendig inszenierten Rede von Präsident Kennedy, daß die Sowjets auf der Insel einen Militärstützpunkt aufgebaut hatten, dessen nukleare Mittelstreckenraketen die USA bedrohten. Luftaufnahmen hatten festgestellt, daß die Basen kurz vor der Einsatzbereitschaft standen.

Fidel Castro erhoffte sich dadurch Schutz gegen eine Wiederholung der im Vorjahr abgewehrten, von der 'Central Intelligence Agency' unterstützten Landung bewaffneter Exilkubaner in der Schweinebucht; Chruschtschow ging es um einen strategischen Vorposten im Kalten Krieg.

Kennedy verlangte von Moskau unverzüglichen Abzug der Raketen und den Abbau der Basen, rief den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an und verkündete eine Seeblockade über Kuba. Unverhüllt drohte er mit einem Gewaltakt, bei dem er auch den atomaren Erstschlag nicht ausschloß.

Seit 1901 proklamierte und praktizierte Washington ein Interventionsrecht auf Kuba, erneut seit der Machtübernahme Castros 1959. Mit dessen Hinwendung zu Moskau war er für das amerikanische Selbstbewußtsein ein Dorn im Auge. Aber alle Versuche der Regierung, die Kubaner durch ein Embargo (seit Februar 1962) oder den 'Máximo Líder' mit Mafia-Methoden (seit 1960) umzubringen, scheiterten.

Schon Anfang 1962 begann in gigantischem Umfang der Aufmarsch der Army für einen Panthersprung nach Kuba zum Sturz Castros. Ein fingierter Vorwand – die Kuba zur Last gelegte Selbstversenkung eines amerikanischen Schiffes – sollte nach Robert Kennedy nationale Empörung auslösen und die Aktion vor dem Fernsehpublikum rechtfertigen.

Mit Finten – amtlich: "ungeklärten Zwischenfällen" zur See – hatte Washington schon 1898 den amerikanisch-spanischen Krieg in der Karibik inszeniert (Versenkung des Linienschiffs 'Maine'), 1915 den Krieg gegen Deutschland vorbereitet (Opferung der 'Lusitania') und 1964 den Vietnamkrieg eröffnet (Tongking-Zwischenfall). ...

Nun drängte der Pentagon zum Krieg gegen Kuba, zumal seit dem 15. Oktober die ersten Fotos der Abschlußrampen vorlagen. ...

In den folgenden 13 Tagen wurde hoch gepokert. Die US-Air Force stand bereit, 3.500 Atomwaffen gegen 1.077 Ziele in der UdSSR und der Volksrepublik China einzusetzen. Unmittelbar nach der Kennedy-Rede hatte Castro mobil gemacht. Moskau befahl indessen, jede Provokation zu vermeiden.

Dennoch wurde am 27. Oktober, dem "Schwarzen Samstag", ein Aufklärungsflieger ... über Kuba vom Himmel geholt und auf See kam es zu Konfrontationen mit Blockadebrechern, atomar bestückten Unterseebooten der Sowjets. Eigenmächtigkeiten auf der unteren Ebene drohten Castros laut geäußerten Wunsch nach einem Atomkrieg gegen den Imperialismus zu erfüllen.

Im Weißen Haus suchte man durch ein Ausgleichangebot den Russen den Rückzug zu erleichtern. ... Am 28. Oktober gab Chruschtschow nach. Er brüstete sich als Retter des Weltfriedens, aber zwei Jahre später wurde er als ... Schwächling gestürzt.

Sein Nachfolger Breschnew suchte das eklatante Rüstungsdefizit gegenüber den Vereinigten Staaten mit hohem Kostenaufwand auszugleichen und trieb damit sein Land dem wirtschaftlichen Ruin entgegen. Der Vorsprung Amerikas war nicht einzuholen. Das Pentagon verfügt mittlerweile über 18.000 atomare Sprengköpfe. ...<<

Die französische Regierung verweigerte am 28. Januar 1963 weitere Beitrittsverhandlungen wegen der Aufnahme Großbritanniens in die Europäische Gemeinschaft (x128/283).

Präsident John F. Kennedy erklärte am 28. Februar 1963 vor dem US-Kongreß (x272/272-273): >>... "Unsere Verfassung ist farbenblind", schrieb der Bundesrichter Harlan vor der Jahrhundertwende, "sie kennt und duldet keine Klassen unter den Bürgern."

Doch die Praxis im Lande entspricht nicht immer den Grundsätzen der Verfassung, ... und die schädlichen kostspieligen und ungerechten Folgen der Rassentrennung und Diskriminierung zeigen sich in allen Bereichen unseres Lebens. ...

Das Negerkind, das heute in Amerika geboren wird – gleich, wo es zur Welt kommt -, hat nur halb soviel Chancen, die höhere Schule abzuschließen, wie ein weißes Kind, das am gleichen Ort und am gleichen Tag geboren wird; nur ein Drittel der Chancen, die Universität zu absolvieren, nur ein Drittel der Chancen, einen freien Beruf zu ergreifen, doch das zweifache Risiko, arbeitslos zu werden, eine um 7 Jahre geringere Lebenserwartung und die Aussicht, nur halb soviel zu verdienen.

Kein Amerikaner kann das Bild voll entschuldigen, erklären oder verteidigen, daß diese Statistiken ergeben.

Rassendiskriminierung hemmt unser Wirtschaftswachstum, denn sie verhindert, daß wir unsere Arbeitskraft maximal entfalten und nutzen. Sie beeinträchtigt unsere Führerrolle in der Welt, denn sie widerlegt bei uns zu Hause die Botschaft, die wir im Ausland verkünden.

Rassendiskriminierung verdirbt die Atmosphäre einer geeinten, klassenlosen Gesellschaft, in der unsere Nation zur Größe aufstieg. Sie erhöht die Wohlfahrtslasten, die Kriminalität, vor allem aber ist sie unrecht.<<

Der deutsche Journalist Thilo Koch (1920-2006) berichtete am 12. Mai 1963 über Rassenschranken in Atlanta, Georgia (299/185): >>... Der Chefarzt eines Negerkrankenhauses, indem auch Weiße aufgenommen werden, wenn sie das wünschen, nimmt an einer wissenschaftlichen Tagung teil; beim gemeinsamen Mittagessen wird er nicht bedient, weil das Hotel ... die Rassentrennung aufrecht hält. Unter Protest verläßt der schwarze Arzt, der überdies zufällig eine nahezu weiße Hautfarbe hat, die Tagung.<<

Der kubanische Ministerpräsident Fidel Castro erklärte am 23. Mai 1963 in Moskau (x299/178): >>... Der Sieg der Revolution auf Kuba, daß nur 90 Meilen von dem größten Herd des Imperialismus entfernt ist, hat ein übriges Mal die Richtigkeit des unumstößlichen Prinzips des Marxismus-Leninismus bestätigt, daß die Imperialisten sich selbst unweigerlich ihr Grab schaufeln und ihre eigenen Totengräber hervorbringen. ...

Die kubanische Revolution konnte nur ausharren, weil sich in der Welt heute ein neues Kräfteverhältnis zugunsten der für ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Völker herausgebildet hat.<<

Der deutsche Journalist Thilo Koch (1920-2006) berichtete am 7. Juni 1963 über die Rassenschranken in den Südstaaten (x299/185): >>... In vielen Südstaaten ist es noch immer eine an das politische Stimmrecht geknüpfte Voraussetzung, daß der Wähler ... nachweisen (muß), daß er lesen und schreiben kann. Aber oftmals wird der Negerbevölkerung bereits das Erlernen der einfachsten Erziehungsgrundlagen erschwert oder sogar unmöglich gemacht. ...

Auf dem Universitätsgelände von Oxford im Staate Mississippi ... kam es im Herbst vergan-

genen Jahres zu den bisher schlimmsten Ausschreitungen, die eine amerikanische Universität gesehen hat, (als Bundestruppen die Zulassung des Negerstudenten James Meredith zum Studium erzwangen).

Meredith hat sogar vor einigen Tagen ... mit zwei Weißen zusammen am Tisch gesessen und gegessen. Die polizeiliche Bewachung ... konnte sich in einer gewissen Distanz halten.<<

Der nordamerikanische Präsident John F. Kennedy besuchte am 26. Juni 1963 während seiner Deutschlandreise auch West-Berlin.

Vor mehr als 300.000 Menschen bekräftigte Kennedy die US-Sicherheitsgarantien für Berlin ("Auch Ich bin ein Berliner! ...").

US-Präsident John F. Kennedy erklärte während seines 7stündigen Besuches in West-Berlin (x092/1.013): >>... Die Wahrheit verlangt von uns, daß wir den Tatsachen ins Auge schauen, daß wir uns von Selbsttäuschung freimachen, und daß wir uns weigern, nur in Schlagwörtern zu denken.

Wenn wir für die Zukunft dieser Stadt arbeiten wollen, dann lassen sie uns mit den Gegebenheiten fertig werden, wie sie tatsächlich sind, ... nicht wie sie nach unseren Wünschen sein sollten. ...

Der stolzeste Satz den man heute in der freien Welt sagen kann, heißt: Ich bin ein Berliner. ... Deshalb bin ich als freier Mensch stolz darauf, sagen zu dürfen:

Auch ich bin ein Berliner!<<

Die BdV-Bundesversammlung kritisierte am 8. Juli 1963 die Voreingenommenheit sowie einseitige Berichterstattung in den westdeutschen Rundfunk- und Fernsehsendungen (x155/99-100): >>Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen wendet sich mit allem Ernst gegen Tendenzen in einem Teil der öffentlichen meinungsbildenden Organe, den deutschen Rechtsstandpunkt in der Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit, der Vertretung des Rechts auf die Heimat und des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen abzuwerten. Solche Tendenzen verstoßen gegen das Grundgesetz, das jedem Bürger die Verpflichtung auferlegt, die deutsche Einheit in Freiheit zu vollenden. Sie untergraben den Willen des deutschen Volkes zur Selbstbehauptung. Sie widersprechen der von allen staatstragenden Kräften der Bundesrepublik klar und einheitlich vertretenen Politik.

Die Bundesverwaltung warnt die deutsche Öffentlichkeit, gedankenlos einem Verhalten zuzusehen, das eine den deutschen Lebensinteressen entgegengesetzte Politik propagiert und auf eine Nebenregierung hinausläuft.

Die Bundesverwaltung bekennt sich zum Recht auf Meinungsfreiheit. Meinungsfreiheit heißt aber nicht Meinungsmonopol. Der Anspruch auf ungeschmälerte und unverfälschte Gegenüberung muß auch gegen Rundfunk- und Fernsehanstalten gelten.

Die Bundesverwaltung legt den verantwortlichen Landesregierungen nahe, Staatsverträge und die Satzungen dieser Anstalten daraufhin zu überprüfen, ob die Respektierung des Grundgesetzes durch sie gewährleistet wird.<<

Egon Bahr (SPD-Politiker) sprach am 15. Juli 1963 während seiner "Tutzinger Rede" erstmals von einer "neuen Ostpolitik" (Wandel durch Annäherung).

Bundeskanzler Adenauer (CDU) erklärte am 11. Oktober 1963 vorzeitig seinen Rücktritt.

Ludwig Erhard (CDU) wurde am 16. Oktober 1963 zum neuen Bundeskanzler gewählt.

US-Präsident John Fitzgerald Kennedy (1917-1963) starb am 22. November 1963 nach einem Attentat in Dallas/Texas.

Der Tod des sehr beliebten US-Präsidenten erschütterte damals die Welt. In Berlin und in vielen anderen Metropolen fanden spontane Trauerkundgebungen statt.

Nachfolger des ermordeten US-Präsidenten Kennedy wurde Vizepräsident Lyndon B. Johnson (1908-1973).

Lyndon B. Johnson wurde wenige Stunden später als 36. Präsident der USA vereidigt. John-

son erklärte, Kennedys Politik fortzusetzen.

Der vermutliche Attentäter Lee Oswald (1939-1963) wurde 2 Tage später trotz Polizeibewachung durch den Nachbarbesitzer Jack Ruby (1911-1967) erschossen.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Ermordung Kennedys (x068/328-330): >>... Noch heute möchten viele, dass der Mörder Kennedys auf eigene Faust gehandelt habe, dass er nichts anderes gewesen sei, so erst noch unlängst eine große deutsche Wochenzeitung, als "ein ganz gewöhnlicher Spinner". Aber es spricht vieles dafür, und die meisten Menschen sind inzwischen davon überzeugt, daß Oswald Agent in fremdem Auftrag, daß der Mord nicht die Tat eines einzelnen war, so wenig wie Oswalds Ermordung nur die von Jack Ruby, sondern daß dahinter jeweils mehrere standen, daß alles auf ein Komplott zurückgeht.

Das FBI hat aber gerade diesen dringenden Verdacht kein einziges Mal geäußert. Im Gegenteil, es hat ihn immer wieder zu entkräften versucht. Ja, Widersprüche und Fehlangaben durch FBI und Polizei sind so auffallend, daß die Vermutung naheliegt, sie verheimlichen etwas.

Schon vor Jahrzehnten wurde von L. L. Matthias ebenso eindringlich wie einleuchtend gezeigt, daß dieses Attentat unmöglich ein Einzelgänger begangen haben könne, ein Sonderling. "Es muß ein politisches Komplott gewesen sein, zu dem sehr machtvolle Persönlichkeiten gehört haben; es wäre sonst in dem aufweisbaren Umfang, mit der Polizei von Dallas und dem FBI im Vorspann, nicht möglich gewesen. ...

Historiker werden vielleicht zu einer späteren Zeit die Möglichkeit haben, festzustellen, daß das Verhängnis am 10. Oktober zu rollen begonnen hatte. Es war der Tag des Showdown, der Kraftprobe von Marienborn. Kennedy siegte am 10. Oktober. Dreiundvierzig Tage später, am 22. November, siegten seine Feinde."

Ist es aber Zufall, dass man am seltensten unter den Feinden des Präsidenten gerade jenen Kreis nannte, der weitaus der mächtigste war: das Big Business?

Natürlich ist Kennedy kein Gegner des Großkapitals gewesen. Er hatte schon im Wahlkampf 1960 die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums als "das vordringliche innenpolitische Problem" erklärt, ja betont, die Wirtschaft müsse jährlich um 5 % wachsen; wußte er doch, nur zu gut, daß er mit ihr "im selben Boot" saß. Freilich, die mächtige Stahlindustrie hatte er in die Knie gezwungen, den Kampf um den Stahlpreis gewonnen. Und war auch Barry Goldwaters Behauptung, Kennedy versuche "zu sozialisieren", lächerlich, sein Interesse an Mindestlohn, Arbeitslosenunterstützung, Sozialversicherung war bekannt.

Er sprach auch von der Armut Amerikas, und zwar als erster Präsident der USA, von der Größe dieser Armut. Ebenso verabscheute man seine gelegentliche Arroganz gegenüber der Geschäftswelt, für seinen Vater lauter "Schufte", für ihn selbst "tatsächlich eine üble Bande". Nun, ein Multidollarmillionär konnte da vielleicht etwas naßforscher auftreten. Ein wenig erinnert er, nicht nur in diesem Zusammenhang an F. D. Roosevelt, dessen Innenpolitik er bewundert hat. Aber war Kennedy nicht etwas zu kritisch? Zu hochmütig auch?

Seine Gegner rächten sich durch einen inszenierten Preissturz an der Börse: der größte Kursfall an einem Tag seit dem Börsenkrach von 1929. Nach der Attacke gegen U.S. Steel wollte man so der Nation eine bevorstehende Wirtschaftskrise, den "Vertrauensschwund" signalisieren.

Kennedy, kein Zweifel, war am meisten in den Kreisen der Industrie und Großfinanz verhaßt, überall, wo man Abrüstung fürchtete. Man nannte ihn "geschäftsunfreundlich", gar einen "Sozialisten". Und man haßte ihn aus ähnlichen Gründen, wie man Franklin Roosevelt gehaßt hatte. Beide kannten neben der Privatwirtschaft wenigstens am Rande noch sogenannte Staatsinteressen. Beide waren reich und intelligent, während ihre Gegner häufig nur reich gewesen sind. Besonders in den Südstaaten verübelte man Kennedy seine Einstellung zum Rassenproblem. Manche hängten dort Riesenpuppen mit seinem Gesicht und einem Strick um den Hals

aus dem Fenster.

Wenige Stunden vor dem Dallas-Attentat brachten die "Dallas Morning News" eine ganzseitige schwarzumrandete Anzeige, die unter der Schlagzeile "Willkommen Mr. Kennedy in Dallas" eine Reihe unverschämter Fragen an ihn stellte. Nach der Ermordung veröffentlichte "Life", die meistgelesene Zeitschrift der Welt, einen Nachruf auf Kennedy von 50 Zeilen, darin überdies nur den Eindruck seiner Gebrechlichkeit erweckend; nichts Positives. Und auf dem Titelblatt prangte nicht etwa der tote Präsident, sondern der Nachfolger Lyndon B. Johnson. "Time" verhielt sich nicht viel anders.

Jedenfalls war man, wenn schon keine Last, so doch ein Risiko los, wenn schon keinen Dolch im Herzen, so doch einen Dorn im Fleisch.

Die amerikanischen Präsidenten leben, wie fast alle Politiker der Welt, einschließlich der Päpste, von ihrem Amt. Nicht mehr im Amt, erinnert man sich eher früher als später kaum noch an sie. Nur die wenigsten gehen - und bleiben; was übrigens auch noch nichts heißt, außer Schlimmes oft, Schlimmstes. Doch wie auch immer: wer kennt heute noch einen Madison, van Buren, Harrison, wer kennt Tyler und Taylor, Polk und Fillmore, Pierce, Buchanan, Hayes, Garfield, wer Cleveland, Arthur, wer Taft oder Harding?

Wer erinnert sich noch deutlich selbst an Ford und Carter, Präsidenten der letzten zwanzig Jahre? "Mehr als anständiges Vergessen werden mit einer hübschen Pension ist nicht zu erhoffen" (E. Fawcett/T. Thomas).

Vor diesem Schicksal haben die Schüsse von Dallas John F. Kennedy bewahrt.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im September 2016) im COMPACT-Spezial Nr. 11 über die Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy (x342/40-43): >>Mister X packt aus

_ von Jürgen Elsässer

... Operation Northwoods

Unter Präsident John F. Kennedy (ab 1960) begann der Stern von Allen Dulles zu sinken. Eine seiner letzten verdeckten Operationen war die Invasion in der Schweinebucht, mit der im April 1961 die Castro-Regierung auf Kuba gestürzt werden sollte. Dazu wurden exilkubanische Kampfgruppen auf geheimen CIA-Stützpunkten in Florida ausgebildet. Doch nach deren Landung in der alten Heimat konnte sich ihr Brückenkopf nur kurz halten, die Flucht war schmachvoll. Kennedy machte Dulles für das Debakel verantwortlich und löste ihn als CIA-Chef ab.

Die Krisen um Kuba aber setzten sich fort, und Dulles dürfte über seine Militär- und Geheimdienstverbindungen - dazu gleich mehr - weiter in die Kriegsvorbereitungen der USA involviert gewesen sein. Vom Pentagon wurde jedenfalls 1961/62 ein Plan für verdeckte Subversionsaktivitäten gegen die Zuckerinsel ausgearbeitet, die die Handschrift der Black-Ops-Politik von Dulles trugen - und die sich wie ein Vorspiel zu den Terroranschlägen des 11. September lesen: Operation Northwoods.

Als CIA-Direktor gab Dulles Mordanschläge in Auftrag.

Operation Northwoods war auf Anforderung von General Edward Lansdale entworfen worden, dem Gründer der US Special Warfare School in Fort Bragg und Strategen des Eingreifens gegen Kuba und Vietnam. Der Plan wurde vom gesamten Oberkommando der Streitkräfte einschließlich dessen Vorsitzenden, General Lyman Lemnitzer, unterstützt und Verteidigungsminister Robert McNamara mit Datum vom 13. März 1962 zugestellt. Lemnitzer war im Zweiten Weltkrieg Mitarbeiter von Allen Dulles gewesen. Damit saßen mit ihm und Lansdale zwei Dulles-Zöglinge an den Schalthebeln der Umsetzung von Operation Northwoods.

Der Northwoods-Plot liest sich wie eine Blaupause von 9/11.

Im Northwoods-Handbuch wurden Terroraktivitäten vorgeschlagen, die von US-Agenten ausgeführt, aber den Kubanern in die Schuhe geschoben werden sollten, um einen Kriegsvorwand

zu schaffen. "Geheimen und lange unter Verschluss gehaltenen Dokumenten zufolge ... machte und verabschiedete der Vereinigte Generalstab Pläne, die vielleicht die schlimmsten waren, die je von einer US-amerikanischen Regierungsinstanz produziert worden sind.

Im Namen des Antikommunismus schlugen die Militärs einen geheimen und blutigen Terrorkrieg gegen ihr eigenes Land vor, um die amerikanische Öffentlichkeit für den irrwitzigen Krieg zu gewinnen, den sie gegen Kuba führen wollten", resümiert James Bamford in seinem Standardwerk zum US-Überwachungsdienst NSA.

Das alles klingt so unglaublich, daß an dieser Stelle darauf verwiesen werden muß, daß alles durch Originaldokumente der US-Armee belegt ist, die 1997/98 im Zuge des Freedom of Information Act freigegeben wurden. In den Northwoods-Planungen wurde angeregt, daß man "ein paar Plastikbomben in sorgfältig ausgewählten Orten explodieren lassen könnte", daraufhin solle "die Verhaftung kubanischer Agenten" erfolgen und "vorbereitete Dokumente freigegeben werden, die die kubanische Urhebererschaft untermauern". Begleitend könnte man "versuchte Entführungen von zivilen Luftverkehrsmaschinen ... als Nadelstiche der kubanischen Regierung erscheinen lassen".

Ein weiterer Northwoods-Plot liest sich wie eine Blaupause dessen, was am 11. September 2001 passiert sein könnte. Er sieht den heimlichen Austausch einer zivilen Passagiermaschine durch eine optisch zum Verwechseln ähnliche Drohne vor, deren Abschluß über Kuba dann simuliert wird. Wörtlich heißt es:

"Die Startzeiten des Drohnen-Flugzeuges und des echten Flugzeuges würden so bestimmt, daß ein Luft-Rendezvous südlich von Florida möglich ist. Wenn sich die Flugbahnen kreuzen, wird das Passagierflugzeug seine Flughöhe auf Mindesthöhe absenken und direkt auf einem Hilfsflugfeld der Luftwaffenbasis Eglin landen, wo Vorkehrungen getroffen wurden, um die Passagiere zu evakuieren und das Flugzeug in seinen ursprünglichen Zustand zu versetzen. Währenddessen wird das Drohnen-Flugzeug der vorgesehenen Flugroute folgen.

Sobald sich die Drohne über Kuba befindet, wird sie auf den internationalen Notfallfrequenzen einen "Mayday-Hilferuf" absetzen und darüber informieren, daß sie von einem kubanischen MiG-Flugzeug angegriffen wird. Die Übertragung bricht bei der Sprengung des Flugzeuges ab, die durch ein Funksignal ausgelöst wird."

Operation Northwoods wurde allerdings, im Unterschied zu den Attentatsplänen gegen Fidel Castro unter dem Codenamen Operation Mongoose, von Kennedy nicht genehmigt. Das war der erste wichtige Punkt, an dem sich JFK bei den Dulles-Seilschaften in Militär- und Geheimdienst unbeliebt machte.

Der Mord von Dallas

Der zweite Großkonflikt folgte ein Jahr später, 1962. Nachdem sowjetische Mittelstreckenraketen auf Kuba entdeckt worden waren, verhängten die USA eine Seeblockade. Im geheimen Krisenstab trommelte das Oberkommando der Streitkräfte unter Lemnitzer zum Angriff auf die Castro-Republik. 13 Tage lang stand die Welt am atomaren Abgrund. Doch Kennedy übergibt den Krisenstab und baute eine direkte Kommunikationsverbindung zum sowjetischen Staatschef Nikita Chruschtschow auf. Die beiden fanden einen Kompromiß, der nukleare Schlagabtausch wurde in letzter Sekunde verhindert. Die Militärs grollten.

Nach Kennedys Erfolg in der Kubakrise wurde Lemnitzer abgelöst. Der Kalte Krieg hatte seinen Höhepunkt überschritten, als der Präsident auch Ansätze zu einem Disengagement in Vietnam erkennen ließ. Als er im Sommer 1963 gar noch Gesetze vorbereitete, die die Macht der privaten Banken über die Geldpolitik der USA gebrochen hätten, war sein Todesurteil gesprochen. Die Schüsse von Dallas waren der Auftakt zur massiven Ausweitung der US-Militärintervention in Vietnam.

Über das Kennedy-Attentat liegt eine Legion von Untersuchungen vor, die an dieser Stelle nicht referiert werden können. Die Hinweise, daß Geheimdienstkreise in die Bluttat verwick-

kelt waren, sind jedenfalls erdrückend. Allen Dulles wurde nach dem Attentat in die staatliche Warren-Kommission berufen, die das Verbrechen aufklären sollte. In dieser Funktion favorisierte er von Anfang an die Alleintäterthese und blockierte jede Ermittlung über einen CIA-Hintergrund des Todesschützen Lee Harvey Oswald und über einen möglichen zweiten Mörder.

Dulles-Vertraute bauten die NATO-Geheimarmee Gladio auf.

Der abgelöste General Lemnitzer setzte sich keineswegs zur Ruhe. Er wurde NATO-Oberkommandierender in Europa und traf in Italien auf Dulles' alten Kontakt Licio Gelli. Ihr gemeinsames Ziel war die Verhinderung einer Regierungsbeteiligung der immer stärker werdenden Kommunistischen Partei. Gelli war Lemnitzer beim Aufbau der geheimen NATO-Untergrundarmee Gladio behilflich, die in Italien in den folgenden Jahrzehnten in Putschversuche und Terroranschläge verwickelt war.

Tricky Dicks Seilschaften

Mit der Beseitigung von JFK 1963 ruhten die Hoffnungen der Vietnamkriegs-Gegner auf dessen Bruder Bobby, der 1968 für die Präsidentschaft kandidierte - doch auch er wurde durch ein Attentat ausgeschaltet. Damit war der Weg ins Weiße Haus frei für Richard Nixon, den Kandidaten der Republikaner. Nixon, von Gegnern als "Tricky Dick" geschmäht, kam aus den geheimdienstlichen Schattenstrukturen der fünfziger Jahre. Er wurde 1953 Vizepräsident unter Eisenhower, nachdem er bereits zuvor von Allen Dulles für seinen antikommunistischen Freiheits-Kreuzzug (Crusade for Freedom) rekrutiert worden war, mit dem jener seit 1950 seine weltweiten Geheimdienstoperationen flankierte.

Durch seinen autoritären Politikstil - bekannt wurde vor allem die Watergate Affäre, die Bespitzelung oppositioneller Politiker - gelang es Nixon, eine neue Generation skrupelloser Machtpolitiker anzuziehen, zu formen und in Stellung zu bringen - die Gründerväter der Neokonservativen.

An erster Stelle wären Dick Cheney und Donald Rumsfeld zu nennen, die später unter George W. Bush das Amt des Vizepräsidenten beziehungsweise Verteidigungsministers bekleiden sollten. Rumsfeld wurde nach dem Wahlsieg Nixons gleich an die Spitze des Office of Economic Opportunity - eine Art Förderprogramm für sozial Schwache - berufen und kam 1971 als Berater ins Weiße Haus. In beiden Positionen zog er Cheney nach. John Dean, ebenfalls damals Berater von Tricky Dick, meinte nach dem 11. September 2001, daß Rumsfeld viel vom "nixonianischen" Denken mitgenommen hatte, insbesondere was dessen Verständnis von einer selbstherrlichen Exekutive anging.<<

Die drei SPD-Politiker Erich Ollenhauer, Willy Brandt und Herbert Wehner erklärten in einem Telegramm zum Schlesiertreffen 1963 in Köln (x358/10): >>Breslau - Oppeln - Gleiwitz - Hirschberg - Glogau - Grünberg: Das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen, die in den Seelen von Generationen verwurzelt sind und unaufhörlich an unser Gewissen klopfen. Verzicht ist Verrat, wer wollte das bestreiten: Hundert Jahre SPD heißt vor allem 100 Jahre Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Das Recht auf Heimat kann man nicht für ein Linsengericht verhökern - niemals darf hinter dem Rücken der aus ihrer Heimat vertriebenen oder geflüchteten Landsleute Schindluder getrieben werden."<<

US-Verteidigungsminister McNamara schrieb am 16. März 1964 im "Süd-Vietnam-Bericht" für Präsident Johnson (x299/180-181): >>... Wir streben ein unabhängiges, nicht-kommunistisches Süd-Vietnam an. Wir verlangen nicht, daß es dem Westen als Stützpunkt diene oder ein Mitglied des westlichen Bündnisses werde. Es muß Vietnam jedoch freistehen, zur Aufrechterhaltung seiner Sicherheit erforderlichenfalls Hilfe von außen anzunehmen. Diese Hilfe sollte möglichst nicht nur in Form von wirtschaftlichen und sozialen Pressionen gegeben werden, sondern auch polizeiliche und militärische Hilfe zur Ausrottung und Bekämpfung

fung aufständischer Elemente umfassen.

Wenn wir dieses Ziel in Süd-Vietnam nicht erreichen, wird voraussichtlich ganz Südostasien unter kommunistische Herrschaft geraten (Vietnam, Laos und Kambodscha), sich mit den Kommunisten arrangieren, um einen wirksamen US- und antikommunistischen Einfluß zu beseitigen (Burma). ... Thailand hielte sich mit unserer Hilfe vielleicht noch einige Zeit, würde aber unter schwerem Druck stehen. Selbst die Philippinen würden ins Wanken geraten und die Bedrohung Indiens im Westen, Australiens und Neuseelands im Süden und Taiwans, Koreas und Japans im Norden würde erheblich wachsen. ...

(Dies zeigt) die Bedeutung, die ein kommunistisches Süd-Vietnam nicht nur für Asien, sondern auch für die übrige Welt hat, wo der Süd-Vietnamkonflikt als Testfall für die Fähigkeit der Vereinigten Staaten gilt, einer Nation in ihrer Abwehr eines "Befreiungskrieges" Hilfe zu leisten.<<

Bundeskanzler Ludwig Erhard erklärte am 22. März 1964 während seiner Rede vor dem Kongreß der Ostdeutschen (x155/107): >>Wir erheben gewiß keine Forderungen auf fremdes Staatsgebiet. Aber wir verzichten nicht - und können angesichts der Verantwortung vor dem deutschen Volk, dem Recht und der Geschichte auch nicht verzichten - auf Gebiete, die die angestammte Heimat so vieler unserer deutschen Brüder und Schwestern sind. ...<<

Der spätere iranische Schiitenführer (Ayatollah) Ruhollah M. Khomeini (1902-1989) erklärte am 28. Mai 1964 (x073/331): >>... Die Welt soll es wissen, daß alle Probleme des iranischen Volkes und aller moslemischen Völker durch Fremde, durch die Amerikaner, verursacht worden sind.

Die islamischen Völker hassen all diese Fremden und Amerikaner ganz besonders. Das Elend der islamischen Völker beruht auf der Einmischung von Fremden in ihre Angelegenheiten. Es sind Fremde, die unsere wertvollen Bodenschätze ausgeplündert haben und immer noch ausplündern. ...

Es ist Amerika, das uns unsere Abgeordneten direkt oder indirekt aufzwingt. Es ist Amerika, das den Islam und den Koran als für seine Interessen schädlich betrachtet und zu beseitigen versucht. ... Es ist Amerika, das unser islamisches Volk wie Untermenschen und schlimmer behandelt.

Das islamische Volk ist verpflichtet, diese Ketten zu sprengen. ... Alle Schichten der Bevölkerung werden aufgefordert, ihre kleinen Querelen untereinander zu überwinden und sich auf dem heiligen Weg zur nationalen Souveränität und Beseitigung aller Unterdrückung zu mobilisieren. ...

Das Ziel aller geistlichen Führer und islamischen Gelehrten ist eins: Und das ist eine absolute Bejahung der heiligen Gesetze des Islams und Korans sowie uneingeschränktes Engagement für die Sache aller Moslems.<<

Im Golf von Tongking wurden am 30. Juli 1964 angeblich 2 US-Zerstörer von nordvietnamesischen Kriegsschiffen angegriffen (x175/579).

Nach diesem nie völlig aufgeklärten "Tongking-Zwischenfall" begannen einige Tage später US-Luftangriffe gegen nordvietnamesische Marinestützpunkte.

Der US-Kongreß genehmigte am 7. August 1964 die geforderte Truppenverstärkung in Vietnam und ermächtigte US-Präsident Johnson, Vergeltungsaktionen für die Angriffe auf Kriegsschiffe der USA durchzuführen - eigentlicher Beginn des Vietnamkrieges (x175/579).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den Vietnamkrieg (x068/331-336): >>**Vom Vietnamkrieg bis zum Krieg am Golf**

Vietnam, das "Land des Südens", an der Ost- und Südküste Hinterindiens gelegen, ging aus dem Bestand von Französisch-Indochina während der japanischen Besetzung im Zweiten Weltkrieg hervor. Die erst nationalistische, dann kommunistische Bewegung der Viet Minh befreite durch ihre Revolution 1945 große Landesteile von den Besatzern und der mit diesen

verbündeten französischen Administration.

Am 2. September konstituierte sich die Demokratische Republik Vietnam unter Präsident Ho Chi Minh, bereits gegen Mitte dieses Monats aber setzte der Gegenangriff der Franzosen ein, unterstützt von Großbritannien, Nationalchina und den USA, die ab 1950 die Kriegskosten Frankreichs bis zu 80 % finanzierten. Nach schweren Verlusten wird der immer blutigere Formen annehmende Indochinakrieg 1954 durch die Genfer Ostasienkonferenz beendet. Vietnam bricht - man erinnere sich an Korea - in zwei Teile auseinander, wobei Süd-Vietnam unter das Regiment von Ngo Dinh Diem gerät.

Diem hatte sich von 1950 bis 1953 als Laienbruder in einem katholischen Kloster der USA auf seine Helden- und schließlich Märtyrerrolle vorbereitet. Von kirchlichen und politischen Kreisen empfohlen, wird er 1954 Ministerpräsident, 1955 Staatspräsident Süd-Vietnams. Er schenkt jetzt, gut katholisch, sämtliche Schlüsselpositionen der eigenen Familie zu; sein Bruder Monsignore Pierre Ngo Dinh Thuc, der Erzbischof von Hue, flüchtet später nach Rom. Er selbst, dem Vize-Präsident Johnson "bewundernswerte Qualitäten" attestiert, "aber wenig Kontakt zur Bevölkerung" (da er sie schamlos ausbeutete), wird viele Jahre von den USA gestützt und hochgehalten.

Allmählich aber kompromittieren diese die terroristischen Exzesse, die Konzentrationslager, Kerker, Menschenjagden des einstigen Klosterbruders derart vor der ganzen Welt, daß Präsident Kennedy die Ermordung des südvietnamesischen Regierungschefs - sie erfolgt am 1. November 1963, drei Wochen vor seiner eigenen - zumindest absegnet, wenn nicht, wie oft behauptet, selbst befiehlt.

Schon Eisenhower hatte Diem die Unterstützung seiner Regierung versprochen "beim Aufbau" gegen alle "Subversion oder Aggression" der bösen Kommunisten. Und schickte ihm auch Jahr für Jahr durchschnittlich 300 Millionen Dollar zur Stärkung.

Noch mehr aber engagierte sich Nachfolger Kennedy, den das Vietnam-Problem zuletzt mehr als alles andere in Asien beschäftigt hat, ja, er heizte das Feuer dieses Krieges mehr als jeder andere an, und seine nächste Umgebung schürte es mit. Vizepräsident Johnson (in Vietnam, Formosa, Thailand im Frühjahr 1961) war voller Optimismus, empfahl die Stabilisierung der Lage, ein massives Engagement, lasse sich da doch überall "ein gesundes System" schaffen, um "der kommunistischen Flut zu widerstehen und sie zurückzudrängen". Und auch für Verteidigungsminister Robert McNamara, von Kennedy besonders geschätzt, deutete bei seiner Vietnam-Visite 1962 alles darauf hin, "daß wir diesen Krieg gewinnen."

So schickte bereits Kennedy ganze Scharen von "Militärberatern" - man spricht von 20.000 - nach Süd-Vietnam, darunter viele Veteranen aus dem Korea-Krieg, dazu "die Waffen des modernen Krieges, von der Schreibmaschine bis zum Hubschrauber" (Schlesinger).

Und natürlich kämpften diese Berater bereits mit der südvietnamesischen Armee.

... Politisch war das amerikanische Engagement in Vietnam die unmittelbare Folge des Dulles-Konzepts, wonach in der gespaltenen Welt die USA den jeweils "freien" Teil gegen den kommunistischen zu verteidigen hatten. Dahinter aber stand ihr Führungsanspruch oder, mit Kennedy, "der uns zu Recht gebührende Platz an der Spitze einer weltumfassenden Bewegung", stand das globale Ziel der US-Strategie, wenn schon zunächst nicht Handels-, so doch Handlungsräume zu gewinnen und sie gegen alle sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaftsordnungen zu verteidigen und, wenn möglich, zu vergrößern.

Im Grunde ist der Vietnamkrieg nichts als ein Paradebeispiel neokolonialistischer Politik. Die US-Präsidenten beschwören dabei mit vielen großen, stets sofort die Welt umrundenden Worten ihren natürlich ganz uneigennütigen Kampf für Freiheit, Demokratie, Selbstbestimmung, für die Sicherheit des Westens, die Ehre der Nation, und nicht zuletzt für die Steigerung des Wohlstandes der armen Länder.

In Wirklichkeit brachten sie diesen Bomben, Granaten und Gift, einen unheimlich hinterhäfti-

gen, brutal-dreckigen Krieg. Und während dieser Krieg gerade unter dem neuen Präsidenten Johnson stets größere Ausmaße annimmt, lügt er im Wahlkampf gegen den republikanischen Senator Goldwater 1964 das Blaue vom Himmel herunter: "Gewisse Leute wollen den Konflikt ausweiten; sie fordern von uns, daß wir amerikanische Soldaten hinausschicken, damit sie die Arbeit der Asiaten tun ...

Gewisse Leute erklären, daß wir Nordvietnam bombardieren müßten ... Wir werden weder nach Norden noch nach Süden gehen ... Wir werden keine amerikanischen Soldaten Tausende von Kilometern weit fortschicken, damit sie die Arbeit der asiatischen Soldaten tun."

Alles erstunken und erlogen.

Johnson schickte bald Hunderttausende. Und er wußte dies genau. Hatte er doch bereits zu Beginn seiner Regierung eine Eskalierung geplant, ja, in diesem Sinn schon als Kennedys Vizepräsident gewirkt. Auch wurde bereits die Bombardierung Nordvietnams vorbereitet, schon am 1. Februar 1964 der Operationsplan 34 A erstellt, der heimliche Attacken vorsah: größer im Umfang und militärischer.

Zur offensichtlichen Provokation des Gegners ging US-Zerstörer "Maddox" auf ein 34 A-Unternehmen. Und im August 1964 gelang im Golf von Tongking dann auch der intendierte Zwischenfall, der ein verstärktes Vorgehen in Vietnam begründen mußte.

Nach Berichten wurden die "Maddox" sowie ein weiterer Zerstörer, die "C. Turner Joy", am 2. August in internationalen Gewässern von nordvietnamesischen Schnellbooten angegriffen. Dabei verschwieg aber die Regierung dem Kongreß die Provokation. Am 4. melden die Schiffe Gefechte nach Washington, das mit Luftangriffen auf Marinebasen in Nordvietnam antwortet. Am 5. August ersucht Johnson den Kongreß dringend um die Verabschiedung einer gemeinsamen Resolution über die Ostasien-Lage.

Ohne jede genauere Prüfung, zu der man verpflichtet war, billigten bereits am Vormittag des 6. August der Senatsausschuß und der Ausschuß für die Streitkräfte mit nur einer Gegenstimme den Antrag des Präsidenten, die sogenannte Tongking Gulf Resolution, "alle notwendigen Schritte einschließlich des Einsatzes der bewaffneten Gewalt" gegen die "Aggression" zu unternehmen. Am 7. August stimmten der Senat mit 88 gegen 2 Stimmen und das Repräsentantenhaus mit 416 gegen null Stimmen zu.

Kein Politiker hatte sich auch nur halbwegs gründlich informiert, jeder der Befürworter, so gut wie alle, dem Präsidenten einen Blankoscheck ausgestellt, der den Bürgerkrieg in Vietnam allmählich immer mehr in einen großen internationalen Krieg verwandelt.

Man vertraute der Zurückhaltung Johnsons um so mehr, als dieser ja gerade in einer Wahlkampagne dem amerikanischen Volk beteuert hatte, es wäre ein Fehler, verstrickten sich die USA in einen größeren Krieg. Konsequenter kritisierte er seinen Gegenkandidaten Barry M. Goldwater, der eben diesen Krieg vorschlug. Und er selbst führte ihn! (Und gewann am 3. November die Präsidentschaftswahlen mit 43,1 Millionen gegen Goldwater mit 27,1 Millionen Stimmen.)

Nun aber volle Kraft voraus.

Am 8. Februar 1965 befiehlt Johnson den ersten Luftangriff auf Nord-Vietnam, am 13. Februar die ständige, die systematische Bombardierung, wobei er erklärt: "Was Amerika unternommen hat, wurzelt in dem tiefen, lebendigen Quell der moralischen Pflicht."

Denn die ganze Bluttrunst wurde von einem unentwegten Schwall widerlicher Phrasen begleitet. Von permanenter Heuchelei. Und stets lief das alles, wie gesagt, rund um den Erdkreis. Und natürlich lief alles auch immer mit Gott. "Gott segne Euch!", rief Johnson gütig, väterlich, besorgt, als er im Februar 1968 Soldaten "auf das Schlachtfeld" schickte ...

War das geheuchelt? Aber nein. So gut, so fromm war er. Hatte er doch schon zu Beginn seiner Vizepräsidentschaft bekannt:

"Wenn wir uns von den Gewaltherrschern dieser Zeit unterscheiden wollen, wir, die wir heute

im Dienst der freien Menschen stehen, dürfen wir nie einen Trennstrich ziehen zwischen der Macht, die wir besitzen, und Gott, der tief in unseren Herzen ruht."

Es war der 1. Februar 1961, der Tag, an dem man - Grund zur Ergriffenheit, zum Gottvertrauen genug - die erste Interkontinental-Rakete (ICBM), made in USA, abgefeuert hatte, 4.200 Meilen weit.

Jetzt schrieb man 1965, jetzt hatte man, Gott sei gedankt, schon mehr als 800 Interkontinental-Raketen mit einer Reichweite von 6.300 Meilen und einem knappen halben Stündchen Reisegeschwindigkeit - ein gutes Gefühl, wahrhaftig. Ja, man konnte schon etwas auftrumpfen jetzt, konnte Gott noch mehr vertrauen. Konnte etwa 14.000 Soldaten in die Dominikanische Republik jagen, um eine weitere Regierung des Teufels zu verhindern.

Konnte auch den Teufeln in Vietnam die Zähne zeigen und den Bombenbefehlen vom Februar etwas Marine-Infanterie folgen lassen.

Gleichwohl, die Lage verschlechtert sich laufend.

Nun, was tut man? Man befiehlt im Juli die Erhöhung der Streitkräfte auf 125.000 Mann. Das verschlingt etwas Geld. So nötigt der Präsident die "Volksvertreter" mit falschen Lagebeurteilungen zum Bewilligen immer weiterer Milliarden zwecks Fortsetzung des Kampfes für Freiheit und Frieden. Und für die Menschenrechte.

Der Kongreß genehmigt vorerst einmal 2,4 Milliarden Dollar und sieht freundlicherweise für 1966 12 Milliarden Dollar vor. Nützt's nichts, so nützt's doch dem Geschäft. Je mehr Soldaten man schickt, desto teurer wird die Sache. Und Ende des Jahres 1967 kämpfen bereits 486.000 Amerikaner in Vietnam.

Am 8. Januar 1967 kommt es zu einer 19tägigen Großoffensive der Invasoren im Iron Triangle nordwestlich von Saigon; das gesamte Gebiet wird bis zur Unkenntlichkeit verwüstet. Doch ein Jahr später beginnt die großangelegte, sich monatelang hinziehende Tet-Offensive der Nord-Vietnamesen mit schweren Verlusten für die USA. Noch bevor der Angriff ganz beendet ist, erklärt Präsident Johnson, sich nicht mehr um das Präsidentenamt zu bewerben.

Während all dieser Jahre aber, indes eine riesige Industriemacht, hochmonopolisiert, mit einer aufs modernste ausgerüsteten Militärmaschine ein rüstungsmäßig und waffentechnisch ebenso weit unterlegenes wie moralisch überlegenes, beinahe lächerlich kleines Volk vergebens auf die Knie zwingen, vergebens unterjochen will, kämpft man auch noch gegen die Bürger im eigenen Land. ...

Hatte Johnson nach fünf Jahren die Nase voll? Es war aussichtslos für ihn. Nicht so aber für einen, der 1953 schon Vizepräsident, doch noch immer nicht ganz zum Zug gekommen war, um seine Fähigkeiten sozusagen uneingeschränkt in den Dienst der Nation stellen zu können.

...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 10. September 1964: >>>Eine Million Gastarbeiter

... Zimmermann Armando Rodrigues ... aus Portugal wird als einmillionster Gastarbeiter begrüßt. Geschenk: ein zweisitziges Moped. Ein Vertreter der Arbeitgeberverbände sagt: "Ohne die Mitarbeit der Ausländer, wäre unsere wirtschaftliche Entwicklung nicht denkbar."

Hauptgruppen der Gastarbeiter in der Bundesrepublik: 29,5 % Italiener, 15,9 % Griechen, 15,5 % Spanier, 9,1 % Türken.<<

Im September 1964 wurde der sog. "Warren-Bericht" über das Attentat auf US-Präsident Kennedy veröffentlicht. Dieser umstrittene Bericht der Obersten US-Bundesrichter, der eine Verschwörung ausschloß, wird bis zum heutigen Tag angezweifelt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den "Warren-Report" (x068/325-327): >> Kennedy - und vielleicht spricht nichts so für ihn - hatte viele Feinde, mächtige Feinde, und Feinde auf der ganzen Welt, die erbittertsten aber wohl in den Vereinigten Staaten.

Wer hat ihn umgebracht?

Die Mutmaßungen darüber, die Spekulationen, Theorien, die Bücher reißen nicht ab; bereits in den sechziger Jahren waren es allein in den USA schon mehr als fünfzig.

Man hat behauptet, die CIA habe ihn gekillt, da er sich mit Fidel Castro versöhnen wollte. Doch man behauptet auch, Castro ließ Kennedy ermorden, weil Kennedy Castro ermorden lassen wollte, gleich nachdem das Abenteuer in der Schweinebucht gescheitert war. Andere führen die Meucheltat auf den Teamster-Gewerkschafts-Boss Jimmy Hoffa zurück, wieder andere auf das FBI, auf die Mafia, die Exilkubaner, die texanischen Ölbarone, auf die Polizei von Dallas, das militärische Establishment, auch auf ein Komplott mehrerer Staatsinstitutionen, der Rechtsradikalismus wird genannt, der sowjetische Geheimdienst, Rassenfanatiker werden beschuldigt, Kommunisten.

Ja, wäre nicht sogar Präsident Johnson, der Nachfolger, motiviert gewesen, wie es die Satire MacBird in Erinnerung an den schottischen König Macbeth suggeriert, der seinen Vorgänger Duncan I. beseitigt hat?

Lyndon B. Johnson, zwei Stunden nach dem Attentat im Präsidentenflugzeug als neuer Präsident vereidigt, setzte eine Woche später eine Sonderkommission unter dem 73jährigen Obersten Bundesrichter Earl Warren zur Klärung der Hintergründe von Kennedys Ermordung ein. Der Warren-Report - 900 Seiten in der Originalausgabe nebst 26 Anhang-Bänden - wurde unter zeitlichem (wohl auch sonstigem) Druck erstellt und ist bekanntlich alles andere als lückenlos oder gar stichhaltig, auch wenn ihn die Weltpresse weithin und uneingeschränkt und natürlich auch meist ungeprüft akzeptiert hat.

Dabei war doch schon seltsam, daß Earl Warren (Oberster Bundesrichter) in einer Pressekonferenz noch während der Arbeit seiner Kommission erklärte: "Das Beweismaterial wird vermutlich zu Ihren Lebzeiten nicht veröffentlicht werden und ich meine das ernst. ... Es ist eine Sache der nationalen Sicherheit".

Erinnert dies nicht etwas an den Fall Lincoln, an den so manches doch im Fall Kennedy erinnert? Ließ man nicht damals schon Papiere verschwinden im sogenannten nationalen Interesse?

Die siebenköpfige Warren-Kommission war auch keinesfalls unparteiisch. Nicht nur mit dem Republikaner Gerald R. Ford, dem späteren Präsidenten, sondern auch mit dem Rockefeller-Vertrauten und Weltbankchef McCloy, ja, mit einer so sinistren (unheilvollen) Figur wie dem einstigen CIA-Direktor Allen W. Dulles, den Kennedy von Anfang an hatte feuern wollen, ohne es freilich zu wagen. Schon an dieser Besetzung mag es liegen, daß Bertrand Russell den Bericht, noch ohne ihn zu kennen, als "erbärmlich untauglich", als "schandbares Machwerk" disqualifiziert hat.

Der Warren-Report kommt zu dem Ergebnis, daß Oswald der alleinige Mörder war und von keinerlei Konspiration zwischen ihm und anderen Personen oder Mächtigkeitsgruppen zur Beseitigung des Präsidenten gesprochen werden könne; was jedoch viel weniger bewiesen als behauptet wird.

Es kommt hinzu, daß die Kommission sehr häufig von Berichten der Dallas-Polizei, der CIA und des FBI abhing, die sämtlich selbst in den Mordfall verstrickt waren, auch in Oswalds Ermordung, die weder das eine noch das andere verhindert, aber alles darauf abgestellt haben, Oswald zum Sündenbock zu machen, obwohl man bis heute nicht einmal ein auch nur halbwegs überzeugendes Motiv für ihn vorweisen kann.

Die zuständigen Behörden führten 27.000 Vernehmungen durch, doch der ganze Fall steckt voller Ungeklärtheiten, Mystifikationen, Verdunkelungen. Schon der angebliche oder wirkliche Mörder Lee Harvey Oswald ist eine Figur wie aus einem Superthriller: ein einstiger amerikanischer Marinesoldat mit deutschem Namen, der in die Sowjetunion zieht, in Minsk die Tochter eines KGB-Obersten heiratet, nach zweieinhalb Jahren zurückkehrt, hier eine "Starthilfe des State Department" bekommt, überhaupt laufend aus den USA (mit kleinen Beträgen)

finanziert wird, auch als Arbeitsloser dauernd Geld hat, auch ständige Kontakte hat mit dem FBI, auch kurz vor dem Attentat in Dallas FBI-Agenten trifft und wahrscheinlich selbst ein FBI-Agent war.

Daß der angebliche oder wirkliche Mörder, offenbar nur, um ihn für immer verstummen zu lassen, bald darauf selbst ermordet wird, ist nicht im geringsten merkwürdig. Sehr merkwürdig aber, daß ihn die deshalb gewarnte, und zwar gleich dreimal gewarnte Polizei von Dallas nicht besonders geschützt hat. Daß Oswald in einem 30 Stunden langen Verhör trotz Folterungen bis zuletzt beteuert, nicht auf den Präsidenten geschossen zu haben, ist vielleicht nicht so merkwürdig. Aber ist es nicht wirklich merkwürdig, dass keinerlei Aufzeichnungen über das Verhör bestehen?

Natürlich ließ sich die Warren-Kommission Bericht erstatten. Doch ihr 900 Seiten umfassender Report enthält darüber nur sieben magere Seiten, obwohl die langen, pausenlosen Vernehmungen im Beisein nicht weniger Kriminalisten aus Dallas, Leuten des Sicherheitsdienstes, Ermittlungsbeamten des FBI wohl mehr hätten ergeben müssen. ...<<

Lyndon B. Johnson (1908-1973, Parteimitglied der "Demokraten") wurde am 3. November 1964 zum 36. Präsidenten der USA gewählt.

Willy Brandt erklärte in seiner Rede auf dem Karlsruher SPD-Parteitag vom 23. bis 27. November 1964 (x155/142): >>... Die Heimatvertriebenen können sich weiterhin darauf verlassen, daß wir zum Unterschied von anderen keine Politik hinter ihrem Rücken machen.<<

In den Geschichtsbüchern, die für den Gebrauch in Schulen der Bundesrepublik Deutschland genehmigt wurden, reduzierte man die Berichte über die Flucht und Vertreibung der Deutschen in Ost-Mitteleuropa von Jahr zu Jahr, da sie angeblich nicht mehr dem aktuellen Zeitgeist entsprechen würden.

US-Präsident Lyndon B. Johnson (1908-1973, von 1963-1969 Präsident der USA) erklärte im Jahre 1964 die Ziele des Bürgerrechtsgesetzes – Aufhebung der Rassentrennung -(x073/292): >>... Das Ziel dieses Gesetzes ist klar und einfach. Die Freiheit keines Amerikaners wird eingeschränkt, solange er die Rechte anderer respektiert. Keiner unserer Mitbürger erfährt durch dieses Gesetz eine besondere Behandlung. Es bestimmt, daß jene, die vor Gott gleich sind, nun auch an der Wahlurne, in den Klassenzimmern und in den Fabriken sowie in Hotels, Restaurants, Lichtspieltheatern und anderen Plätzen, die der Öffentlichkeit dienen, gleich sind.<<

Der Baptistenpfarrer und Bürgerrechtler Martin Luther King schrieb im Jahre 1964 in seinem Buch "Warum wir nicht warten können" (x058/199-200): >>... Der Neger kämpft heute nicht um irgendwelche abstrakten, unbestimmten Rechte, sondern um eine konkrete und sofortige Verbesserung seiner Lebensbedingungen.

Was nutzt es ihm, daß er seine Kinder in eine integrierte Gemeinschaftsschule schicken kann, wenn das Einkommen der Familie so gering ist, daß es nicht für den Kauf von Schulkleidern ausreicht?

Was gewinnt er durch die Erlaubnis, in jedes beliebige Wohnviertel ziehen zu dürfen, wenn er sich das nicht leisten kann, weil er arbeitslos ist oder eine schlechtbezahlte Stelle ohne Zukunft hat? ...

Welche Vorteile bringt es dem Neger, wenn er durchsetzt, daß er in Hotels und Restaurants ohne Ansehen seiner Hautfarbe bedient wird, wenn er zu einer finanziellen Knechtschaft gezwungen ist, die es ihm nicht erlaubt, Urlaub zu nehmen oder auch nur seine Frau zum Abendessen auszuführen?

Die Neger sollen nicht nur das Recht haben, von jeder Einrichtung Gebrauch zu machen, die dem Publikum zugänglich ist, sondern sie sind auch auf solche Weise in unser Wirtschaftssystem einzugliedern, daß sie es sich leisten können, dieses Recht praktisch auszuüben. Der Kampf um diese Rechte ist im Grunde ein Kampf um gleiche Voraussetzungen. ...

Es muß also mit den gleichen Chancen auch die praktische, wirklichkeitsnahe Hilfe kommen, die es ihm ermöglicht, diese Chancen wahrzunehmen. Denn es ist ein grausamer Scherz, einem Menschen, der nicht gehen gelernt hat, ein Paar Schuhe zu schenken. ...<<

Der afroamerikanische Bürgerrechtler Robert F. Williams (1925-1996, hielt Martin Luther Kings gemäßigte Politik für falsch und warb deshalb für die "Gegengewalt") forderte 1964 im Peking Exil zur bewaffneten Revolution der Afro-Amerikaner auf (x299/185-186): >>... Die alte Methode des Guerillakriegs, der von den Bergen und dem flachen Land aus vorgetragen wurde, bliebe in einem Land wie den Vereinigten Staaten wirkungslos. ...

Die neue Strategie: ... Während tags nur einige Heckenschützen tätig werden, bringt die Nacht den vollen Kriegszustand, organisierten Kampf und unbegrenzten Terror.

Ein derartiger Krieg kann dem herrschenden Gesellschaftssystem in den Vereinigten Staaten in weniger als 90 Tagen ein Ende setzen. ... Eine präzise geplante Großstadtguerilla (ist) die einzige Chance für das Überleben und die Befreiung der Schwarzen in den Vereinigten Staaten.<<

Mel Thom (1938 geboren, ein Gründer der National Indian Youth Council) berichtete im Jahre 1964 über das gespannte Verhältnis zwischen den nordamerikanischen Ureinwohnern und den "weißen Einwanderern" (x056/127): >>Wir sind das einzige Volk, daß der amerikanische Schmelztiegel nicht verschmelzen kann.

Wir sind die einzigen in der amerikanischen Nation, die nicht als Flüchtlinge hierher gekommen sind ... und wenn wir auch wieder und wieder geschlagen wurden, auf Dauer kann man uns nicht besiegen.

Amerika ist eine wurzellose Nation von Einwanderern; ... wir sind die ursprünglichen Amerikaner ...<<

Staatspräsident de Gaulle erklärte am 4. Februar 1965 während einer Pressekonferenz zur zukünftigen Europapolitik (x300/219): >>... Europa, Mutter der modernen Zivilisation, muß vom Atlantik bis zum Ural entstehen, um seine gewaltigen Hilfsmittel zu entwickeln und damit es gemeinsam mit Amerika, seiner Tochter, die Rolle spielt, die ihm zukommt, um 2 Mrd. Menschen zu dem dringend benötigten Fortschritt zu verhelfen.<<

Die US-Luftwaffe begann am 6. Februar 1965 mit massiven Bombenangriffen gegen nordvietnamesische Städte (Beginn des Vietnamkrieges von 1965-1975).

Die verheerenden US-Flächenbombardements forderten in den folgenden Jahren unzählige Opfer unter der Zivilbevölkerung Vietnams.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den US-Luftkrieg in Vietnam (x068/341-342): >>... Vor dem Krieg hatten hohe US-Militärs geprahlt. Vietnam in die Steinzeit zurückzubomben. Tatsächlich warfen sie ein enormes Vernichtungspotential auf das Land. Die Masse der eingesetzten Bomben und Raketen übertrifft die des Zweiten Weltkriegs um das Dreifache.

Allein auf das kleine Laos haben die USA, bis sie 1973 ihre (militärisch erfolglosen) Bombardements einstellten, über 2 Millionen Tonnen Bomben für 7,2 Milliarden Dollar abgeladen, ein Drittel mehr als im Zweiten Weltkrieg auf Deutschland.

Dabei bombardierten sie sowohl Laos wie Kambodscha, auch Vietnam selbst, ohne jede Kriegserklärung, unter völliger Mißachtung des Völkerrechts und der "Genfer Konvention". "Für mich hat die Rechtsfrage in dieser Sache keine Bedeutung", sagte der seinerzeitige Botschafter in Saigon, Henry Cabot Lodge. Klar: Rechtsfragen gelten vor allem im Frieden – und auch da meist bloß für kleine Gauner.

Insgesamt wurden im Vietnamkrieg 7,5 Millionen Tonnen Bomben abgeworfen. Und die meisten Lufteinsätze waren nackter Terror – Flächenbombardements. So sagte General Johnson, der Heeres-Stabschef: "Wir gehen rücksichtslos vor, wie eine Dampfwalze, und bombardieren ausgedehnte Gebiete, nicht auf Grund genauer Nachrichten ausgewählte Ziele".

Die amerikanischen Bomben und Granaten haben unterschiedslos alles zerstört, Schulen und Krankenhäuser, Kirchen und Pagoden, historische Denkmäler und die landschaftliche Schönheit Vietnams.

Dabei operierte man gern, wofür war man fortschrittlich, mit Novitäten (Neuheiten). Vor allem mit Brennbarem. Zum Beispiel mit Phosphor, weißem Phosphor mit hoher Hitzeentwicklung, die einen Menschen bis auf die Knochen verascht. Oder mit Napalm; ein leicht entzündbares, vor dem Einsatz meist mit Benzin gemischtes Pulver, das Temperaturen bis zu 2.000 Grad entwickelte. Zeitweise warf man monatlich 50 Millionen Liter Napalm ab, die 10.000 qkm Land zu einer feuerverheerten Wüste machen konnten. Man verwandte auch Thermitenbomben, die Temperaturen bis zu 3.000 Grad erzeugten.

Allein viele Hunderttausende von Kindern wurden derart getötet, verwundet verbrannt, Gesichter und Körper oft schrecklich vom Feuer zerfressen, für immer entstellt. ...<<

Der afroamerikanische Bürgerrechtler Malcolm X (1925-1965, eigentlich Malcolm Little) wurde am 21. Februar 1965 im New Yorker Stadtteil Harlem durch einen rivalisierenden Schwarzen der islamischen Bewegung "Black Muslims" ermordet.

Malcolm X (bis 1963 Sprecher der 1930 in den USA gegründeten islamischen Bewegung "Black Muslims") vertrat damals eine extrem antiweiße Ideologie (x056/105): >>... Um 15 Millionen von uns als Sklaven (nach Amerika) zu bekommen, ermordete der sogenannte christliche weiße Mann auf der Überfahrt 100 Millionen!

Ich wollte, ich könnte euch den Meeresgrund in jenen Tagen zeigen – die schwarzen Körper, das Blut, die von Stiefeln und Keulen zerschlagenen Knochen! Die schwangeren schwarzen Frauen warf man über Bord, wenn sie zu krank wurden! Man warf sie über Bord zu den Haien, die wußten, daß man im Kielwasser dieser Sklavenschiffe fett wurde.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (10/1965) berichtet später über die letzte Begegnung eines SPIEGEL-Reporters mit Malcolm X: >> **SO LANDEN EINES TAGES ALLE HÜHNER IM TOPF**

... Ich traf Malcolm Little, der sich Malcolm X nannte, zum erstenmal in dem langen, heißen Sommer 1964, als Harlem revoltierte.

Ich wollte den Kopf der Revolte treffen, das Gehirn der Extremisten, den schwärzesten der "Schwarzen Moslems". Aber ich traf einen Abgefallenen, der schon damals wußte, daß er ermordet werden würde.

Schon damals wagte sich Malcolm X kaum noch in sein Büro hinter einer schwarz zugemalten Glastür im Hotel "Theresa", das an Harlems kritischer Kreuzung, 125. Straße und Seventh Avenue, liegt und das aussieht, als stamme es von der Stalin-Allee.

Wir trafen uns in einem sauberen kleinen Coffee-Shop, 22 West, 135. Straße, nicht eben im Zentrum der Gefahr. Malcolm X kam mit zwei Leibwächtern, die kurz zuvor noch Gegenorder gehabt hatten: bekehrte Häscher, so stellte er sie vor, die Elijah Muhammad, der alternde Prophet der Schwarzen Moslems, ursprünglich ausgesandt hatte, den abtrünnigen Diener umzulegen.

"Niemand versteht sich besser auf so etwas als die Schwarzen Moslems", sagte Malcolm X und lächelte böse. "Ich weiß es. Ich habe es ihnen selber beigebracht."

Zu den Schwarzen Moslems war Malcolm X aus dem Gefängnis gekommen

- wohin ihn beizeiten der Marihuanahandel, der Einbruchdiebstahl und seine eigene Unbedachtsamkeit gebracht hatten: Als Kellner in der Jazzkneipe "Small's Paradise" auf der Seventh Avenue hatte er 1943, mit 18 Jahren, ausgerechnet einem Polizeispitzel ein Mädchen vermitteln wollen.

Die Schwarzen Moslems - Mohammedaner aus Protest und Militanz trieben ihm die Flausen aus. Denn die radikale Sekte, deren Zahlenstärke kein Mensch genau angeben kann, frönt nicht bloß einem fanatischen Rassismus gegen die Weißen, von denen sie alle Schwarzen

gänzlich separiert wissen möchte, sondern treibt auch die eigenen Rassegenossen mit roher Gewalt zu Zucht und Ordnung an.

Malcolm Little, der verlor den Sohn eines vom Ku-Klux-Klan erschlagenen Baptistenpredigers, wurde ein Schwarzer Moslem, ersetzte seinen "Sklavennamen" durch ein protestgeschwängertes X und durfte fürderhin weder "koksen" noch fremdgehen. Er wäre sonst den "Früchten des Islam" anheimgefallen, der Privatarmee der Schwarzen Moslems, die der Gestapo weder an Brutalität noch an Wachsamkeit nachsteht. Aber Malcolm X parierte. Und nicht nur das.

Aus dem ... Bürschchen von "Small's Paradise" wurde mit den Jahren ein gerissener Demagoge und ein mitreißender Redner. Malcolm X wurde das Sprachrohr Elijah Muhammads, der gehätschelte Buhmann von Presse und Rundfunk und der gesuchteste Gastredner an Amerikas Universitäten nach Barry Goldwater, mit dem ihn das Handikap verband, eine Stimmung zu repräsentieren, nicht aber eine Politik.

Doch er mauserte sich zu schnell. Mit 38 Jahren war er sowohl der Ideologie als auch den Ideologen der Schwarzen Moslems über den Kopf gewachsen. Der Bruch mit Elijah Muhammad, dem Chef, der seine Inspirationen direkt von Allah und seinen Nachfolger aus der eigenen Familie beziehen will, war unvermeidlich geworden.

Und während die beiden Leibwächter brav ihren Milchkaffee schlürften, erzählte mir Malcolm X, wie es zu diesem Bruch gekommen war.

Den Vorwand hatte Elijah Muhammad selber geliefert: Er hatte seinen Propagandisten Ende 1963 von dessen "geistlichem" Amt als Priester der "Moschee Nr. 7, New York City", suspendiert, nachdem Malcolm X die Ermordung Kennedys in einer Rede mit der schadenfrohen Bemerkung kommentiert hatte: "So landen eines Tages alle Hühner im Topf."

Die Erleuchtung zu eigenem Beginnen hingegen überkam den suspendierten Moslem während einer anschließenden Pilgerfahrt nach Mekka.

"Elijah Muhammad hatte uns immer gelehrt, daß die Weißen - als die Verkörperung alles Bösen - gar nicht nach Mekka, in die Stadt Gottes, gehen dürften. Aber als ich dort war, sah ich Menschen mit weißer Haut, blauen Augen und blonden Haaren. Und da schrieb ich nach Hause, daß es doch Weiße in Mekka gebe und daß diese Weißen sich den Schwarzen, Braunen und Gelben gegenüber, die es auch dort gab, wie Brüder benahmen."

Also hatte der Prophet gelogen. Und also glaubte Malcolm X nun nicht mehr an dessen Philosophie der Rassentrennung? "Nein, ich glaube nicht mehr daran. Ich habe meine Meinung völlig geändert, und ich bin Manns genug, es zuzugeben, auch wenn das gefährlich ist."

Malcolm X faßte den Entschluß, seine eigene Bewegung zu gründen: die "Organization of Afro-American Unity", deren Kampf zuvörderst für "die Beteiligung des schwarzen Mannes an allen amerikanischen Errungenschaften" und nicht mehr nur gegen die "weißen Teufel" geführt werden sollte. Das aber bedeutete vor allem Kampf gegen die Schwarzen Moslems.

Doch erst nachdem ich, einigermaßen verblüfft, das Tonbandgerät abgeschaltet hatte, vertraute mir Malcolm X auch den tieferen Grund seiner Befürchtungen an: Elijah Muhammad, Führer der Schwarzen Moslems und Kündler ihrer strengen Moral, habe in Wahrheit neun illegitime Kinder - und alle mit seinen Sekretärinnen, gezeugt unter dem Vorwand übersinnlicher Inspiration.

Und seit Elijah wußte, daß Malcolm (dies) wußte - seither war Malcolm X, so glaubte er schon damals, seines Lebens nicht mehr sicher.

Die Schwarzen Moslems hatten die Feindseligkeiten bereits eröffnet. Vor Gericht reklamierten sie das Haus in der 97. Straße, East Elmhurst, Queens, das Malcolm X mit Frau und vier Kindern bewohnte, als Dienstwohnung und klagten auf Räumung.

Am vergangenen Sonntag vor vierzehn Tagen ging dieses Haus in Flammen auf. Malcolm X zog mit seiner Familie ins "Theresa". Aber auch da hielt es ihn nicht. Er zog weiter, hinaus

aus Harlem, ins weiße "Hilton". Dort erreichten ihn Anrufe, er möge abhauen, bevor es zu spät sei.

"Ich lebe, als ob ich schon tot wäre", sagte er am Donnerstag vorletzter Woche zu einem Reporter. Am Freitag ... (beantragte) er bei der Stadt New York ... einen Waffenschein; denn er wisse sein Leben bedroht. Am Samstag hatte er zwar keinen Waffenschein, aber eine Pistole. Am Sonntag mußte er, wie jede Woche, im Audubon Ballroom für die Getreuen predigen.

Der Audubon Ballroom ist ein überständiges Etablissement Ecke Broadway und 166. Straße, eine Treppe hoch, mit Klappgestühl auf dem verkratzten Parkett und kleinen, inwendig rotgestrichenen Logen beiderseits der ausgedienten Tanzfläche.

Vor dem goldbronzierten Proszenium der Bühne, auf der inmitten von Gerümpel das Rednerpult steht, sollten auch an diesem Sonntag wieder vier zivil gekleidete Bodyguards alle zehn Minuten mit militärischen Gesten eine ausgewachsene Wachablösung exerzieren.

Sie kamen nicht mehr dazu. Genau in dem Augenblick, da Malcolm X die Bühne betrat, lenkte ein Mann in der linken Hälfte des Auditoriums sie ab. "Hände weg!", schrie der Mann, und alle Beschützer rannten kopfscheu in seine Richtung.

Malcolm X, schon am Rednerpult, rief in den Trubel: "Take it easy ... okay now, take it easy", und begann dann einfach mit seiner Rede: "Brothers and sisters ..."

In diesem Augenblick feuerten die Mörder.

Zwischen achtlos gestapelten Gartenstühlen und einem mißhandelten weißen Flügel, den ein Vorhängeschloß vor unbefugter Musikalität bewahren sollte, brach Malcolm X zusammen.

Erschossener Malcolm X: "Ich lebe, als ob ich schon tot wäre" ...<<

Der Bundestag beschloß am 25. März 1965 ein Gesetz über die Verlängerung strafrechtlicher Verjährungsfristen, um die Verjährung von NS-Verbrechen zu vermeiden.

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über die "Verjährung" von Straftaten (x051/600-601): >>Verjährung, Ausschluß der Ahndung von Straftaten nach Ablauf bestimmter Fristen.

Die Verjährung kann aufgrund gesetzlicher Vorschriften ruhen und durch bestimmte Prozeßhandlungen unterbrochen werden (§§ 78 ff. StGB). Bei der Verfolgung von NS-Gewalttaten spielte die Verjährung eine große Rolle: Da der als Gesetz geachtete "Führerwille" einer Ahndung entgegenstand, ruhte sie bis Kriegsende. In der Regel begann der Lauf der Frist am 8.5.45. Mit Ablauf des 8.5.1960 waren mit Ausnahme von Mord (§ 211 StGB) alle Taten verjährt, sofern die Verjährung nicht unterbrochen worden war. Bei Mord wäre die Verjährung nach 20 Jahren am 8.5.65 eingetreten.

Durch das "Gesetz über die Berechnung strafrechtlicher Verjährungsfristen" vom 25.3.65 wurde festgelegt, daß bei der Berechnung der Frist die Zeit vom 8.5.45 bis zum 31.12.49 (wegen mangelnder Funktionsfähigkeit der deutschen Rechtspflege während dieser Jahre) außer Betracht bleibt.

Am 26.11.68 beschloß die Vollversammlung der UN die Konvention über die Nichtanwendbarkeit der gesetzlichen Verjährungsbestimmungen auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, nach der auch eine bereits unterbrochene Verjährung rückwirkend aufzuheben war. Die Bundesrepublik und andere westliche Staaten traten der Konvention nicht bei, da sie dem im nationalen Recht enthaltenen Rückwirkungsverbot entgegenstand. Eine ähnliche, spätere Initiative des Europäischen Parlaments wurde von den Mitgliedstaaten – außer Frankreich – aus denselben Gründen abgelehnt (1974).

Nicht allein unter dem Eindruck der Konvention der UN beschloß der Bundestag am 4.8.69 das 9. Strafrechtsänderungsgesetz, das die Verjährungsfrist (u.a.) für Mord auf 30 Jahre erweiterte. Vor Ablauf dieser Frist begann im In- und Ausland eine lebhaftige Diskussion über die Verjährung von NS-Verbrechen.

Der Bundestag erließ schließlich am 3.7.79 das 16. Strafrechtsänderungsgesetz, mit dem die

Verjährung für Mord und für die erst 1955 in das StGB eingeführte Vorschrift des Völkermordes (§ 220a StGB) aufgehoben wurde.<<

Die Landsmannschaft der Oberschlesier forderte im April 1965 die polnische Regierung auf, die im polnischen Internierungslager Lamsdorf verübten Verbrechen an Deutschen juristisch zu prüfen und zu ahnden (x021/325).

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtete später über die polnische Prüfung und Ahndung der Gewalttaten an den Deutschen im Internierungslager Lamsdorf " (x021/325-326): >>Zwei Monate später ließen sich die Polen zu einer inoffiziellen Antwort herbei. In der Warschauer Zeitschrift "Kierunki" erschien ein Artikel unter der Überschrift "Geschichte und Lüge".

In ihm wurde das Todeslager Lamsdorf als "Sammellager" bezeichnet. Die Lagerhaft für Tausende deutscher Männer, Frauen und Kinder wurde damit begründet, daß die Deutschen Banden unterstützt hätten, die sich in den Wäldern verborgen gehalten hätten.

Mehr noch: Die Massaker an den Deutschen beim Barackenbrand wurde gerechtfertigt: "Die Deutschen haben mit einem Aufruhr reagiert. Sie weigerten sich einfach, das Feuer zu bekämpfen, und in dieser Situation, in der um so mehr der berechtigte Verdacht bestand, daß die deutschen Lagerinsassen im Zusammenwirken mit den Banden aus den naheliegenden Wäldern die Baracke angezündet hätten, machten die Lagerposten von der Schußwaffe Gebrauch. Gab es für sie einen anderen Ausweg?"

Die Berichte über Lamsdorf, bezeugt von vielen glaubwürdigen Männern und Frauen, werden in diesem polnischen Artikel als "neofaschistische Verleumdung" bezeichnet. ...<<

Der nordamerikanische Historiker John Gimbel (1922-1992) schrieb im Mai 1965 über die US-Besatzung in Westdeutschland (x306/15): >>... "Wir wissen wohl, daß die Besatzung wichtig ist, aber mangels einer hinreichenden wissenschaftlichen Literatur über den Gegenstand wissen wir nicht genau, weshalb sie für das heutige Deutschland wichtig ist."<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die besatzungsgeschichtlichen Ursprünge unserer Gegenwart (x306/15-18): >>... Daß die Besatzungsgeschichte den weißen Fleck auf der Landkarte der deutschen Zeitgeschichte bildet, ist keinesfalls auf die Unzulänglichkeit der Quellen zurückzuführen. Mag das eine oder andere Schlüsseldokument, insbesondere aus dem Bereich der sowjetischen Besatzungspolitik, noch nicht zugänglich sein, so reicht das vorhandene Material doch für eine lebenslängliche Beschäftigung mit ihm vollständig aus. ...

Noch im Februar 1964 wurde dem Verfasser von den Archivaren versichert, daß sie bisher keinen Deutschen zu Gesicht bekommen hätten. Die bewiesene zeitgeschichtliche Abstinenz ist ein Akt der Vorsicht. Denn noch wird das Rezept gesucht, das die reibungslose Einordnung der Besatzungsgeschichte in das volkspädagogisch erwünschte Geschichtsbild ermöglichen soll. ...

Es ist nicht der Zufall, der die Schritte der deutschen Zeitgeschichtler an Washington vorüberlenkte. Es ist die Vorsicht. Diese ist geboten, da ein Mißverständnis den Lichtkegel der öffentlichen Aufmerksamkeit auf die historischen Studien lenkte. Das kam so:

Bei der Jagd auf den Sündenbock in den ersten Nachkriegsjahren wäre es geradezu ein übermenschlicher Heroismus gewesen, hätte man darauf verzichtet, den Nationalsozialismus dem jeweiligen Hausfeind in die Schuhe zu schieben, um so durch kleine Retouchen alte Rechnungen zu begleichen. Da machten sich denn auch einige Geistesgeschichtler auf den Weg, um Historiker des 19. Jahrhunderts wie Treitschke, Sybel und Ranke posthum zu inkriminieren. Aus der privaten Fehde wurde ein öffentliches Glaubensbekenntnis. Man meint seither, daß die getätigte Politik irgendwie vom Geschichtsbild abhängen müsse, und zieht daraus den praktischen Schluß, daß es einen politischen Effekt habe, wenn man die Historiker einer Mei-

nungskontrolle unterwirft.

Historische Wertungen werden heute mit dem gleichen dogmatischen Eifer umfochten wie theologische Lehrsätze im 16. Jahrhundert. Es breitet sich behende eine Geschichtsinquisition aus, die bereits daran gegangen ist, historische Forschungen in die beiden Kategorien "volkspädagogisch willkommen" und "volkspädagogisch unwillkommen" (Golo Mann) einzuteilen. Glaubte man einst, daß das Geschick der Völker auf den Schlachtfeldern oder in den Parlamenten entschieden werde, so sieht man es heute durch die Portale der Volkshochschulen schreiten.

Als "volkspädagogisch willkommen" gilt derzeit alles, was irgendwie (im negativen Sinne) mit dem "Dritten Reich" in Verbindung gebracht und somit der "Bewältigung der Vergangenheit" dienstbar gemacht werden kann.

Die Wurzeln der Besatzungsgeschichte liegen jedoch in der amerikanischen Innen- und Außenpolitik, nicht aber in der Geschichte jener Gebiete, die unter dem (derzeit geographischen) Namen Deutschland geführt werden.

Daß die Besatzungsgeschichte kaum wesentlich anders verlaufen wäre, wenn es in Deutschland nie eine NSDAP gegeben hätte, ergibt sich schon aus einem Vergleich der amerikanischen Besatzung in Deutschland und Japan. ...

Der entschiedene Widerstand gegen die Erforschung der Besatzungsgeschichte bedient sich gerne des besatzungsapologetischen Arguments, daß Theorie und Praxis der Besatzung "nur" eine Reaktion auf Theorie und Praxis des "Dritten Reichs" gewesen sei.

Doch ist, wie so oft in der Weltgeschichte, die "Reaktion" ungleich wichtiger geworden als das, worauf sie reagierte. Ihr Anlaß ist ausgelöscht, aber die "Reaktion" ist geblieben.

Sie ist mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zur alleinbestimmenden Kraft geworden und hat für Deutschland unter anderem die territoriale Verstümmelung, die Teilung des Rumpfgebietes und dessen Anschluß an verschiedene Besatzungskulturen mit sich gebracht.

Führte der nationalsozialistische "Totalitarismus" zur Erfahrung, was es bedeutete, wenn das innerstaatliche politische Machtzentrum in alle Lebensbereiche einzugreifen vermochte, so sollte eigentlich die Nachkriegsgeschichte lehren, daß die zwischenstaatliche Hegemonie sich nicht auf das Gebiet der Außenpolitik beschränken läßt, sondern quer durch Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur bis in den Bereich privater Lebensführung hineinwirkt. Der hegemoniale Effekt ist uns auch aus anderen Geschichtsepochen bekannt. Neu ist jedoch, daß er wissenschaftlich eingeplant wurde.

Die Lehre von den Chancen der "Stunde Null" gehört wohl zu den sakrosanktesten aller liberalen Dogmen. Deutschland sei 1945 eine Tabula rasa (Reiner Tisch) gewesen, auf der die unerhörtesten Dinge hätten eingetragen werden können. - Nichts ist falscher.

Deutschland war 1945 keine leere, sondern eine dicht beschriebene Tafel. Nur daß die Eintragungen nicht in deutscher, sondern in englischer, russischer und französischer Sprache gemacht worden waren. Die geschichtlichen Dominanten unserer Gegenwart liegen seither weniger in der deutschen als in der russischen und amerikanischen Geschichte. Washington und Lenin sind ungleich mehr Gestalten der Geschichte des heutigen Deutschlands als Bismarck und Friedrich der Große.

Die Entwicklungen der amerikanischen Innenpolitik spielen für das westliche Deutschland heute eine ähnlich entscheidende Rolle wie vor 60 Jahren die der englischen Innenpolitik für Indien. Der Unterschied ist, daß sich die Inder über diese Situation im klaren waren und die mit ihr gegebenen Chancen nutzten. Allerdings hat sich seither die Herrschaftstechnik erheblich verfeinert und ist von der Zensur der Antworten zur Suggestion der Fragen fortgeschritten.

Die besatzungsgeschichtlichen Ursprünge unserer Gegenwart sind tabu, und in den von Bonn und Ostberlin aus verwalteten Teilen Deutschlands wird mit gleichem Eifer an der Legende

der autonomen Entstehung deutscher Nachkriegsstaaten gearbeitet. ...<<

Die Zeitung "Peking Rundschau" berichtete am 8. Juni 1965 über den "Vietnam-Krieg" (x299/181-182): >>... Seit die Vereinigten Staaten eine große Anzahl von Truppen zu Angriffen nach Süd-Vietnam geschickt haben, hat das ganze vietnamesische Volk, einschließlich der Bevölkerung im Norden, sich das Recht gesichert, sein Äußerstes zu tun, um die USA-Aggressoren zurückzuschlagen.

Seit die USA-Aggressoren den Norden Vietnams Tag und Nacht bombardieren, existiert die provisorische militärische Demarkationslinie am 17. Breitengrad nicht mehr, und das Volk vom Norden Vietnams hat keinerlei weitere Beschränkungen seinen Landsleuten im Süden zu helfen ... (und) hat sich das chinesische Volk das Recht gesichert, alles in seiner Macht Stehende zu tun, dem vietnamesischen Volk zu helfen. ...<<

Der US-Diplomat George W. Ball (1909-1994) schlug Präsident Johnson am 1. Juli 1965 eine Kompromißlösung für den "Vietnam-Krieg" vor (x299/182): >>... Der Krieg geht verloren: Die Südvietnamesen verlieren den Krieg gegen den Vietkong. Niemand kann ihnen garantieren, daß wir den Vietkong schlagen oder ihn auch nur zu unseren Bedingungen an den Konferenztisch zwingen können, ganz gleich wie viele Hunderttausende an weißen, ausländischen (US) Soldaten wir auch entsenden mögen.

Niemand hat bisher bewiesen, daß eine weiße Bodentruppe gleich welcher Stärke einen Guerrillakrieg gewinnen kann, der zu gleicher Zeit ein Bürgerkrieg unter Asiaten ist und der auf Dschungelterrain inmitten einer Bevölkerung geführt werden muß, die die Zusammenarbeit mit den weißen Truppen (und den Südvietnamesen) ablehnt und damit den Spionageabsichten der anderen Seite große Vorteile bietet. ...

Sollten wir nicht unsere Verpflichtungen in Süd-Vietnam begrenzen und nach einem Ausweg suchen, der auf lange Sicht nur geringe Kosten verursacht?

Die Alternative ist ... beinahe mit Sicherheit ein in die Länge gezogener Krieg, der die amerikanischen Streitkräfte in nicht absehbare Verwicklungen einbezieht, der steigende amerikanische Verluste bringt, der keine Gewißheit eines befriedigenden Abschlusses ... birgt.

Haben wir erst einmal schwere Verluste erlitten, so ist damit ein nahezu nicht umkehrbarer Prozeß eingeleitet. Wir werden so tief in den Konflikt verwickelt werden, daß wir, ohne eine Demütigung unserer nationalen Empfindungen hinzunehmen – von unseren Zielen nicht eher ablassen können, als wir sie erreicht haben.

Von diesen beiden Möglichkeiten ist meiner Meinung nach eine Demütigung wahrscheinlicher als die Erreichung unserer Ziele – auch dann, wenn wir einen entsetzlichen Preis bezahlt haben werden.<<

Vertreter des BdV verkündeten am 5. September 1965 die Berliner Erschließung (x155/117-118): >>... Deutschland ist unteilbar.

... Mitteldeutschland - die sowjetisch besetzte Zone - gehört unmittelbar zum einigen Deutschland. Nur das durch die sowjetische Besatzungsmacht gestützte kommunistische Regime hält mit nackter Gewalt die Spaltung unseres Landes aufrecht und 17 Millionen Deutsche hinter Mauer und Stacheldraht in Unfreiheit.

Ostdeutschland - die deutschen Provinzen ostwärts von Oder und Neiße - bleiben Teil Deutschlands, nach geschichtlichem, Natur- und Völkerrecht. Selbst die Siegermächte haben (dies) in der Kapitulationsdeklaration vom 5. Juni 1945 bestätigt und anerkannt.

Deutschland besteht in seinen Grenzen von 1937 fort.

Das vereinte, freie, demokratische Deutschland wird in der Gemeinschaft der europäischen Nationen - auch der osteuropäischen Völker - mit aller Kraft für den Frieden Europas und der Welt wirken. ... Partner eines gerechten Friedensvertrages kann nur das ungeteilte Deutschland sein, dessen Bevölkerung sich seine politische und soziale Ordnung durch die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes in voller Freiheit selbst geben muß. ...<<

Die "Pekinger Volkszeitung" berichtete am 5. Oktober 1965 über Chinas Außenpolitik in der "Dritten Welt" (x300/243): >>... Sich auf die Bauern zu verlassen, die Stützpunkte auf dem Lande errichten, die Städte durch die Dörfer einkreisen und schließlich die Städte erobern: das war der Weg zum Sieg, den die chinesische Revolution einschlug. ...

Es muß mit Nachdruck betont werden, daß die Theorie des Genossen Mao Tse-tung über die Errichtung von revolutionären Stützpunkten auf dem Lande von hervorragender, allgemeingültiger und aktueller Bedeutung für die gegenwärtigen revolutionären Kämpfe aller unterdrückten Nationen und Völker in Asien, Afrika und Lateinamerika gegen den Imperialismus und seine Lakaien ist. ...

Nehmen wir die ganze Welt her. Wenn Nordamerika und Westeuropa als "Städte der Welt" bezeichnet werden können, dann kann man Asien, Afrika und Lateinamerika "die ländlichen Gebiete der Welt" nennen. ...

In einem gewissen Sinne bietet die gegenwärtige Weltrevolution ein Bild der Einkreisung der Städte durch die ländlichen Gebiete. Die ganze Sache der Weltrevolution hängt in letzter Analyse von den revolutionären Kämpfen der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Völker ab, welche die überwältigende Mehrheit der Weltbevölkerung sind. ...

Die Geschichte hat bewiesen und wird weiterhin beweisen, daß die wirksamste Waffe gegen den US-Imperialismus und seine Lakaien der Volkskrieg ist. ...

Gerade in dem Augenblick, da der US-Imperialismus am stärksten von Panik erfaßt und bei seinen Anstrengungen, mit dem Volkskrieg fertigzuwerden, am hilflosesten ist, kommen die Chruschtschowschen Revisionisten, ihn zu retten. ...<<

Das BdV-Präsidium kritisierte am 22. Oktober 1965 die EKD-Denkschrift vom 14. Oktober 1965 (x155/119-120): >>... Jeder Verzicht auf die deutschen Ostgebiete bedeutet daher den Verzicht auf eine friedensvertragliche Gesamtregelung schlechthin und führt in seiner Konsequenz zur Anerkennung des Status quo in einem dreigeteilten Deutschland.

Die Empfehlungen, die in dieser Richtung vom Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands in Umlauf gesetzt werden, beeinträchtigen nicht allein die Rechtsansprüche der vertriebenen Deutschen, sondern sie gefährden die Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes.

Nach dem Wortlaut des Amtseides des Bundeskanzlers ist es in erster Linie Sache der Bundesregierung, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden. Die gleiche Verpflichtung obliegt auch den gewählten Vertretern des deutschen Volkes.

... Einseitige Schuldzuweisungen von deutscher Seite dienen dieser Verständigung nicht. Sie tragen nur dazu bei, die Einseitigkeit kommunistischer Anklagen gegen die Bundesrepublik vor der Weltöffentlichkeit zu bekräftigen.

Es ist von deutscher Seite politischer Selbstmord, eine Kollektivschuld aller Deutschen anzuerkennen und zu verkünden, während verbündete Staatsmänner im Gespräch mit offiziellen Stellen des Ostblocks diese Kollektivschuld verneinen und für das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes eintreten.

Der Bund der Vertriebenen begrüßt daher den Schritt des evangelischen Flüchtlingsbischofs Dr. Reinhard Wester (Schleswig), der im Bewußtsein seiner Verantwortung für das Rechtsempfinden und die Glaubenstreue seiner evangelischen Landsleute von seinem hohen Amt zurückgetreten ist.

Der Bund der Vertriebenen erwartet, daß sich die Generalsynode der EKD von dieser Tendenzschrift einer Minderheit distanziert. ...<<

US-Präsident Lyndon B. Johnson (1908-1973, von 1963-1969 der 36. Präsident der USA) erklärte im Jahre 1965 während einer Rede in Baltimore (x300/250): >>... Warum sind wir in Südvietnam?

Wir sind dort, weil wir ein Versprechen zu halten haben. Seit 1954 hat jeder amerikanische Präsident dem südvietnamesischen Volk Unterstützung angeboten. Wir haben aufbauen und

verteidigen geholfen. So haben wir über viele Jahre hinweg als Nation uns verpflichtet, Süd-vietnam bei der Verteidigung seiner Unabhängigkeit zu helfen. Und ich gedenke unser gegebenes Versprechen zu halten.

Dieses Versprechen zu brechen – und dieses kleine und tapfere Volk seinem Feind preis-zugeben – und damit dem Terror, der darauf folgen muß – das wäre ein unverzeihliches Un-recht.

Wir sind ferner in Südvietnam, um die Ordnung der Welt zu stärken. Auf der ganzen Erde – von Berlin bis Thailand – sind Menschen, deren Wohlergehen zum Teil auf dem Vertrauen beruht, daß sie auf uns zählen können, wenn sie angegriffen werden.

Vietnam seinem Schicksal zu überlassen, würde das Vertrauen in den Wert amerikanischer Versprechen erschüttern. Die Folge davon würde vermehrte Unruhe und Unsicherheit oder gar Krieg sein.<<

Die US-Organisation "Black Muslims" forderte im Jahre 1965 einen eigenen Staat (x243/-103): >>... Da wir nicht in Frieden und Gleichheit mit (den Weißen) zusammenleben können, nachdem wir ihnen 400 Jahre lang unseren Schweiß und unser Blut gegeben haben und dafür die schlimmste Behandlung empfangen haben, die Menschen je erfahren haben, glauben wir, daß unsere Leistungen für dieses Land und die Leiden, die uns das weiße Amerika auferlegt hat, unsere Forderung nach vollständiger Trennung in einem eigenen Territorium oder Staat rechtfertigen.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Rassenunruhen in den USA (x068/335-336): >>... Mit Polizei und Geheimdienst, mit der National Guard, mit Tausenden von Fallschirmjägern kämpft man blutig die Unruhen und Aufstände der Schwarzen nieder.

So werden bei Rassenkrawallen im August 1965 in Los Angeles 35 Menschen getötet, 4.000 festgenommen, für 40 Millionen Dollar Schäden angerichtet; im Juli 1967 in Newark/New Jersey 26 Menschen massakriert, 1.500 verletzt; im gleichen Monat noch in Detroit 40 Menschen umgebracht, 2.000 verletzt, etwa 5.000 verlieren durch Brand und Gewalttätigkeiten ihre Wohnung. Im nächsten Jahr wird am 4. April der Bürgerrechtler und Friedensnobelpreis-träger Martin Luther King in Memphis/Tennessee ermordet, worauf in den Farbigenvierteln von 125 Städten schwere Tumulte ausbrechen. ...<<

Der polnische Emigrant Jerzy Kosinski veröffentlicht im Jahre 1965 in New York den auto-biographischen Bericht "The Painted Bird" über seine vermeintlichen Kindheitserlebnisse in Polen während des Zweiten Weltkrieges.

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in sei-nem Buch "Die Holocaust-Industrie" über "The Painted Bird" (x169/63-64): >>... Der erste große Holocaust-Schwindel war "The Painted Bird" des polnischen Emigranten Jerzy Ko-sinski. Wie Kosinski erklärte, hatte er das Buch "in Englisch geschrieben", damit "ich leiden-schaftslos schreiben konnte, frei von den emotionalen Assoziationen, die die Muttersprache immer enthält".

In Wahrheit sind alle Teile, die möglicherweise von ihm selbst geschrieben worden sind - eine ungelöste Frage -, in polnischer Sprache verfaßt. Das Buch wurde als Kosinskis autobiogra-phischer Bericht seiner Wanderungen als einsames Kind im ländlichen Polen während des Zweiten Weltkrieges ausgegeben.

In Wahrheit lebte Kosinski während des gesamten Krieges bei seinen Eltern. Hauptmotiv des Buches sind die sadistischen sexuellen Quälereien, die die polnische Bauernschaft beging. Leser, die das Buch vor seiner Veröffentlichung kennengelernt hatten, machten sich darüber lustig; es sei "Gewaltpornographie" und "das Ergebnis eines von sadomasochistischer Gewalt besessenen Geistes".

Tatsächlich beschwor Kosinski fast alle von ihm erzählten Episoden aus dem Nichts herauf.

Das Buch schildert die polnischen Bauern, mit denen er zusammenlebte, als ausgeprägt anti-semitisch. "Schlagt die Juden", johlen sie. "Schlagt die Bastarde!"

In Wirklichkeit wurde die Familie Kosinskis von polnischen Bauern aufgenommen, obwohl diese genau wußten, daß es sich um Juden handelte, und auch die schrecklichen Folgen kannten, die sie zu erwarten hatten, wenn man sie erwischte.

In der Zeitschrift "The New York Times Book Review" lobte Elie Wiesel "The Painted Bird" als "eine der besten" Anklagen der Nazizeit, "geschrieben mit tiefer Aufrichtigkeit und Empfindsamkeit".

Später schwärmte Cynthia Ozick, sie habe Kosinskis Authentizität als "jüdischer Überlebender und Zeuge des Holocaust ... sofort" erkannt.

Lange nachdem Kosinski als vollendeter literarischer Hochstapler entlarvt worden war, überhäufte Wiesel dessen "bemerkenswertes Gesamtwerk" noch immer mit Lobreden.

"The Painted Bird" wurde zu einem grundlegenden Text DES HOLOCAUST. Es war ein Bestseller und gewann Preise, wurde in zahlreiche Sprachen übersetzt und war Unterrichtstext in Highschools und Colleges. Kosinski, der die Holocaust-Rundtour mitmachte, nannte sich selbst einen "Elie Wiesel zum Billigtarif". (Jene, die sich Wiesels Vortragshonorar nicht leisten konnten - "Schweigen" ist nicht billig -, wandten sich an ihn.)

Als er schließlich von einem Enthüllungsmagazin entlarvt worden war, wurde Kosinski von der "New York Times", die behauptete, er sei einer kommunistischen Verschwörung zum Opfer gefallen, weiterhin tapfer verteidigt. ...<<

Die Regierung Nordvietnams fordert im Jahre 1965 (x243/96): >>1. Anerkennung der grundlegenden Rechte des vietnamesischen Volkes: Frieden, Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität. Gemäß dem Genfer Abkommen muß die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Truppen, ihr Militärpersonal und ihre Waffen aller Art aus Südvietnam abziehen ... (und) alle Kriegshandlungen gegen Nordvietnam beenden. ...

2. Die beiden Zonen dürfen kein Militärbündnis mit fremden Ländern eingehen. Sie dürfen in ihrem Gebiet keine ausländischen Militärstützpunkte und Truppen und kein ausländisches Militärpersonal dulden.

3. Die inneren Angelegenheiten Südvietnams müssen vom südvietnamesischen Volk selbst in Übereinstimmung mit dem Programm der Südvietnamesischen Befreiungsfront und ohne jede ausländische Einmischung geregelt werden.

4. Die friedliche Wiedervereinigung Vietnams muß von der Bevölkerung der beiden Zonen ohne jede Einmischung des Auslands vollzogen werden. ...<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.03.2023

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x056/79) = Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I, Seite 79.

x009	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): <u>SBZ von A bis Z. 7.</u> überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1962.
x020	Benz, Wolfgang (Hg.): <u>Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten.</u> Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/Main 1988.
x021	Bödcker, Günter: <u>Die Flüchtlinge.</u> Die Vertreibung der Deutschen im Osten. Frankfurt/Main 1985.
x024	Kuhn, Ekkehard: Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen.</u> Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen.</u> Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x038	Zöckler, Paul (Hg.): KNAURS LEXIKON. München 1953.
x043	Zentner, Christian u.a.: DAS DRITTE REICH (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I.</u> Frankfurt/Main 1981.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2.</u> Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.

x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute.</u> 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch.</u> Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart.</u> Frankfurt/Main 1986.
x088	Reichling, Gerhard: <u>Die deutschen Vertriebenen in Zahlen. Teil II: 40 Jahre Eingliederung in der Bundesrepublik Deutschland,</u> Bonn 1989.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.
x092	Chronik Verlag (Hg.): Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x095	Adenauer, Konrad: Briefe über Deutschland 1945-1955. 1. Auflage. München 1999.
x123	Müller-Bringmann, Walter: Das Buch von Friedland. Göttingen 1956.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2. 1917 bis heute.</u> 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x129	Klett, Ernst (Hg.): Politische Weltkunde II. <u>Nationalsozialismus und Faschismus.</u> E. Klett Verlag, Stuttgart 1987.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen. Band IV.</u> Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x155	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Erklärungen zur Deutschlandpolitik. Dokumentation Teil I, 1949-1972. Bonn 1984.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Teppe: <u>Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten.</u> Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x169	Finkelstein, Norman G.: <u>Die Holocaust-Industrie.</u> Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird. München 2002.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x182	Grube, Frank, und Gerhard Richter: <u>Das Wirtschaftswunder.</u> Unser Weg in den Wohlstand. Hamburg 1983.
x192	Parker, Geoffrey (Hg.): <u>Grosse illustrierte Weltgeschichte.</u> Wien/München/Zürich 1996.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert.</u> Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld.</u> Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x272	Mickel, Wolfgang W. u.a. (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 1. 1789-1914.</u> Frankfurt/Main 1985.
x283	Demandt, Alexander: <u>Es hätte auch anders kommen können.</u> Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011.
x287	Berbig, Hans Joachim: Kleine Geschichte der deutschen Nation. Düsseldorf 1985.
x299	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 4. In unserer Zeit.</u> 2. Auflage. Stuttgart 1980.
x300	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Geschichtliche Weltkunde. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart.</u> 1. Auflage. Frankfurt/Main 1976.
x303	Westermann Schulbuchverlag GmbH, Braunschweig (Hg.): Durchblick. GSW Geschichte/Politik 9/10. 1. Auflage. Braunschweig 2004.

x305	Axel Springer Verlag (Hg.): <u>50 Jahre Deutschland</u> . Das deutsch-deutsche Geschichtsbuch von BILD. Hamburg 1999.
x306	Schrenck-Notzing, Caspar Freiherr von: <u>CHARAKTERWÄSCHE</u> . Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen. Graz 2015.
x342	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Heil Hillary!</u> Kandidatin des US-Faschismus. COMPACT-Spezial Nr. 11. Werder (Havel) 2016.
x358	Elsässer, Jürgen (Hg.): Verbrechen an Deutschen. Vertreibung, Bombenterror, Massenvergewaltigungen. COMPACT-Geschichte Nr. 8. Werder (Havel) 2019.

Internet

x848	Londoner Schuldenabkommen: http://universal_lexikon.deacademic.com/267762-/Londoner_Schuldenabkommen - März 2015.
x849	Londoner Schuldenabkommen: http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/-Deutschland/schuldenabkommen.html - März 2015.